

Material- Info



Preis: 4,-DM Unkosten-
Beitrag

des Aktionswochenendes der BI's gegen Atomanlagen

vom 9.6-11.6.78 in Hannover

INFO 9

Hannover, den 14.7.1978

Auf Beschluß einer Konferenz von Bürgerinitiativen am 7.5. in Hannover und mit Unterstützung von Initiativen, Organisationen und Aktionseinheiten aus über 40 Städten des gesamten Bundesgebietes, sowie aus Niederlande und Dänemark, fand vom 9. bis 11. Juni in Hannover ein Aktionswochenende statt, auf dem der Protest gegen die Kriminalisierung des Widerstands gegen Atomanlagen ausgedrückt und über die nächsten Aufgaben beraten wurde.

Liebe Freunde,

einen guten Monaten nach dem Arbeitstreffen in Hannover können wir endlich das Material vom Treffen vorlegen. Es war, auch personell nicht ganz einfach die Bänder alle abzutippen und wir sind natürlich auch nicht alle perfekt im tippen. Habt also Verständnis, wenn es einige Tippfehler gibt. Verständlich ist wohl auch, daß die Sachen, die wir vom Band abgetippt haben, nicht immer ganz ausformuliert sind, sondern von uns so, wie vorgetragen niedergeschrieben worden sind.

Außer der Dokumentierung des Arbeitstreffens haben wir durch Finanzbericht, Stellungnahme zu Veranstaltung und Demonstration und einen sehr ausführlichen Pressespiegel versucht eine Art Rechenschaftslegung vorzunehmen, um die Diskussion über die Einschätzung solcher Aktivitäten weiterzuführen. Eine Nachbereitungsberatung, zu der wir eingeladen hatten haben wir kurzfristig ausfallen lassen, weil wir meinten, es sei wichtiger, die Demonstration gegen den Unfall im AKW-Brunsbüttel zu unterstützen. Und das ist wohl auch einsichtig: Der Kampf gegen das Atomprogramm wird schließlich nicht auf Konferenzen geführt, jedenfalls nicht hauptsächlich.

Auf dem Abschlußplenum des Arbeitstreffens wurde der Wunsch geäußert, sich im Herbst zu einem weiteren Arbeitstreffen zu treffen und bis dahin einen möglichst regen Informationsaustausch zu führen. Wir finden diesen Vorschlag gut und wären bereit, die INFO-Arbeit weiterzumachen. Immerhin hat sich in der Vorbereitung des Aktionswochenendes das wöchentlich verschickte INFO als ein stabiler Faktor bei der Koordinierung der Aktion sehr bewährt. Da das Arbeitstreffen aber keinerlei Beschlüsse gefaßt hat (und sicherlich auch gar nicht konnte), haben wir auf der nächsten Seite einen eigenen Vorschlag skizziert und stellen ihn hiermit zur Diskussion. Bitte teilt uns mit, was ihr dazu meint.

So liegen uns z.B. schon jetzt in Folge der Arbeitsgruppe "Parlamentarismus und Wahlen" verschiedene Stellungnahmen zur Wahlbeteiligung von AKW-Gegnern und oppositionellen Bündnislisten vor oder sind uns angekündigt. So es würde sich also anbieten, diese ganzen Papiere demnächst zu einem neuen INFO zusammenzufassen !?

Was die Finanzierung dieses Materialinfos anbelangt, so trägt es sich (und das INFO 8) selbst. Bei Verkauf der Gesamtauflage werden wir einen Überschuß haben, der für die Aufrechterhaltung des weiteren Informationsflusses genutzt werden kann. Wir werden dann wieder öffentlich abrechnen.

Soviel von uns. Jetzt seid Ihr dran !

Eure unentwegten INFO-Tipper in Hannover,

i.A. Klaus Öllerer

Impressum

herausgegeben im Auftrag des Arbeitstreffens der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen vom 9.6. - 11.6.78 in Hannover,

verantwortlich: Klaus Öllerer, Erderstraße 33, 3 Hannover

Kontakt: (noch) Manuel Kiper, Bödekerstraße 86, 3 Hannover

Telefon: (noch) 0511 / 31 91 82

Konto: s. Finanzbericht

1. Auflage: 500

I N H A L T :

- I. Vorwort/Inhalt
Vorschlag für ein bundesweites Diskussions-INFO
- II. Rechenschaftslegung über Aktionswochenende
 - 1) Aufruf zum Aktionswochenende
 - 2) Pressespiegel: Ankündigungen und Berichterstattung (10 Seiten)
 - 3) Finanzbericht
 - 4) Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe zur Veranstaltung
 - 5) Stellungnahme von Klaus (Demo-Leitung) zur Demonstration
- III. Berichte von den Standorten
Mitschnitte vom Eröffnungsplenum am Samstag, 9. Juni
- IV. Arbeitstreffen - Protokolle der Arbeitsgruppen und Materialien
 - 1) Wiederaufbereitungsanlage Gorleben
Adressen der Freundeskreise
Arbeitsgruppenprotokoll (Tonbandmitschnitt vom Abschlußplenum)
Aufruf: Gorleben soll leben - Wir werden uns regen
 - 2) Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften
Adressen
Rede eines Siemens-Betriebsrates auf der Kundgebung am 10.6.
Arbeitsgruppenprotokoll ("Kollegen, Gewerkschafter und Betriebsräte gegen das Atomprogramm" (Plattform NRW))
 - 3) Info- und Öffentlichkeitsarbeit
Adressen von BI-Zeitungen (unvollständig)
Stellungnahme eines AKW-Gegners zur Frage des INFOS
Arbeitsgruppenbericht
 - 4) Widerstandsformen
Adressen
Arbeitsgruppenprotokoll
2 Stellungnahmen zu Selbstanzeigen
Zum Strompreisboykott
 - 5) Kriminalisierung
Mitteilung des Komitees "Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben"
Rede von Jens Scheer auf der Kundgebung am 10.6.
Arbeitsgruppenprotokoll
Arbeitspapier für das nächste Russel-Tribunal (EA-Hamburg)
Zur Patenschaftsarbeit der BIS (EA-Hamburg)
Grußadresse des Komitees zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse an das Aktionswochenende
 - 6) Widerstand in der Umgebung von Standorten
Arbeitsgruppenprotokoll
 - 7) Naturwissenschaftler, Gutachter, Rechtsanwälte
Arbeitsgruppenprotokoll
Einladung zum Arbeitstreffen
Rechtswegförderkreis zur Betriebsgenehmigung Esensham
 - 8) Parlamentarismus und Wahlen
Adressen
Arbeitsgruppenprotokoll
- V. Kurzbericht über den 1. Deutschen Umweltschutztag in Troisdorf

Anmerkung:

Wir haben die Form der Lose-Blatt-Sammlung für dies Info gewählt, damit man u.U. mit den einzelnen Teilen besser arbeiten kann und haben versucht eine möglichst übersichtliche Strukturierung zu schaffen. Eine Durchnummerierung der Seiten erschien aber von daher nicht sinnvoll.

Bei den sofort verschickten Exemplaren sind die Arbeitsgruppenberichte 6 und 8 unvollständig oder fehlen. Sie werden dann nachgeschickt. Alle Seiten können auch einzeln nachbestellt werden, ebenso die State-ments vom Podium auf der Podiumsveranstaltung am 9. Juni

Vorschlag für ein bundesweites Diskussions-Info!

I. Anti-AKW-Bewegung wer ist das?

Nachdem es viele Jahre einigen wenigen Umweltschützern vorbehalten war, v.a. auf dem Weg der Klage gegen Atomkraftwerke aufzunehmen, entwickelte sich nach der Besetzung von Wyhl und mit dem Baubeginn in Brokdorf die Bewegung gegen Atomanlagen zu einer breiten Volksbewegung. Mit den großen Kampfkaktionen von Brokdorf, Grohnde und Kalkar wuchs die Zahl der Bürgerinitiativen, ihrer Mitglieder und v.a. jener Menschen, die bereit waren, den praktischen Widerstand gegen AKWs zu organisieren.

Jede dieser Demonstrationen war aber vorbereitet durch Konferenzen und Beratungen innerhalb der Bürgerinitiativen. Die Aufrufe zu diesen Aktionen waren gleichzeitig politische Selbstverständniserklärungen, auf die sich die Bürgerinitiativen einigten:

- KEIN AKW IN BROKDORF, GROHNDE ODER ANDERSWO!
- KEINE WAA UND ATOMMÜLLDEPOTIE!
- SOKORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN!
- SCHLUSS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN VON POLIZEI UND BGS!
- WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM!

Mit diesen Lösungen läßt sich der Konsenz der Bewegung beschreiben, deren Stärke der gemeinsame praktische Widerstand, der gemeinsame Kampf gegen das menschenverachtende Atomprogramm über weltanschauliche und politische Differenzen hinweg und bei unterschiedlichsten Aktionsformen.

Mit der organisatorischen Spaltung der BUU in Norddeutschland, mit den Kontroversen zur Grohnde-Solidarität, mit der Auseinandersetzung über den Bundeskongreß letztes Jahr in Hannover, mit dem wachsenden Druck auf die Bewegung durch Kriminalisierung und zunehmende Durchpeitschung des Atomprogramms kam es immer seltener zu offenen, solidarischen und ausführlichen Beratungen.

Viele dieser Bürgerinitiativen arbeiten kontinuierlich "vor sich hin". Einzelne Bürgerinitiativen wenden sich bestimmten Standorten zu (z.B. Esensham). Andere sind ratlos und wissen nicht wie es weitergehen soll. Aber gleichzeitig haben sich ganz andere Formen entwickelt: Der Widerstand in Betrieb und Gewerkschaft wächst; mit den Demonstrationen am 25.2. und 10.6. wurde erstmals ein so breiter Protest gegen die Kriminalisierung manifestiert; AKW-Gegner beteiligen sich an oppositionellen Wahlbündnissen. Angesichts dermaßen unterschiedlicher Vorgehensweisen ist der Wunsch nahelegend, Erfahrungen auszutauschen,

Wer wollte angesichts dieser Vielfalt behaupten "die" Bewegung zu sein, oder "für" sie zu sprechen. Ist es nicht überhaupt erstmal wichtiger, über die nächsten Aufgaben ins Gespräch zu kommen?

II. ARBEITSTREFFEN HANNOVER - ein Schritt in die richtige Richtung!

In dieser Situation war das Arbeitstreffen ein wichtiger Schritt, zwischen den unterschiedlichen Teilen der Bewegung eine Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und der Auseinandersetzung zu schaffen, voneinander zu lernen und Aktionen zu koordinieren. Gleiches gilt für den "Deutschen Umwelttag", der Ende Mai in Troisdorf veranstaltet wurde, gilt aber auch für eine Reihe anderer Treffen, auf denen direkt begonnen wurde, die Diskussion zu führen. Denn beim gegenwärtigen Stand der Bewegung dürfte es für viele Gebiete der BRD und auch das Bundesgebiet insgesamt nicht in erster Linie so wichtig (und möglich) sein, auf Konferenzen repräsentative Beschlüsse zu fassen, sondern es kommt wesentlich darauf an, den Diskussionsprozeß aufzunehmen.

Die starke Beteiligung am Arbeitstreffen, aus der gesamten BRD und West-Berlin, aus sehr unterschiedlichen Bürgerinitiativen, Organisationen, Parteien und Gruppen bestätigt dies. Das es ein Anfang war, daß viele Fragen nur andiskutiert wurden, war schon vorher klar. Aber gerade deshalb meinen wir, daß die Zusammenfassung der Diskussion auf dem Arbeitstreffen ausführlich veröffentlicht und allen Teilen der Bewegung zugänglich gemacht werden muß, damit die Diskussion weitergeführt werden kann. Dazu dient das erstellte Material-INFO.

Darüber hinaus aber dürfen wir nicht den Fehler machen, den roten Faden der Diskussion wieder abreißen zu lassen. Deshalb wurde auf dem Arbeitstreffen u.a. diskutiert,

- für den Herbst ein weiteres Arbeitstreffen vorzubereiten, das an dem ersten anknüpft;
- die Einrichtung eines Informationsorgans, das allein dem Zweck dient, den Kontakt und die Informationen zwischen den BIs zu verbessern, den Erfahrungsaustausch zu verstärken, damit ein direkter Erfahrungsaustausch zwischen den BIs sich entwickelt. Dabei wurde an Beispielen erläutert, daß nach der Demo in Hannover vom 25.2. die Informationen über den Fortgang der Prozesse überall fehlte. Das es erst mit dem ersten Urteil ein z.T. bitteres Erwachen gegeben hat. Dies hat auch die gesamte Solidaritätsbewegung behindert. Das gleiche gilt auch für den nächsten Konzentrationspunkt des Widerstands in Gorleben und vieles andere mehr." (aus dem Bericht der Gruppe "Info- und Öffentlichkeitsarbeit"; ähnlich Vorschläge kamen aus der Gruppe Gewerkschaften, Widerstandsformen u.a.)

III. Wie könnte so ein INFO aussehen?

- 1) Es braucht keine besondere Form, kein "eigenes Gesicht", sondern wie die bisherigen INFOS so erscheinen, wie gerade notwendig: als einzelne Blätter, oder wie das Material-INFO als Lose-Blatt-Sammlung.

- 2) Grundüberlegung ist, Materialien, Stellungnahmen, Papier usw. aus der Diskussion der Bewegung zentral zu sammeln und die Verschickung zu übernehmen.

Eine eigene "redaktionelle Arbeit", die über das Zusammenstellen von Terminen hinausgeht, wird es nicht geben.

Was verschickt wird liegt ausschließlich daran, was hergeschickt wird. Dazu müßte eine zentrale Stelle (Adresse/Telefon) geschaffen werden, worum wir uns bemühen. Bis jetzt und für die ganze Nachbereitung des Aktionswochenendes hat noch immer Manuel Kiper seine Adresse zur Verfügung gestellt (Bödekerstraße 86/3 Hannover). Telefonische Kontakt ist solange 0511 / 31 91 82, wo aber selten jemand da ist.

- 3) Die Erscheinungsweise sollte davon abhängen, was einkommt, was aber wohl, wie das bis jetzt aussieht, mindestens monatlich ist.
- 4) Die Finanzierung stellen wir uns so vor, daß jede BI pro DIN A 4 Seite (Normalschrift, also verkleinerbar), die sie verschickt haben will, 13,-DM überweist, was praktisch die Druckkosten decken soll. Bisher ist das INFO in etwa 500 Auflage gedruckt und an über 300 Adressen verschickt worden. Die Portokosten für Verschickung sollten dadurch abgedeckt werden, daß die Empfänger (also die, die das Info haben wollen), einen Betrag überweisen (z.B. 10,- DM), und das INFO solange zugeschickt bekommen, wie dies Geld reicht (altes Prinzip).
- 5) Für die Zusammenstellung des INFOS wird jeweils in der Vor-Ausgabe der nächste Termin bekanntgeben, sodaß sich jeder an dem Erstellen beteiligen kann (und auch noch ein paar mehr Leute tun sollten) und die BIs wissen, bis wann sie ihre Sachen schicken müssen.

IV. Gibt es nicht schon genügend INFOS und Zeitungen der Bewegung?

Richtig ist, daß man nicht übertreiben sollte mit INFOS. Aber alle bisherigen INFOS erfüllen die beschriebenen Aufgaben nicht: sie sind etwa örtlich, oder thematisch, oder bezügl. des Empfängerkreises beschränkt. Öffentliche Zeitungen der Bewegung haben einen ganz anderen Charakter, weil sie nach außen gewandt sind, sind aber in ihrer Erscheinungsweise an langfristige Produktionszeiten und -termine gebunden.

Insgesamt sollte also dieses INFO nicht als irgendwie geartete "Konkurrenz" angesehen werden, sondern wir sollten gemeinsam dazu beitragen, den Prozeß der Auseinandersetzung, die Strukturen der Anti-AKW-Bewegung zu verbessern.

Hierzu schlagen wir vor im Herbst (also nach den Sommerferien) ein Treffen der Anti-AKW-Zeitungen/INFOS zu machen, um diese Fragen, v.a. auch die Verbesserung der Zusammenarbeit zu diskutieren.

Hannover, 13. Juli
Spontan-Info-Tipper, Hannover

Auf Beschluß der Konferenz von Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen vom 7. Mai 1978 in Hannover findet am **10. Juni eine Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse** und vom 9. - 11. Juni ein öffentliches Arbeitstreffen zu den brennenden Fragen der Anti-AKW-Bewegung in Hannover statt!

Die Bürgerinitiativen fordern:

Weg mit den Grohnde-Urteilen

Ende April wurden gegen die ersten Angeklagten in den hannoverschen Grohnde-Prozessen die Urteile gefällt:

- Gerhardt Schulz zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung und im Anschluß eine Freiheitsstrafe aus anderer Sache, die zur Bewährung ausgesetzt war, aber „gleich mit“ widerrufen wurde
- weil der Angeklagte in Grohnde demonstriert hatte
- Andreas Hanke zu 12 Monaten ohne Bewährung. Er soll einen Polizisten mit einem massiven Holzknüttel (80 x 4 cm) niedergestreckt haben, was mit einer ärztlich attestierten Schürfwunde von 3 mm (!) „bewiesen“ wird. Laut Gutachten des Hausarztes hätte es dabei aber in Wirklichkeit ein geplantes Trommelfell, Knochenbruch und Bluterguß geben müssen.
- Christian Gercke zu 11 Monaten und Helmut Oldewies zu 13 Monaten, beide ebenfalls ohne Bewährung.

„Ich hoffe, daß unsere Gesetze es zulassen, diese Verbrecher angemessen zu bestrafen“, so Ministerpräsident Albrecht nach der Demonstration vom 19.3.77. „Verbrecher“ - das waren für ihn zunächst einmal die 26 Demonstranten (von 20.000), die am 19.3. „niedergelitten, am Boden geschlagen und dann verhaftet worden waren“ (Stern 18/78). Gemeint waren aber auch die anderen 19.974 Demonstranten, denn wie heißt es in der Urteilsbegründung gegen Gerhardt Schulz: „Entscheidend ist, daß der Angeklagte da war (bei der Demonstration). Das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruchs aus.“

Und als das Gericht über die Höhe der Strafen nachgedacht hat, hat es besonders die Zukunft im Auge gehabt. Es müsse ein „Zeichen“ gesetzt werden für die „Krawallmacher an den Universitäten“ und auch für die „älteren Mitbürger aus der Umgebung von Grohnde“, die als Zeugen vor Gericht die Demonstration verteidigt und den brutalen Polizeieinsatz verurteilt hatten. Ein Binnenschiffer aus Grohnde, dessen Existenz durch das AKW bedroht wird, hatte z. B. ausgesagt, keine staatliche Stelle, aber die Demonstranten hätten sich für seine Interessen eingesetzt und auch das Einreißen des Zaunes sei richtig gewesen.

Ebenso wie zahlreiche Zeugen der Verteidigung haben die Angeklagten in den Prozessen entschieden gegen das Atomenergieprogramm Stellung bezogen, haben aufgezeigt, daß es gegen die

Lebensinteressen der Bevölkerung gerichtet ist. Und sie haben den praktischen Widerstand gegen den Bau der Anlagen, z. B. durch Bauplatzbesetzungen, verteidigt. Wegen dieser konsequenten Haltung hat man die Aussetzung der Strafen auf Bewährung abgelehnt, da (so Staatsanwalt Borchers, SPD, in seiner Begründung für das Urteil gegen Andreas) „nicht auszuschließen sei, daß der Angeklagte genauso wieder nach Gorleben geht... ich meine, dieser Angeklagte soll in Gorleben nicht dabei sein.“

Wie hier Atomkraftgegner abgeurteilt werden sollen, das wirkt genauso wie die brutalen Polizeieinsätze, ja Bürgerkriegsmanöver von Brokdorf, Grohnde und Kalkar ein Schlaglicht darauf, was heute in diesem Staat schon wieder möglich ist. - So soll es allen ergehen, die für ihre elementaren Rechte eintreten, die sich nicht auf Institutionen verlassen. So soll es dem Arbeiter im Streik ergehen, so dem Landwirt auf der Treckerdemonstration. Wie das Razziesgesetz, das den Todesschuß erlaubt, so sind das alles Schritte in den offenen Unrechtsstaat.

Hiergegen ist jeder aufgerufen, dem es um elementare Freiheitsrechte geht, seinen Protest auszudrücken, gleich wie er zur Frage der Atomenergie steht, unabhängig davon, ob er glaubt, dieses Recht durch die Berufung auf die Freiheitlich Demokratische Grundordnung einlegen zu können, unabhängig von seinen Vorstellungen über die Formen des Widerstandes, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung.

Nach Ernst Albrecht soll in Gorleben die „Entscheidungsschlacht“ um das Atomenergieprogramm geschlagen werden, denn die Atomkraftfabrik ist der Dreh- und Angelpunkt dieses Programms. Und in und um Gorleben hat sich ein breiter Widerstand gegen diese Anlage entwickelt, der selbst die Kirche dazu gebracht hat, den Verkauf von Gelände für die Anlage zu verweigern. Mit den Terrorurteilen gegen die Grohnde-Demonstranten will man die Bevölkerung in Gorleben wie auch in anderen Standorten (in Brokdorf soll im Sommer weitergebaut werden) einschüchtern und zu erwartenden Widerstandskämpfen verhindern. Diesem Ziel dienen auch die anderen Kriminalisierungs- und Diffamierungsversuche gegen die Anti-AKW-Bewegung.

Demgegenüber stellen wir mit aller Entschiedenheit fest, daß es verbrecherisch ist, Atomanlagen zu bauen und den Bau mit staatlicher Gewalt gegen unsere Lebensinteressen durchzusetzen!

Deshalb halten wir weiterhin an unserem Recht fest, den Bau der Anlagen zu verhindern!

Wir fordern alle AKW-Gegner und andere demokratisch eingestellte Menschen auf, am 10. Juni in Hannover zu demonstrieren! Denn:

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Wir fordern ebenfalls auf zur Teilnahme an dem gleichzeitigen Kongreß, wo wir über unser weiteres Vorgehen im Kampf gegen das Atomprogramm und Strafverfolgung beraten wollen.

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

Weg mit den Terrorurteilen gegen Grohnde-Demonstranten!

Kein AKW in Grohnde, Brokdorf oder anderswo!

Weg mit dem Atomprogramm!

Keine Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie!

PROGRAMM
des AKTIONSWOCHENENDES der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen vom 9.6.-11.6. in Hannover

FREITAG

9.6. 19.30 : **VERANSTALTUNG** „Atomenergieprogramm und Demokratie“
Ort: *Audi Max der TU*, Am Welfengarten

Auf dem Podium: Angeklagter aus den Grohnde-Prozessen, Prof. Jens Scheer (Atomphysiker), H. Ostermeyer (Richter), Pastor Bretzke Hannover, Kandidat der Bunten Liste „Wehrt Euch“ Hamburg, evtl. ein Mitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.
Veranstalter: ASTA der TU zusammen mit den Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen

SAMSTAG

10.6. 10.00 : **DEMONSTRATION GEGEN DIE GROHNDE-PROZESSE UND DIE KRIMINALISIERUNG DER ANTI-AKW-BEWEGUNG**
Ort: Welfenplatz (Bunker) in Hannover, Abmarsch: 11.00

ÖFFENTLICHES ARBEITSTREFFEN

- 16.00 : Informationsmeeting (Kurzberichte zu Gorleben, Prozesse, Brokdorf, Kalkar, Essensname, Grohnde)
- Ort: TU, vor *Audi Max*, Am Welfengarten
- 17.00 : Beginn der Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunktthemen: Gorleben, Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften, Widerstandsförmen (Selbstansagen, Stromsperreboykott, Großdemos, Verwaltungsgerichtsverfahren), Kriminalisierung.
- Andere Themen sind in Vorbereitung.
- anschl. : Gemütliches Beisammensein, Kultur, etc.

Während des ganzen Wochenendes auf dem TU-Gelände : Ausstellung „Kunst im Kampf gegen Atomkraftwerke“!

SONNTAG

- 11.6. 7.00 : Frühsport und Frühstück
- 10.00 : Arbeitsgruppen
- 13.00 : Mittagessen
- 15.00 : Plenum, das die bisherige Arbeit zusammenfassen soll, anschl. auf Wunsch Weiterarbeit von Arbeitsgruppen

Während des gesamten Arbeitstreffens wird der bisherige Kampf der Bewegung durch Filme, Fotos und Ausstellungen dargestellt. Alle BIs und Gruppen sind aufgefordert, sich durch Info-Fische u.ä. ausgiebig selber darzustellen.

Demonstration 10.6. Hannover

10.00 Welfenplatz (11.00 Abmarsch)

Kontakt für die Vorbereitungen: M. Kiper, Bodekertz, 86, 3000 Hannover, Tel.: 319 781-0571

Spendet für die Vorbereitungen: Stadtsparkasse Hannover, Kasse Thoma, Konto: 153 9722, BLZ: 25 05 130
Stichwort: 10/11.6.78. Die Ausgaben werden öffentlich abgerechnet, evtl. Überschüsse zugunsten der Prozesse.

Das Aktionswochenende wird bisher unterstützt von: BI Oststadt/List Hannover; BI Osnabrück; BUU (autonom) St. Georg, Rahstedt-Melndorf, Norderstedt, Hohenluft, Wandsbeck, BUU (Delegiertenplenum) - alles Hamburg; AK Salzgitter; AKU Münster; Gesamtplenum Bielefeld; BI Hildesheim; BI Paderborn; AKW-Neue Aachen; BI Celle; BI Koblenz; BI Rendsburg; BI Siegen; BI Kiel; BI Husum; Prof. Jens Scheer; W. Mossmann; Studentenzentrum „Kritik“; UJZ-Initiative; Initiative gegen S88a, Projekt Feestube - alles Siegen; BI Mainz-Wiesbaden; BI Göttingen; BI Detmold; Bormaschine Bormstein; Wählergemeinschaft „Atomkraft Nein Danke“ Hameln; BI Garbsen; BIU Dortmund; BI KKW Meißel; BI Duisburg; GLU-Kreisverband Hannover-Stadt; BI Bremerförde; BI Aurich; mehrere Stadtteilgruppen der BBA-Bremen; Büro für Atomenergiepr. hochum; BI Wunstorf; Naturw. g. Atom-Hann.; W. Soyka; BI Kassel; MIGA München; BI Bremerhaven; BI Neuwied; BI Bendorf; *ASTA der TU*; Studentenparlament TU, Komitee g. pol. Unterdrückung in beiden deutschen Staaten, - alles Braunschweig; BUU Altona, Bramfeld/Ost, - beide Hamburg; KPD; SAG; Buchladen „INTERNATIONALE“ Hamburg; ök. Gruppe Horn-Hamburg; AKU Kiel; BI Umweltschutz Kiel; BI Wuppertal; Bi Panther Frankfurt und Hannover; Fachschaftsrat LBS der TU Hannover; AK Göttingen; AK Braunschweig; BI Bückeburg; BI Gießen; Landelike Stromgruppe „Stop Kernenergie“-Niederland (20 Gruppen); W. Lindemann, B. Wecke - beide in Grohnde verhaftet worden; *Sozialistische Initiativegruppe, Studentenparlament TU, GfM, Antikulturguppe Politik, Basisgruppe TU, AUD - alles Braunschweig*;
Das Arbeitstreffen wird unterstützt von: BI Marburg; AK-pol. Ök. Hamburg; FA Kassel; Arbeitskreis Energie in der BIU Hannover (Königstr.);

V.i.S.d.P.: J. Jordan, Eilbeker Weg 72, 2HH76

Pressespiegel, fast vollständig, bis 10.7.78

Rundfunk/Fernsehen
Westfälische Rundschau
Hannoversche Allgemeine Zeitung
Neue Hannoversche Presse
Cellesche Zeitung
überregionale Ztgs.-Meldungen
Göttinger Atomexpress
Stadtpost, Hannover

Informationsdienst (ID)
Fragezeichen, Hannover
Kommunistische Volkszeitung (KVZ)
Sozialistische Arbeiterzeitung (SAZ)
Arbeiterkampf (AK)
Rote Fahne (RF)

Überblick über Rundfunk- und Fernsehmeldungen:

- 8.6.78 NDR II sendet ausführliches Interview mit Peter und Klaus gegen 18.00.
Ausführlich und ungekürzt wird der Hörer über das Arbeitstreffen,
Demo und Podiumsveranstaltung sowie das erfolgte Lautsprecherver-
bot durch die Polizei informiert.
- 9.6.78 NDR II wiederholt das Interview vom Vortag gegen 11.30.
- 10.6.78 NDR II berichtet in "Pop und Politik" direkt durch einen Reporter im An-
schluß an die Abschlußkundgebung von der Demo: 6000 Demonstranten,
"gereizte" Atmosphäre, einige Tatsachen über den Unrechtscharakter
der Prozesse. NDR II-Nachrichten: 4000 Teilnehmer
Radio Bremen: geschätzte 12000 Teilnehmer, Deutschlandfunk: 6000
Tagesschau und Heute: 4000 + Bilder von Demo

Heute Demonstration gegen Bau von Atomkraftwerk

Bürgerinitiative Siegen wirbt für Umweltschutz

Siegen. (H. S.) Etwa 20 000 Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz werden heute gegen die Verurteilung von Demonstranten gegen den Bau des Atomkraftwerkes Grohnde in Siegen wird man mit Transparenten durch die Straßen ziehen. Die rege Bürgerinitiative Siegen, die von der Polizei bei der Rückkehr von einer Demonstration im Omnibus „gefilzt“ worden war, wird mit etwa 40 Personen vertreten sein. Unterstützt wird die Siegener Gruppe durch die Initiative Unabhängiges Jugendzentrum, dem Komitee Paragraph 88a, dem Projekt Teestube und der Studentenzeitung „Kritik“.

Im Siegerland hat die Gruppe mit zahlreichen Plakaten und mit der Verteilung von Handzetteln auf diese Aktion aufmerksam gemacht. Auch mit einer Unterschriftensammlung will man versuchen, gegen das Grohnde-Urteil vorzugehen. Auch in Siegen fordert man „Weg mit den Grohnde-Urteilen.“

Worum geht es? Ende April wurden gegen folgende Angeklagte diese Urteile gefällt: Gerhard Schulz (zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung), weil der Angeklagte in Grohnde demonstriert hatte; Andreas Handke (zu 12 Monaten ohne Bewährung). Er soll einen Polizisten mit einem massiven Holzknüppel niedergestreckt haben. Christian Gehrtke (zu elf Monaten) und Helmut Oldewald (zu 13 Monaten, beide ebenfalls ohne Bewährung).

Der „Stern“ schrieb zu dieser Demonstration, daß die Demonstranten „niedergegittert, am Boden geschlagen und dann verhaftet worden seien“.

Die Zeugen verteidigten vor Gericht die Demonstranten und verurteilten „den brutalen Polizeieingriff“. Ein Binnenschiffer aus Grohnde, der seine Existenz durch das Atomkraftwerk gefährdet sieht, hatte zum Beispiel ausgesagt, keine staatliche Stelle, aber die Demonstranten hätten sich für seine Interessen eingesetzt. Martin Gräbner von der Bürgerinitiative Siegen:

„Wie hier Atomkraftgegner abgeurteilt werden sollen, daß wirft genauso wie die brutalen Polizeieingriffe, ja Bürgerkriegsmanöver von Brockdorf, Grohnde und Kalkar ein Schlaglicht darauf, was heute in diesem Staat schon wieder möglich ist.“

Die Bürgerinitiative will mit aller „Entschiedenheit die Lebensinteressen durchsetzen und an dem Recht festhalten, den Bau der Atomanlagen zu verhindern“. Auch sieht die Initiative in diesem Gerichtsurteil „eine Kriminalisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung“.

Es steht außerdem ein Arbeitstreffen mit den inhaltlichen Schwerpunkten „Atomenergieprogramm und Demokratie“ und „Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben“ auf dem Programm. Schon jetzt teilte die Siegener Bürgerinitiative eine wichtige Vorinformation mit: „Im Herbst wird eine Großveranstaltung mit dem bekannten Wissenschaftler und Schriftsteller Robert Jungk durchgeführt.“

Westfälische Rundschau 10.6.73



(Foto: Hans Schreiber)

Auf zahlreichen Veranstaltungen macht die Bürgerinitiative Umweltschutz mit Schrifttenmaterial auf ihr Ziel aufmerksam. Heute nimmt die rege Gruppe an einer Großdemonstration in Hannover teil.

Kernkraftgegner demonstrieren

Sonnabend in der Innenstadt / 10 000 Teilnehmer erwartet
Hannoversche Allgemeine Zeitung 9.6.73

Autofahrer und Fahrgäste der Straßenbahnen werden sich mit Geduld wappnen müssen: Am Sonnabend steht die Innenstadt mehrere Stunden lang im Zeichen einer Großdemonstration, bei der Bürgerinitiativen aus der Bundesrepublik gegen die Grohnde-Prozesse und gegen die angebliche Kriminalisierung der Anti-Atomkraftbewegung protestieren wollen.

Nach einer Kundgebung auf dem Welfenplatz wollen die Demonstranten ab 11 Uhr folgenden Weg nehmen: Celler Straße – Wedekindplatz – Flüggestraße – Gretchenstraße – Lister Meile – Weißekreuzplatz – ZOB – Postunterführung – Kurt-Schumacher-Straße – Steinstraße – Georgstraße – Schmiedestraße – Karmarschstraße – Osterstraße – Windmühlenstraße – Opern-

platz. Dort soll die Abschlussskundgebung stattfinden.

In der Anmeldung bei der Polizei ist die Rede davon, daß bis zu 10 000 Teilnehmer erwartet werden. Die Bürgerinitiativen haben in einer Pressemitteilung erklärt, sie wollten dafür sorgen, daß es zu keinerlei Auseinandersetzungen mit der Polizei komme. Bei einer ähnlichen Veranstaltung am 25. Februar hatte es schwere Zusammenstöße zwischen sogenannten K-Gruppen und der Polizei gegeben. Angemeldet ist die Demonstration im Auftrag einer Hamburgerin von einem Anwaltskollektiv, das nach Angaben der Polizei bereits im Zusammenhang mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland in Erscheinung getreten ist.

Wochenende gegen Kernkraft

Veranstalter: „Hannover schränkt Demonstrationsrecht ein“
Hannoversche Allgemeine Zeitung 9.6.73

Eigener Bericht

me. Hannover

Rund 7000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet erwarten die Veranstalter eines Aktionswochenendes gegen Atomanlagen zu ihrer Demonstration am Sonnabendmorgen in Hannover. Der Demonstrationzug soll sich „gegen die Grohnde-Prozesse und die Kriminalisierung der Anti-Atomkraftwerke-Bewegung“ richten.

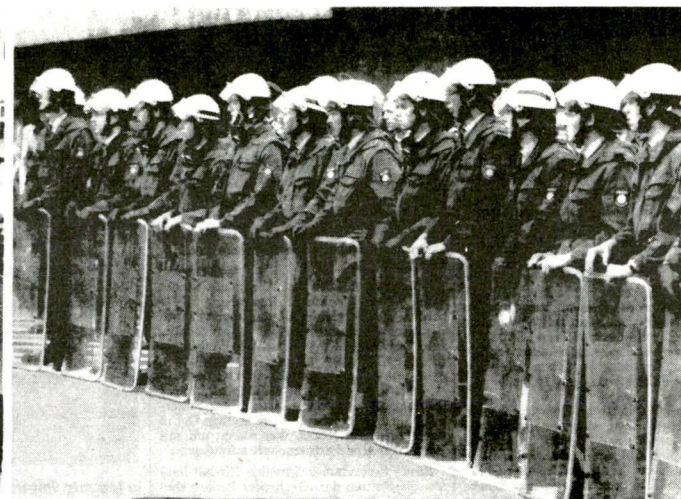
Der Organisationsausschuß hat sich am Donnerstag vor Journalisten in Hannover über eine nach ihrer Meinung erfolgte Einschränkung des Demonstrationsrechtes gewandt. In der Genehmigung des Protestzuges habe ihnen der hannoversche Polizeipräsident untersagt, Lautsprecherwagen mitzuführen, um so Lärmbelästigungen der hannoverschen Bürger zu vermeiden.

Die Veranstalter sehen in diesem Verbot eine Absicht der Stadt Hannover, die Demonstration „durch befohlene Mißorganisation ausarten zu lassen, um ein Eingreifen der Polizei vorzubereiten.“ Ohne zentrale Lenkung der Demonstration sei ein geordneter Ablauf nur schwer zu verwirklichen. Gegen den Bescheid der Stadtverwal-

tung seien rechtliche Schritte eingeleitet worden. Bei der Stadt seien jetzt vier Zwischenkundgebungen innerhalb des Marschweges der Demonstranten angemeldet worden, um bei diesen Stationen die Teilnehmer wieder über Lautsprecher erreichen zu können.

Das Aktionswochenende beginnt am heutigen Freitag mit einer Podiumsdiskussion im Auditorium maximum der Technischen Universität Hannover unter dem Thema „Atomenergieprogramm und Demokratie“. Als Podiumsredner sind neben anderen Richter Ostermeier aus Bielefeld, Pastor Bretzke aus Hannover, der Kernphysiker Professor Scheer aus Bremen und ein im Grohnde-Prozess Verurteilter vorgesehen. Nach der Demonstration am Sonnabend sowie am Sonntag befassen sich Arbeitsgruppen mit verschiedenen Aspekten der Anti-Atom-Bewegung.

Am Aktionswochenende nehmen neben Bürgerinitiativen, die sich mit der Bekämpfung einzelner atomarer Projekte (Grohnde, Brockdorf, Gorleben) beschäftigen, auch politisch orientierte Zusammenschlüsse und extrem linksgerichtete Gruppen teil.



Wo immer die Spitze des Demonstrationszuges (links) auftauchte, bildeten Polizeibeamte mit Helmen und Schilden dichte Ketten, um Abweichungen vom Marschweg zu verhindern.

Aufn. (2): I

HAZ 12.6.78

Diesmal war die Polizei gerüstet *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

Rund 4000 Atomgegner zogen durch die Stadt

Verkehr stockte / Am Opernhaus gingen Scheiben zu Bruch

Ohne nennenswerte Zwischenfälle ist am Sonnabend eine Demonstration von Kernkraftgegnern verlaufen, die gegen die Grohnde-Prozesse und gegen eine angebliche Kriminalisierung der Bewegung gegen den Kraftwerkbau protestieren wollten. Vier Stunden lang marschierten etwa 3000 bis 4000 vorwiegend jugendliche Demonstranten durch die Oststadt und die Innenstadt, wobei der Auto- und der Straßenbahnverkehr zeitweise zum Erliegen kam.

Die Polizei – nach schweren Ausschreitungen bei einer ähnlichen Demonstration am 25. Februar vorgewarnt – hatte acht Hundertschaften im Einsatz, um Übergriffe zu verhindern. Vermieden werden sollten auch Schmierereien an Hauswänden, Schaufenstern und Fassaden, wie sie im Februar häufig vorgekommen waren. Polizeibeamte mit Schutzschilden begleiteten den Zug und sicherten in wechselnden Einsätzen gefährdete Gebäude.

Als Provokation empfanden es viele Demonstranten, daß Polizeibeamte am Raschplatz den Demonstrationszug durchquerten. Polizeipräsident Dr. Heinrich Boge rechtfertigte diese Maßnahme später: Es sei dringend notwendig gewesen, die Beamten an anderer Stelle einzusetzen.

Besonnene Polizeibeamte verhinderten in der Karmarschstraße eine Auseinandersetzung. Eine Straßenbahn der Linie 8 war ohne Not in den Zug der Demonstranten hineingefahren. Einige von ihnen hatten den Anhänger daraufhin abgekuppelt. Hätten Polizeibeamte hier, wie die Ustra es

wünschte, sofort eingegriffen, wäre es vermutlich zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen.

Zu einer brenzigen Situation kam es während der Abschlußkundgebung auf dem Opernplatz. Mehrere hundert Demonstranten versuchten dort, Polizeibeamte, die das Opernhaus vor Schmierereien schützen sollten, an die Wand zu drängen. Die Polizei setzte Tränengas und Schlagstöcke ein. Demonstranten warfen mit Steinen und Farbbeuteln. Einige Scheiben des Opernhauses gingen zu Bruch.

Polizeipräsident Boge erklärte am Nachmittag, der massive Einsatz der Polizei habe „Präventivwirkung“ gezeigt. Nach seinen Erkenntnissen sei der Demonstrationszug am Sonnabend anders zusammengesetzt gewesen als jener im Februar. Damals habe man es zu etwa drei Vierteln mit Bürgerinitiativen und zu einem Viertel mit sogenannten K-Gruppen zu tun gehabt. Dieses Mal sei das Verhältnis umgekehrt gewesen. –11–

Angeklagte auf dem Podium

Aktionswochenende gegen Kernenergie und Grohnde-Prozesse

Hannoversche Allgemeine Zeitung HAZ 12.6.78
Eigener Bericht

me. Hannover
Ein Aktionswochenende zahlreicher Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen ging am Sonntag in Hannover ohne wesentliche Zwischenfälle zu Ende. Die Sprecher des Organisationsausschusses, Peter Dickel aus Hamburg und Klaus Oellerer aus Hannover, zeigten sich mit Verlauf und Ergebnis zufrieden. An einer Demonstration, die sich vor allem gegen die Grohnde-Prozesse am Landgericht Hannover und gegen die „Kriminalisierung von Kernkraftgegnern“ richtete, nahmen in der hannoverschen Innenstadt am Sonnabend rund 5000 Menschen teil.

Ziel des Aktionswochenendes sollte sein, Erfahrungsberichte der aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Gruppen zu diskutieren. Die Initiativen, ihre Mehrzahl ist am linken Rand des Parteienspektrums angesiedelt, berichteten in Arbeitsgruppen über ihre Erfolge oder Mißerfolge mit verschiedenen Protestformen. In einigen Städten, so Peter Dickel, hätten die Initiativen in jüngster Vergangenheit gute Kontakte zu Gewerkschaften und Betriebsräten gefunden, so daß die Arbeit gegen Atomanlagen nach und nach eine breitere Basis finde.

Dem Erfahrungs- und Meinungsaustausch diente auch eine Podiumsdiskussion, an der die bekannten Bremer Atomgegner Professor Jens Scheer und Walter Soyka teilnahmen. Angeklagte aus den Grohnde-Prozessen berichteten über ihre Verfahren.

Die Organisatoren des Wochenendes, die in ihren Einladungsschreiben an die Initiativen mit „atomfeindlichen“ und „unverseuchten“ Grüßen gezeichnet hatten, glauben anders als bei einer Demonstration im Februar in Hannover diesmal mehr Interesse der Bevölkerung für ihr Anliegen festgestellt zu haben. Die weitere Mobilisierung der Öffentlichkeit nahm darum bei den Gesprächen der Arbeitsgruppen breiten Raum ein.

Dickel und Oellerer halten es nicht für ausgeschlossen, daß die am Wochenende halbwegs unter einen Hut gebrachten unterschiedlichen Protestinitiativen bei späteren Treffen eine gemeinsame Linie für weitere Aktionen finden. Wie diese Gemeinsamkeit bei den starken Unterschieden der politischen Standorte aussehen soll, wußten Dickel und Oellerer nicht zu sagen. Es war schon schwierig gewesen, sich über Form und Ablauf der Demonstration am Wochenende zu einigen.

Wir alle sind dazu aufgerufen, es nicht soweit kommen zu lassen. Auch die, die die Staatsmacht verkörpern.

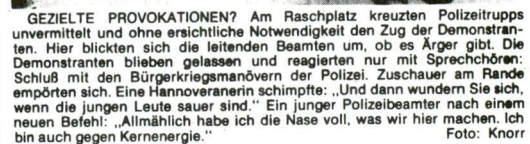


Foto: Stoletzki

Ausgeschlagen und ein Verbleibendes gab es während am Samstag der Innenstadt von Hannover. Rund 4000 Demonstranten protestierten gegen den Bau von Atomkraftwerken und zogen in einem Marsch von Wolfenbüttel durch die Stadt. Die Polizei hatte zur Absicherung 900 Beamten aus Oldenburg, Braunschweig und Hannover eingesetzt.

Bei dem Marsch durch die Stadt hatten die Demonstranten in der Kur-Schumann-Straße einen Straßenbahnübergang abgeparkt. Während der Abschiebung wurde am Opernhausplatz gab es einen kurzen Zusammenstoß zwischen der Polizei und den dort versammelten Teilnehmern. Dabei setzte die Polizei kurzzeitig Tränengas ein. Eine Demonstrantin sowie ein Polizeibeamter wurden leicht verletzt. (Siehe Kommentar Seite 2.)

Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke aufgerufen. An dem Protestmarsch beteiligten sich – nach Auskunft der Polizei – auch zahlreiche linientreue Gruppen.

Am Abend gab es bei der Polizeikontrolle ein Verbleibendes. Vor der Justizvollzugsanstalt in der Schubertstraße fanden sich etwa 70 Demonstranten ein. Sie wollten einen inhaftierten Mann ein Geburts-

Immer weniger Bürgerinitiativen nehmen an solchen „Demos“ teil

HANNOVER (g. h.). — Nun haben sie es mit vereinten Kräften geschafft, daß echte Bürgerinitiativen sich immer weniger an Demonstrationen gegen den Bau von Kernkraftwerken bzw. gegen „Gorleben“ wenden. Lt. Auskunft der Polizei nahmen an der „Demo“ in Hannover nur ein Drittel Bürgerinitiativen und zwei Drittel K-Gruppen teil.

Vor vier Monaten noch, Ende Februar, war die Zusammensetzung des Demo-Zuges (etwa 4500) genau im umgekehrten Verhältnis gewesen.

Die Wende ist leicht erklärbar:

1. Solange Radikale jede Chance, jede Provokation nutzen um rabiat zu werden, so daß es dann bei dem mehr als massiven Einsatz von Polizeikräften mit Schutzhelmen, Schlagstöcken und Wasserwerfern sehr leicht zu einer Straßenschlacht kommt, halten sich die Gemäßigten zurück.

2. Solange die Polizei sich alle Mühe gibt, durch massives Auftreten, durch Provokationen, wie Unterbrechen des Zuges durch quer über die Straße marschierende Polizeikräfte (Polizeipräsident Dr. Boge: Das war aus Einsatzgründen notwendig) und durch die sehr leicht entstehende Gefahr, in eine Prügelei zu geraten, mit der Chemischen Keule besprüht zu werden, vergeht Bürgern die Lust am Protest.

Wie viele es wünschen erreicht zu haben...

Was bleibt, ist dies, was sich in Hannover bot. Vorwiegend jene Leute, die man von Grohnde her kennt: „Saloppe Freizeitkleidung“ waren übertrieben. Viele haben die Gesichter mit Tüchern und Masken verdeckt („wir müssen mit Berufsverboten rechnen“), führen Fahnen mit dem „A“ — Anarchie mit, haben vorweg einen Lastwagen aus Frankfurt (Sitz des KBW) und bieten alles in allem genau das Bild, das die atomfreundlichen Behörden und die Kraftwerke zeichnen: „Ausgefälppte“ demonstrieren.

Ergo: Alle anderen sind dafür.

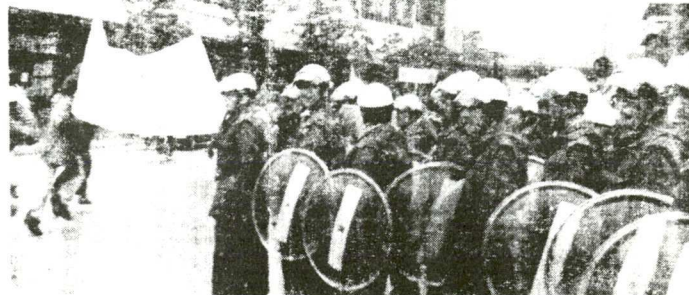
Natürlich stimmt das nicht. Aber die oben genannten Gründe halten die Massen der Bürger ab. Die Trennung von den radikalen K-Gruppen ist kaum noch durchzuführen, und so bleiben die „Bürger“ daheim. Picheln und jammern, aber tun nichts. Nichts mehr. Ihnen ist angesichts der Umstände die Freude an der „Demo“ vergangen. Es sei denn, sie erreichen jene Form des legalen Protestes, die wirklich noch Massen ansprechen kann. Denn auch diesmal wieder gab es in Hannover Scherben und „Schlagstockeinsatz“.

Auch hier hat die „Grüne Liste“ eine Aufgabe, die schwer, aber denkbar ist. Wie immer man zur Kernenergie stehen kann: Protest ist (noch) nicht verboten. Aber auf die richtige Form kommt es an.



IN DER ERSTEN REIHE des Demonstrationzugs einige Angeklagte: Vorn links der Atomphysiker Jens Scheer, der als „Rädelsführer“ von Brokdorf vor Gericht kam.

Starke Polizeikräfte sollen aufkommende Unruhen und Beunruhigung verhindern. Für viele Bürgerinitiativen ist dieser Polizeieinsatz ein Grund, nicht mehr an „Demos“ teilzunehmen.



Leser schreiben der „CZ“

Leserbriefe stellen die Meinung des Einsenders dar, und nicht immer die der Redaktion. Kürzung vorbehalten.

Betr.: Ihr Artikel „Immer weniger Bürgerinitiativen nehmen an solchen „Demos“ teil“ vom 13. Juni 1978.

In Ihrem Artikel vom 13. Juni über die Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse am 10. Juni in Hannover schreiben Sie: „... an der „Demo“ ... (nahmen) ... ein Drittel Bürgerinitiativen und zwei Drittel K-Gruppen teil.“ Im Februar wäre es laut Polizeiauskunft umgekehrt gewesen.

Richtig ist vielmehr, daß dieses Mal ein wesentlich breiteres Spektrum politischer Anschauungen gegen diese Prozesse und die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung überhaupt protestierten als jemals zuvor — von links bis zu konservativen Umweltschützern. So ist der Demonstrationsaufruf z. B. von über 50 Bürgerinitiativen unterschrieben worden. Als Unterstützer finden sich dort der GLU-Kreisverband Hannover, der konservative Umweltschützer W. Soyka (Bremen), KPD-Mitglied Prof. J. Scheer, AUD Braunschweig, und viele andere.

Auf einer Podiumsveranstaltung am Tag vorher diskutierten über das Thema „Atomenergieprogramm und Demokratie“ und wandten sich gegen die Grohnde-Prozesse: W. Soyka, Prof. J. Scheer, Familienrichter Ostermeyer (Bielefeld), Grohnde-Angeklagter, Fr. Eisele (Rechtsanwältin), Hopfenmüller (Bunte Liste Hamburg), Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

Es ist zur Zeit gerade so, daß angesichts der einschüchternden Absicht, die diese Prozesse und z. B. auch die Schikanierung, die die Bevölkerung um Gorleben zu erleiden hat (haben sollen), die Anti-AKW-Bewegung von links bis konservativ enger zusammenrücken und demonstrieren läßt. Gerade in dieser Gemeinsamkeit sehen wir die Stärke und Mobilisierungskraft unserer Bewegung.

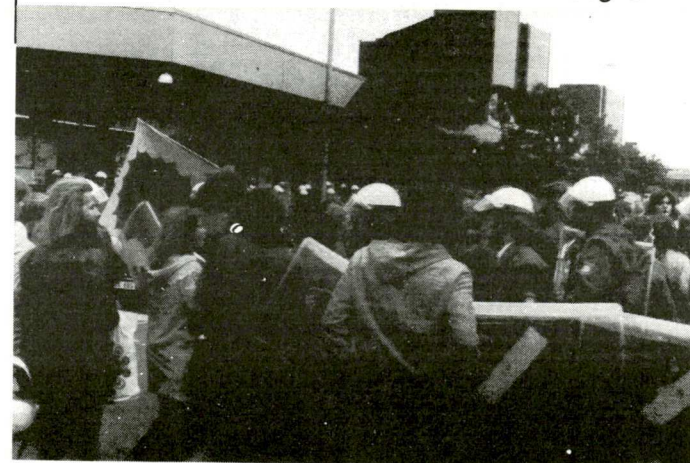
Es waren also nicht „Ausgefälppte“ (Cellesche Zeitung), die demonstrierten, sondern ernsthafte Atomenergiegegner.

Als „ausgefälppt“, besser noch: planmäßig provokativ, konnte man das Verhalten der Polizei bezeichnen. Denn sie wollte nachweislich, u. a. durch mehrfaches Kreuzen des Demonstrationszuges, Unruhe stiften, um dadurch den Vorwand für einen größeren Einsatz zu haben. Allein die Geschlossenheit und Diszipliniertheit der Demonstration machte es möglich, den Protest wie geplant und so öffentlichkeitswirksam (ich meine mit Erfolg) durchzuführen.

Das Kfz-Kennzeichen „F“ des Lautsprecherwagens in Verbindung mit der KBW-Zentrale in Frankfurt zu bringen, ist absurd: Das Fahrzeug war in Hannover bei einem kommerziellen Autoverleih ausgeliehen.

Klaus Ötterer
(Veranstaltungsleiter der Demonstration am 10. Juni 1978 in Hannover)

Zum Leserbrief des Demo-Leiters der KKW-Gegner



„Aus Einsatzgründen“ durchschneiden Polizisten den Demonstrationzug



Etwa 3500 Menschen haben am Wochenende in Hannover gegen Atomkraftwerke demonstriert. Die meist jungen Leute zogen in einem Protestmarsch durch die Innenstadt. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben der Polizei nicht. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen.

Demonstration

gegen Kriminalisierung

10. 6. in Hannover

Am 7.5. trafen sich in Hannover Bürgerinitiativen aus 34 Städten, nicht nur aus dem Norden, sondern auch aus dem Süden, um ein weiteres Vorgehen gegen die Grohnde Prozesse und das Atomprogramm zu beraten.

Dabei zeigte es sich, daß fast alle BIs für eine Großdemonstration gegen die Grohnde Prozesse und ein Kongreß-wochenende waren. An diesem soll über verschiedene Themen, wie z.B. Anti AKW Bewegung und DGB, Prozesse, Gorbien und Widerstandsformen gegen das Atomprogramm diskutiert werden. Es wurde außerdem vorgeschlagen, das Prozeßmaterial dem Russell-Tribunal und amnesty international zu übergeben, damit dort darüber verhandelt, und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird.

Als Termin einigte man sich auf das verlängerte Wochenende vom 10/11 Juni in Hannover, wobei am 10.6. die Demonstration durchgeführt werden soll. Hierzu soll vorher durch eine bundesweite Aktionswoche mobilisiert werden.

Göttinger Atomexpress
3 Juni 1978

Atomkraftgegner demonstrieren vor Bonner Botschaft in Wien

Süddeutsche 24/6 12.6.78 Wien (Reuter)
Rund hundert Atomkraftgegner haben vor der Botschaft der Bundesrepublik in Wien demonstriert. In Sprechchören und auf Spruchbändern verurteilten sie die „Kriminalisierung von Atomkraftgegnern“ und protestierten gegen die Gerichtsurteile, die gegen drei Personen verhängt wurden, die gegen das Kernkraftwerk Grohnde in Niedersachsen demonstriert hatten.

Demonstration gegen Atomkraftwerke

Etwa 3500 Menschen haben am Sonnabend in Hannover gegen Atomkraftwerke demonstriert. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen. (dpa) Weser-Kurier 12.6.78

Protest gegen Atom

Hannover (dpa) — 3500 Menschen demonstrierten am Wochenende in Hannover gegen Atomkraftwerke. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben der Polizei nicht. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen.

Wiesener Stadt
Anzeiger 12.6.78



GEGEN KERNKRAFTWERKE protestierten am Samstag rund 3500 Menschen in Hannover. Zu dieser Demonstration, die sich auch gegen die Grohnde-Prozesse richtete, waren Mitglieder aus der ganzen Bundesrepublik in die Landeshauptstadt gekommen. (Bild: dpa)

3500 demonstrierten gegen Atomkraftwerke

Hannover — Rund 3500 Menschen demonstrierten am Sonnabend in Hannover gegen Atomkraftwerke. Der Protestmarsch, an dem überwiegend kommunistische Gruppen teilnahmen, führte durch die Innenstadt zum Opernplatz. Die Polizei: Abgesehen von Farbschmierereien an Fassaden sowie Verkehrsbehinderungen verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle. B. id 12.6.78

Gegen Atomkraft 12.6.78

Hannover (dpa) — Etwa 3500 Menschen haben gestern in Hannover gegen Atomkraftwerke demonstriert. Die meist jungen Leute zogen in einem Protestmarsch durch die Innenstadt. Zu Zwischenfällen kam es nach Angaben bis zum Sonnabend mittag nicht. Zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen Atomanlagen aufgerufen.

Stadtpost, Hannover, am Ende eines längeren Artikels, Juni '78:

Der Atom- bzw. Polizeistaat, der von Innenministerium, Polizei, Verwaltung und Justiz aufgebaut wird, ist schon keine düstere Zukunftsvision mehr, er ist in Niedersachsen Gegenwart. Und im Rahmen des Atomstaats werden auch die Urteile im Grohnde-Prozeß gesprochen, einige werden herausgegriffen und abgeurteilt, um den Rest der Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern. Daß dies jedoch nicht gelingt, ist der Erfolg der breiten Solidarität der Bürgerinitiativen mit den Angeklagten. Zahlreiche Bürgerinitiativen, die Grüne Liste Umweltschutz, die Wählergemeinschaft Atomkraft - Nein Danke, Walter Mossmann, J. Scheer und andere rufen daher zu einem Aktionswochenende der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen vom 9. - 11. 6. 78 in Hannover auf, dessen Höhepunkt eine Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse und die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung am 10.6.78 um 10.00 Uhr am Wallenplatz sein soll.

Informationsdienst (ID), Fragezeichen

ID Nr. 228/78

PARLAMENTARISMUS ODER PRAKTISCHER WIDERSTAND GEGEN AKWs?

HANNOVER
2.. April

Am Samstag, 22.4.78, sollte morgens
eigentlich eine Demonstration gegen
das erste Grohnde-Urteil stattfinden.

(Jerry wurde zu 22 Monaten Knast verurteilt, siehe ID 226).
Die Demo fiel mangels Beteiligung aus (200 Leute!), nur das
ebenfalls angekündigte Treffen von Bürgerinitiativen fand statt.
Dazu erhielten wir folgenden Bericht:

"Am Samstag, 22.4.78, war in Hannover eine bundesweite
Treffen von AKW-Gegnern, um über die momentane Situation
und eventuelle Schritte zu diskutieren. Es wurden Großdemos
in Gorleben und/oder Esensham vorgeschlagen, die aber genauer
vorbereitet werden müssen. Einige meinten, daß Großdemos nur
sinnvoll sind, wenn sie das Ergebnis von konkreten Aktionen
sind oder wenn aus ihnen konkrete, praktische Aktionen (z.B.
die Errichtung von Anti-Atom-Dörfern) hervorgehen.

Es wurde besprochen, daß zunächst ein Bundeskongreß
oder ein Aktionswochenende organisiert werden soll:
Zu diesem Aktionswochenende sollte bundesweit durch Ver-
anstaltungen und Plakate mobilisiert werden. Es sollte ein
Treffen werden, zu dem alle AKW-Gegner und sonstige
Interessierte eingeladen sind. Kein Treffen, wo Delegierte
über unseren Widerstand abstimmen, sondern wo wir uns
über unsere Probleme klarwerden. Menschen, die an unserem
Widerstand bisher nicht teilnahmen, müssen die Möglichkeit
haben, sich an diesem Aktionswochenende über die Berechti-
gung unseres Widerstandes, über unsere Schwierigkeiten, un-
terschiedlichen politischen Vorstellungen und über die Mög-
lichkeit zur Mitarbeit informieren können. Ein wichtiger
Punkt wird sein, über Möglichkeiten des praktischen Wider-
standes und dessen Notwendigkeit und Berechtigung öffent-
lich zu sprechen und festzustellen, wieweit solche Aktionen
in der Öffentlichkeit vermittelbar sind und breit getragen
werden können.

Ein Ergebnis des Wochenendes sollte die Konkretisie-
rung von Aktionen gegen die WAA Gorleben, Zwischenlager
in Stade, Weiterbau in Brokdorf, Grohnde usw. sein.

Als Termin wurde das Wahlwochenende, 3. und 4. Juni,
vorgeschlagen. An diesen Tagen bietet sich besonders an, in
der Öffentlichkeit die Notwendigkeit des außerparlamentari-
schen Widerstandes aufzuzeigen. Da aber viele Bürgerini-
tiativen aus Hamburg und Niedersachsen sich an den Land-
tagswahlen beteiligen wollen, bedeutet dieser Termin schon
eine Entscheidung für die Richtung des zukünftigen Vor-
gehens.

Dieser Vorschlag wurde besonders von Akw-Gegnern
aus der BUU Hamburg – Arbeitskreis politische Ökologie –
vertreten. Im Verlauf der Diskussion sprach sich keiner der
Anwesenden gegen diesen Vorschlag aus, wohl aber gegen den
Termin (3./4.6.), der von Vertretern der BUNTEN LISTE
Hamburg als Spaltung empfunden wurde.

Von Jens Scheer wurde vorgeschlagen, dieses Aktions-
wochenende mit einem Bundeskongreß zu verbinden. In eine
andere Richtung gingen Ergänzungsvorschläge, die im Ver-
lauf der Diskussion gemacht wurden, nämlich die Thematik
nicht auf Strafverfolgung und Widerstand einzugrenzen,
sondern auch öffentliche Veranstaltungen zu AKWs, WAA
etc. zu machen, d.h. auf verschiedenen Veranstaltungen den
ganzen Bereich von Inhalt, Formen und Konsequenzen un-
seres Widerstandes öffentlich darzustellen und zu diskutieren.

– Die Passage über das Aktionswochenende haben wir dem Info-
Brief der Hannoverschen Bürgerinitiative entnommen. –

Nicht einig waren
wir uns im Zeitpunkt, an dem der Kongress laufen soll. Wir mei-
nen, daß der 4. Juni 78 ein geeigneter Termin ist, da an diesem

Tag in Hamburg und Niedersachsen Landtagswahlen sind, damit
können wir als AKW-Gegner zum Ausdruck bringen, was wir
vom 4-jährigen Lotteriespiel (Wahlen) halten. Andere – in
erster Linie der KB und die KPD – meinen, daß der 4. Juni un-
geeignet ist und schlagen den 20. Mai 78 vor, weil am 4. Juni
Landtagswahlen sind. Beide Organisationen, hauptsächlich der
KB – beteiligen sich in Hamburg in der sogenannten bunten
Liste (eins von vielen KB-U-Booten) an den Wahlen.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir in die Parlamente
kein Vertrauen haben – die beschließen uns ja sowieso. Wenn
wir was erreichen wollen, müssen wir unsere Schen selbst in die
Hand nehmen und aktiv werden. Die Gruppen, wie KB und KPD
haben immer gesagt, daß der Parlamentarismus kein Ersatz für
den praktischen Widerstand ist, sondern maximal eine Ergän-
zung. Warum wollen sie das nicht auch praktisch darstellen, in-
dem sie nicht versuchen, den Anti-AKW-4. Juni zu verhindern
und sich beteiligen. Haben die vielleicht Angst, daß derartige
Aktionen einen schlechten Eindruck auf ihre bürgerlichen Parla-
mentskollegen macht? Konkrete Stellungnahmen konnte weder
KB noch KPD beziehen. Wir wurden mit dem in solchen Situati-
onen üblichen Modewort "Spalter" bezeichnet, weil wir im Ge-
gensatz zu KB und KPD unsere Ablehnung zum Parlamentari-
smus praktisch zur Geltung kommen lassen wollen und werden.
Wir haben die Erfahrung gemacht, für uns AKW-Gegner – und
unter diesem Gesichtspunkt (mit Einschränkungen) hatten KB
und KPD den Wahlkampf angetreten – gibt es keine Wahlen.
Ein weiterer strittiger Punkt war das Problem einer "Groß-Demo
in Hannover zum Kongreß. KB und KPD meinen, mit einer
'machtvollen Demo' können wir mal wieder zeigen, wie viele wir
sind. (Nach dem Motto, wenn uns nichts besseres einfällt, ma-
chen wir eine machtvolle Demo). Wir haben hier in Hannover al-
lein in diesem Jahr 6 'machtvollen' Demos zu den Prozessen ge-
macht. Diese haben keinen Einfluß auf die Prozesse gehabt.
Auch konnten sie keinerlei Bereicherung für unsere praktische
Arbeit bringen. Auch wenn 70 000 nach Hannover auf die De-
mo kommen, sollten man/frau nicht Quantität mit Qualität ver-
wechseln. Als Hinweis: die großen Anti-Notstands-Demos konn-
ten die Notstandsgesetze nicht verhindern. Wir müssen andere
Widerstandsformen suchen und finden, wobei Demos dann eine
sinnvolle Ergänzung sein werden.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet statt am 7.5.78 in Han-
nover um 15.00 h im Liste Freizeitheim, Liste Turm. Wir wol-
len diskutieren und keine Machtkämpfe/Kampf-Abstimmungen
durchführen. Laßt also eure 'Delegierten'-Stimmkarten zu Hau-
se. Es wäre angebracht, wenn ihr in euren Gruppen über diese
Probleme diskutieren würdet.
Kontaktadresse: Atom-Info-Zentrum, c/o UJZ Nordstadt,
Kornstraße 28-30. 3000 Hannover, 0511/71533,
AK-Ökologie, Lutterstr. 33, 2 Hamburg 19, 040/402782

Hier werden ganz handfeste Erfahrungen der Basisinitiativen
mit den Institutionen dieses Staates einfach kaltschnäuzig über
den Haufen geschmissen. Illusionen vieler Menschen, die lang-
sam am Zerbrechen waren, insbesondere durch die Anti-AKW-
Bewegung, werden hier wieder aufgebaut. Dieser Vorwurf muß
insbesondere dem KB gemacht werden, der politisch und orga-
nisatorisch die "Bunte Liste" beherrscht und eben diese Er-
fahrungen zugunsten einer möglichst hohen Stimmzahl ig-
noriert.

**Wir fordern die Bunte Liste auf: Die Demonstration am 10.6.
in Hannover gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern of-
fen zu unterstützen und sich mit den Betroffenen zu solidari-
sieren!**

Sich klar mit den Angeklagten im Antifaschisten-Prozeß in
Hamburg zu solidarisieren und dazu eine Öffentlichkeitsar-
beit zu machen!

Kontakt: BI Hoheluft, Rüdiger Jörß, 2 HH 50, Max-Brauer-
Allee 189 ID Nr. 233/78, Ende

eines Flugblattabdruckes der
BI Hoheluft

WAS TUN...

Fragezeichen,
Hannover, Juni 78

Ein Positionspapier aus der Anti-AKW Bewegung

Hannover wird wieder eine Demonstration gegen die Grohnde-
Prozesse erleben – die siebte in diesem Jahr und eine
"bundesweite Groß-" dazu! Am 10.6. soll es, gegen den
erklärten Willen vieler, auch hannoverschen Bürgerini-
tiativen, soweit sein.

Mit der Festlegung und Vorbereitung dieser Aktion ist
die Geschichte der Grohnde-Prozess-Solidarität um ein
trauriges Kapitel reicher: ursprünglich hatte das hanno-
versche BI-Plenum zum 22.4. Bis von überall her nach
Hannover eingeladen, um die Lage nach den ersten Urtei-
len und das weitere Vorgehen zu beraten. Aus den Bera-
tungen wurde jedoch nicht viel. Schon auf diesem ersten
Treffen stand die Frage einer erneuten "bundesweiten
Großdemonstration" in Hannover gegen die Prozesse im Mit-
telpunkt der Diskussion. Was hier noch verhindert werden
konnte, wurde auf dem nächsten Treffen am 7.5. von einer
starken, hauptsächlich von der KPD getragenen Fraktion
durchgesetzt: Die Hau-Ruck-Festlegung eines Termins für
diese Großaktion, noch bevor überhaupt die Diskussion
begonnen hatte.

Im Unterschied zu den bisherigen "Groß"-Demonstrationen
(am 19.11. in Hameln, am 7.1. und 25.2. in Hannover) war
hier allerdings erstmals eine begründete Alternative in
der Diskussion: die Durchführung eines Arbeitstreffens
der AKW-Gegner, das den Erfahrungsaustausch und Diskussions-
austausch und die Diskussion innerhalb der Anti-AKW-Bewe-
gung wieder in Schwung bringen und damit überhaupt erst
Voraussetzungen für mögliche Großaktionen schaffen soll.

Dieser Vorschlag, den die Info-Gruppe Hannover in einem
Papier (das wir nachfolgend abdrucken) ausführlich be-
gründet hatte, entfachte in vielen BIs rege Diskussionen
(seit langem mal wieder ein Papier, das überhaupt Dis-
kussionen hervorrief!) und Stellungnahmen von voller Zu-
stimmung bis hin zu solchen: "Wir sind nicht mehr bereit,
mit solchen Leuten, die gefährlicher sind als die Feinde
außerhalb der Anti-AKW-Bewegung, zusammenzuarbeiten."
(Vertreter einer Celler BI, wobei der Wahrheit halber
hinzugefügt werden muß, daß er sich später hierfür ent-
schuldigte, um anschließend in sanfterem Ton das gleiche
zu wiederholen.)

Auf dem dritten Treffen in Hannover am 20.5. ergab sich
dann folgendes Bild: von 25 anwesenden BIs hatten sieben

außerdem: Abdruck der Stel-
lungnahme der Info-Gruppe,
Hannover, im Fragezeichen
vom Mai '78

(!) die Diskussion mit dem Ergebnis geführt, die Demo
am 10.6. zu unterstützen, davon zwei mit dem Vorbehalt,
daß die Demo breit getragen wird. Der Rest hatte (noch)
keine einheitliche Stellungnahme oder lehnte die Aktion
ab (wie z.B. Bremen und eine Kasseler BI, die es für
wichtiger halten, sich auf Aktionen gegen Esensham bzw.
Borken zu konzentrieren und in diesem Rahmen gegen die
Prozesse vorzugehen.) Das Arbeitstreffen wurde von fast
allen BIs vorbehaltlos unterstützt, allerdings häufig
mit Bedenken gegen den frühen Termin.

Nachdem die Diskussion mit der Tendenz geführt worden
war, den 10.6. abzusagen oder wenigstens die Demonstra-
tion in ihrem Anspruch zurückzunehmen und zu ihr – als
einem Programmpunkt des Arbeitstreffens – nicht geson-
dert bundesweit aufzurufen, kam die überraschende Wende:
Die Befürworter der Großaktion erklärten, man werde jetzt
Demo und Arbeitstreffen am 10.6. vorbereiten – das sei
doch von vornherein klar gewesen, daß die, die am 10.6.
die Demo für richtig halten, sie auch durchführen!
Und so wiederholt sich jetzt, was am 25.2. passierte und
was ursprünglich alle vermeiden wollten: Vorbereitung
unter Zeitdruck; ein Bündnis, das über den engeren Kreis
der Anti-AKW-Bewegung hinausgeht, gibt es faktisch nicht;
mühsam werden "Unterstützer-BIs" zusammengeklaut, um
den Eindruck einer Massenaktion zu erwecken und die an-
deren BIs unter Entscheidungsruck zu setzen; Ziel und
Perspektive der Großdemonstration werden nicht mehr dis-
kutiert – Arbeitstreffen und Demo laufen getrennt ab,
mit verschiedenen Inhalten, mit beiden soll ein verschie-
dener Teilnehmerkreis angesprochen werden.

Die hannoversche Reaktion auf dieses Unternehmen ist
mehr als dürftig: zum Plenum am 16.5. erschienen ganze
10 Leute, daraufhin wurden alle BIs zum Plenum am 22.5.
schriftlich eingeladen, um über den 10.6. zu diskutie-
ren – Resultat: 12 Anwesende. Von den hannoverschen BIs
ist die Oststadt/Liste bisher die einzige, die das Unter-
nehmen Großdemonstration unterstützt – ihre ursprüng-
liche Bedingung, daß mindestens 100 BIs ihre Unter-
stützung zusagen müssen, hat sie wieder zurückgezogen.

Diese dürftige Reaktion wirft aber gleichzeitig ein
bezeichnendes Licht auf die Situation der hannoverschen
AKW-Gegner, denn schließlich rührt sich auch für das
Arbeitstreffen nicht mehr Unterstützung. Umso notwen-
diger erscheint es daher, ein solches Arbeitstreffen
(zunächst vor allem zum Informationsaustausch) so
schnell als möglich im hannoverschen Rahmen durchzu-
führen und – allen Bedenken wegen des frühen Termins
zum Trotz – das Arbeitstreffen am 10./11.6. vernünftig
vorzubereiten, damit hier wenigstens ein Grundstein in
der Diskussion gelegt werden kann, auf den weitere –
bestimmt erforderliche – Arbeitstreffen aufbauen können.
Kommt also hin und überlegt euch (möglichst vorher) was
dazu! (Programm siehe weiter hinten).

Nach den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen ist in der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ erneut eine breite Diskussion über das Atomprogramm der Regierung in Gang gekommen. Kanzler Schmidt und sein Minister Lambdord, die noch vor kurzem darüber frohlockt hatten, daß die Diskussion jetzt entspannt sei und man Schritt für Schritt an die Realisierung der Regierungspläne gehen könne, sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die Ablehnung des Atomprogramms in der werktätigen Bevölkerung noch zugenommen hat. Noch mehr macht ihnen eine andere Tatsache zu schaffen: Ihr Versuch, die Bewegung gegen das Atomprogramm in „echte Umweltschützer“ und „radikale Linke“ zu spalten, blieb fast erfolglos. Wie besonders das Wahlergebnis der „Bunten Liste – Wehrt Euch“ in Hamburg zeigte, ist die Bewegung gegen das Atomprogramm zu einem wichtigen Ausgangspunkt für den Zusammenschluß von Umweltschützern und Christen, von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten geworden. Die Bourgeoisie sieht die Gefahr, die für sie in solchen Zusammenschlüssen von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten liegt und reagiert nach bekanntem Muster.

Fortsetzung von Seite 1

Auf der einen Seite malt sie das Bild der von Kommunisten unterwanderten „Wehrt-Euch-Liste“ an die Wand, in der Umweltschützer für die Zwecke der Kommunisten mißbraucht würden. Andererseits versucht sie den Hamburger Zusammenschluß zu einer „reinen grünen Liste“ herunterzuspielen, um die Kraft des Beispiels, die von diesem Zusammenschluß ausgehen kann (und ausgehen wird), abzuschwächen. Dabei übersieht sie natürlich, daß die demokratischen Kräfte in unserem Land und die Anti-AKW-Bewegung keine völlig unterschiedlichen, keine voneinander getrennten Kräfte sind, daß die Anti-AKW-Bewegung gerade in ihrem Kampf gegen die Übergriffe des staatlichen Unterdrückungsapparats zu lernen begonnen hat, daß sie selbst ein Teil der demokratischen Bewegung ist. Wenn die Schmidt-Regierung nun wieder die Diskussion über das Atomprogramm und über den Umweltschutz im ganzen in den Vordergrund rückt, wenn sie hofft, damit von der erstarkenden demokratischen Bewegung ablenken zu können, dann sitzt sie einer krassen Fehleinschätzung

über den Charakter dieser Bewegung auf. Dann übersieht sie, daß der Kampf gegen das Atomprogramm ein Konzentrationsschwerpunkt des Kampfs gegen die völkseinfache Politik der Schmidt-Regierung ist, an dem der Zusammenschluß von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten bereits seine ersten Bewährungsproben überstanden hat. Daß die Zurückweisung der Spaltungsversuche in Brokdorf und Kalkar keine Eintagsfliegen gewesen sind – das lehrt nicht zuletzt die Diskussion, die jetzt in verschiedenen Bundesländern über die Bildung demokratischer Wahlbündnisse geführt wird. Der Versuch, Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten einzuführen, stößt auf weitestgehende Ablehnung. Während Regierung und Bourgeoisie nach den Wahlen in Hamburg und Niedersachsen noch über ihre zukünftige Taktik zur Durchsetzung des Atomprogramms rätselten, trafen sich die Bürgerinitiativen zu einem Aktionswochenende in Hannover, um ihre Solidarität mit den Angeklagten (und zum Teil schon Verurteilten) in den Grohnde-Prozessen zum Ausdruck zu bringen. 5000 demonstrierten gegen die Terrorurteile der Justiz. Welche

Breite die Solidaritätsfront erreicht, dokumentierte eine Podiumsdiskussion am Vorabend der Demonstration, von der wir nebenstehend Auszüge veröffentlichten. Noch wichtiger als Demonstration und Veranstaltung war jedoch, daß die Anti-AKW-Bewegung die Grohnde-Prozesse zum Anlaß nahm, um in einem Arbeitstreffen über den gegenwärtigen Stand und die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung zu beraten. Mehr als 600 AKW-Gegner beteiligten sich an diesem Arbeitstreffen am 10. und 11. Juni, unter ihnen Vertreter von Bürgerinitiativen aus allen Teilen der BRD und AKW-Gegner, die in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten. In zahlreichen Arbeitsgruppen tauschten sie ihre Erfahrungen aus, setzten sich mit Schwierigkeiten in der Arbeit auseinander, schufen die Bedingungen für bessere Zusammenarbeit und diskutierten über die nächsten Aufgaben im Kampf. Besonders in den Diskussionen der Arbeitsgruppen wurde deutlich, wie breit das Spektrum der Kräfte schon geworden ist, die sich innerhalb dieser Bewegung zusammengeschlossen haben und worin die gemeinsamen Grundlagen des Kampfes bestehen. Die Verurteilung von Vorstellungen, die auf Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegenüber Kommunisten hinauslaufen, ist innerhalb dieser Bewegung ebenso einhellig, wie die entschiedene Stellungnahme gegen jeden Versuch, Positionen der Versöhnung mit den Plänen der Regierung ins Spiel zu bringen.

Eine negative Rolle spielte in diesem Zusammenhang der KB. In den Wochen vor dem Aktionswochenende in Grohnde gehörte er zu denjenigen, die dem Aktionswochenende Erfolglosigkeit voraussagten, gegen sein Zustandekommen arbeiteten

und nicht dafür mobilisierten. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, der KB wolle sich klammheimlich aus der Anti-AKW-Bewegung davonschießen, um für den parlamentarischen Kampf alle Hände frei zu bekommen. Verhindern konnten sie das Aktionswochenende nicht und im jüngsten „Arbeiterkampf“ sehen sie sich mehr oder weniger gezwungen, das Arbeitswochenende (das ohne und gegen ihr Zutun zustande gekommen sei) als erfolgreich darzustellen, und das ist gut so.

In den Plenardiskussionen am Wochenende und noch mehr in den Arbeitsgruppen kam zum Ausdruck, daß die Bürgerinitiativen dabei sind, ihre Arbeit in die Tiefe zu entwickeln, daß es Schritt für Schritt gelingt, neue Kräfte in diesen Kampf einzubeziehen und daß überall die Frage nach der Verbindung dieses

- Kampfes und des Kampfes gegen die wachsende politische Unterdrückung aufgeworfen wird. Arbeitsgruppen hatten sich zu folgenden Fragen gebildet:
- Kampf gegen das Gorleben Projekt
- Widerstand in der Umgebung von Standorten
- Info- und Öffentlichkeitsarbeit
- Widerstandsformen
- Naturwissenschaftler, Gutachter, wissenschaftliche Arbeit der BIs
- BIs und Gewerkschaften
- Kriminalisierung und Kampf um demokratische Rechte
- Wahlen
- Kulturarbeit.

(wird fortgesetzt)

Vergleicht man das Arbeitstreffen in Hannover mit dem Bundeskongreß vor einem Jahr, so stehen zwei Dinge ins Auge. Erstens: Der Bundeskongreß fand kurz nach der großen Demonstration in Brokdorf am 19. 2. statt, also zur Zeit eines Höhepunkts der Anti-AKW-Bewegung. Im Zentrum der damaligen Diskussion stand das Ringen um die Einschätzung des Erfolgs von Brokdorf, nur wenige Beiträge setzten sich mit dem weiteren Weg der Anti-AKW-Bewegung auseinander.

Genossen unserer Partei hatten auf dem Bundeskongreß selbst dargelegt, daß die Anti-AKW-Bewegung ihren Kampf stärker gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung im ganzen richten müsse, daß es darauf ankomme die Arbeit in der Umgebung der AKWs zu verstärken. Sie hatten die Bedeutung des Kampfs in Betrieb und Gewerkschaft besonders hervorgerufen. Sie hatten schließlich dazu aufgerufen, die Aufgaben im demokratischen Kampf mehr Beachtung zu schenken.

Auf dem Arbeitstreffen jetzt waren diejenigen Kräfte, die vor einem Jahr auf dem Bundeskongreß die Diskussion über diese dringenden

Fragen verhandelt hatten, kaum vertreten. Das Arbeitstreffen war beherrscht vom aktiven Kern der Anti-AKW-Bewegung und es dominierte das Interesse daran, gegenseitig aus den gemachten Erfahrungen zu lernen und sich die konkreten Schritte des Vorgehens in der nächsten Zeit zu erarbeiten. Kräfte wie der KB, die gerne von den Erfolgen etwas abbekommen wollen, auf die man aber kaum zählen kann, wenn es darum geht, Schwierigkeiten zu überwinden, hatten nur einige „Beobachter“ entsandt.

So konnte und das ist ein positiver Unterschied zum Bundeskongreß, ein wirkliches Arbeitstreffen zustandekommen. Ein zweiter Unterschied zum Bundeskongreß bestand darin, daß sich die Anti-AKW-Bewegung gegenwärtig an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung befindet, von dem

auch sie nicht weiter vorangehen kann, wenn sie nicht die Lehren aus den Erfahrungen seit Brokdorf zieht und wenn sie nicht eine offene Diskussion über die Schwierigkeiten beginnt, denen sie sich gegenüber sieht. Der Wunsch, den Erfahrungsaustausch und die Diskussion in Zukunft besser zu organisieren, war allgemein. Das Arbeitstreffen selbst war ein Anfang dafür. Besonders deutlich waren davon die Diskussionen in den Arbeitsgruppen „Gorleben“, „Widerstand in der Umgebung der Standorte“ und „Widerstandsformen“ geprägt. In der Arbeitsgruppe Gorleben legten Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg dar, wie sich die subjektiven und objektiven Bedingungen ihres Kampfes entwickelt haben und riefen zu einem bundesweiten (dezentralen) Gorleben-Aktionstag auf, der den zentralen Stellenwert des Gorleben-Projekts für das gesamte Atomprogramm der Regierung deutlich machen soll. In der Arbeitsgruppe über Widerstandsformen wurde sowohl über die Erfahrungen, die mit einzelnen Formen des Kampfes gemacht worden sind, wie über Kriterien darüber, unter welchen Bedingungen ihr Einsatz positiv oder negativ eingeschätzt werden muß. Als Fragen dazu wurden aufgeworfen: ob sie der Mobilisierung der Massen dienen, ob sie zur Verbreiterung der Bewegung, besonders der Vertiefung ihres Einflusses unter den Arbeitern und Bauern dienen, ob sie von der Bewegung aufgenommen werden können oder sich ihr gegenüber spaltend verhalten, ob sie die Klarheit über den bürgerlichen Staat fördern oder vertuschen.

In der Arbeitsgruppe Info und Öffentlichkeitsarbeit wurde die Bedeutung eines demokratisch organisierten, regelmäßigen Informationsaustausches zwischen den Bürgerinitiativen herausgearbeitet und dabei an den Erfahrungen angeknüpft, die mit regionalen Informationsdiensten bereits gemacht worden sind.

(wird fortgesetzt)

Am 10./11. Juni fand in Hannover im Anschluß an eine Demonstration zu den Grohnde-Prozessen ein Arbeitstreffen der Anti-AKW-Bewegung statt. Es folgt nun der dritte Teil und Schluß eines Artikels zu den Ergebnissen des Treffens.

Besondere Bedeutung hatte unserer Meinung nach die Diskussion in der Arbeitsgruppe „Bürgerinitiativen und Gewerkschaften“. Dort diskutierten AKW-Gegner und Gewerkschaftler, die in den „Aktionskreisen Leben“ mitarbeiten, Angehörige der Gewerkschaftsinitiative NRW, Mitglieder einzelner Gewerkschaftsgruppen, die sich mit dem Kampf gegen das Atomprogramm auseinandergesetzt haben, Betriebsräte, Mitglieder von Bürgerinitiativen, die die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft aufnehmen oder verstärken wollen. Es wurde besprochen, wie die Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen verbessert werden kann, wie die Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen vertieft werden kann, daß wichtige Aufgaben der

Gewerkschafter gerade auch darin bestehen, die Bürgerinitiativen mit den Fragen der Arbeiter zu konfrontieren und sie zu aktiverer Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft aufzufordern. Ziemlich einheitlich wurde in dieser Arbeitsgruppe die Politik der Gewerkschaftsführung kritisiert und darüber diskutiert, wie am besten die Propagandaparle, die AKWs würden Arbeitsplätze sichern, widerlegt werden kann. Unterschiedliche Auffassungen gab es darüber, welche Haltung man gegenüber Tendenzen der Fortschrittsfeindlichkeit in der Anti-AKW-Bewegung einnehmen solle und wie die Auseinandersetzung mit Befürchtungen unter den Arbeitern zu führen sei (einer Haltung die von der Gewerkschaftsführung geschürt wird), der Kampf gegen das Atomprogramm sei im ganzen fortschrittsfeindlich. Ebenso kontrovers wurde die Diskussion über die Frage geführt, welche Haltung man gegenüber der Forderung nach Exportstopp für Atomanlagen einnehmen soll (vgl. dazu die Leserdiskussion in unserer Zeitung). Die Basis für die weitere Arbeit, die in dieser Arbeitsgruppe geschaffen wurde, kann ein wichtiger Ausgangspunkt

dafür werden, die Rolle der Arbeiterklasse in der Anti-AKW-Bewegung verstärkt zur Geltung zu bringen. In ganzen war dieses Arbeitstreffen erst ein Anfang. Die Orientierung des Informationsaustausches in die Vertiefung der Diskussion über die nächsten Schwerpunkte des Kampfs (Gorleben), über die Bedeutung des demokratischen Kampfs

für die Anti-AKW-Bewegung und über die Verstärkung der Arbeit in der Arbeiterklasse, ergab wurde, macht es zu einem positiven Ansatzpunkt für den weiteren Kampf. Unserer Meinung nach sollten die Diskussionen, die auf diesem Arbeitstreffen begonnen worden sind, in den kommenden Wochen fortgesetzt und vertieft werden. Es wäre gut, wenn dieses Arbeitstreffen im Herbst – nach gründlicher Vorbereitung und auf noch breiterer Grundlage – fortgesetzt werden könnte.

Im Niedersächsischen Verfassungsschutzbericht heißt es über die Grohnde-Prozesse in Hannover und Hameln: „Die Prozesse führten zu einer Konsolidierung der militanten Anti-AKW-Gruppen.“ Gleichzeitig wird dort von „verschärfter Abgrenzung zwischen gewaltfreien Gruppen und den für die Gewaltanwendung plädierenden Organisationen“ gesprochen. Der Verlauf des Arbeitstreffens in Hannover beweist die Einseitigkeit solcher „Analysen“ der Bourgeoisie. Denn in Wirklichkeit hat die Anti-AKW-Bewegung die Angriffe der Bourgeoisie, ihren Versuch einzelne herauszugreifen und vor Gericht zu stellen, zum Anlaß genommen, ihren Kampf um den Zusammenschluß mit allen demokratischen Kräften in unserem Land zu verstärken.

Sie hat verstehen gelernt, daß sie ein Teil der demokratischen Bewegung in unserem Land ist und sie hat mehr Klarheit über die nächsten Schritte in ihrem Kampf gewonnen.

Nach den Wahlen in Niedersachsen und Hamburg hat die Diskussion über das Atomprogramm in der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ schnell wieder breiten Umfang angenommen. Der Regierung und den Kapitalisten erscheint die Durchsetzung des Atomprogramms nicht mehr ganz so einfach wie noch vor wenigen Wochen. Daß dies so bleibt, dazu hat auch das Arbeitstreffen in Hannover beigetragen.

Anti-AKW-Bewegung berät die nächsten Aufgaben

Berichterstattung vorher:

mehrere unterstützende Berichte von den Vorbereitungskonferenzen für das Zustandekommen des Aktionswochenendes

außerdem danach: mehrere Fotos von der Demo und einer Podiumsveranstaltung, Ausdruck von Auszügen der Reden von E. Bretzke, J. Scheer, Ostermayer, W. Soyka, Rüdiger Jörß auf der Podiumsveranstaltung

SAZ 50/78



FÜNF- BIS SECHSTAUSEND demonstrierten am 10. Juni in Hannover gegen die Verurteilung von Teilnehmern der Demonstration vom 19.3.77 in Grohnde. AKW-Gegner aus dem gesamten Bundesgebiet waren nach Hannover gekommen, darunter viele, die sich an der letzten größeren Demonstration am 25. Februar noch nicht beteiligt hatten. Anschließend formierte sich noch ein Demonstrationzug zum Gefängnis in der Schulenburg Landstraße, wo der Grohnde-Angeklagte Karl Winter in U-Haft sitzt. Er war nicht zu seinem Prozeß erschienen und wurde vor einigen Wochen verhaftet.

Am Abend gab es lebhaftes Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen. Darüber berichten wir in der nächsten SAZ.

SAZ 49/78
SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN
AKW-GEGERN VON GROHNDE!
DEMONSTRATION
AM SAMSTAG, 10. JUNI, IN HANNOVER

RM Nr. 24 vom 16. Juni 1978

Kurz berichtet

Hannover

Mehrere Tausend Demonstranten zogen am vergangenen Sonnabend durch die Straßen Hannovers. Sie protestierten gegen die Grohnde-Prozesse und die Terrorurteile, die gegen einige Teilnehmer an der großen Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Grohnde ausgesprochen wurden. Die Polizei hatte sich an den Straßen, durch die der Protestzug ging, in Kampfausrüstung aufgebaut. Während der Schlußkundgebung am Opernplatz kam es zu massiven Provokationen der Polizei, die teilweise mit Knuppeln und „Chemical Mace“ gegen die Demonstranten vorging.

Die Partei und die Rote Garde, die sich an der Demonstration beteiligten, verteilten breit ein Prozeß-Info, in dem unter anderem die Rede abgedruckt war, die der Grohnde-Angeklagte Klaus Hahn vor Gericht gehalten hatte. Am Kundgebungsplatz war ein Agitprop-Stand der Partei aufgebaut. Es konnten 20 „Rote Morgen“ verkauft werden.



KVZ
24/78

4000 haben am 10.6.78 in Hannover unter den Parolen „Sofortige Rücknahme der Terrorurteile!“, „Uneingeschränkte Demonstrations-, Organisations- und Versammlungsfreiheit – Streikrecht!“, „Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben!“, „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, Grohnde und anderswo!“, „Weg mit dem Energieprogramm der Bundesregierung!“ demonstriert. Während der gesamten Demonstration wurden diese Parolen gerufen und Zwischenkundgebungen gehalten. Rund 50 Bürgerinitiativen aus ganz Westdeutschland hatten zu der Demonstration aufgerufen und sich daran beteiligt. Mit einer Diskussionsveranstaltung am Freitag, 9.6., im Audi-Max der TU Hannover hat das Aktionswochenende der Bürgerinitiativen in Hannover begonnen, es wurde dort für die Demonstration mobilisiert. J. Scheer, Hopfenmüller u.a. ist es nicht gelungen, die Mehrheit der Teilnehmer der Veranstaltung und der Demonstration für die Verteidigung der Grundrechte und Selbstanzeigaktionen usw. zu gewinnen.



In Hannover stehen seit Wochen Teilnehmer der großen Demonstration gegen das Atomkraftwerk Grohnde vor den Schranken der Klassenjustiz. Aus Protest gegen diese Prozesse und die zahlreichen Gefängnisstrafen, die schon ausgesprochen wurden, gingen Tausende von AKW-Gegnern in Hannover auf die Straße.

RM 26/78

außerdem:
vorher: Veröffentlichung
des Aktionswochenendes
und Unterstützung

außerdem:

vorher - Veröffentlichung
und Unterstützung der Stellungnahme der Info-Gruppe
Hannover zum Aktionswochenende

10. Juni in Hannover

Am 10. Juni soll in Hannover eine Demonstration gegen die Prozesse im Zusammenhang mit der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77 stattfinden. Zu dieser Demonstration wird von einer Reihe Bürgerinitiativen und Teilen der Anti-AKW-Bewegung bundesweit, in erster Linie natürlich in Norddeutschland, mobilisiert werden.

Im Vorfeld dieser neuen Großaktion hat es wieder einmal recht scharfe Auseinandersetzungen gegeben, die im Grunde die ganze weitere Perspektive der Anti-AKW-Bewegung betreffen. Eine Reihe von BI's und viele einzelne AKW-Gegner haben in diesen Diskussionen bemängelt, daß die Bewegung in Gefahr steht, zu einer bloßen Bewegung von Prozeß-Gegnern zu verkommen. Das soll heißen, viele BI's arbeiten - wenn überhaupt - fast nur noch zu den Prozessen, während sich gegen das AKW-Programm und konkret gegen die AKW's nicht mehr viel abspielt. Bei einer solchen einseitigen Orientierung kann sich aber die Anti-AKW-Bewegung nicht mehr ausdehnen, sondern stagniert im besten Fall oder

schrumpft immer mehr zusammen. Das aber bedeutet natürlich auch, daß der Kampf gegen die Prozesse und Urteile immer mehr an Schwung verliert. Kritisiert wurde auch, daß gerade die treibenden Kräfte der neuen Aktion am 10. Juni dazu neigen, sich nur noch von einer Großaktion zur nächsten zu hangeln und dabei die Notwendigkeit und die konkreten Möglichkeiten einer breiteren Solidaritätsarbeit zu übersehen oder zu unterschätzen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um dieselben Kräfte, die im vorigen Jahr unter der Devise, man müsse das AKW-Programm „praktisch verhindern“ eine Kette von Niederlagen und unsinnigen Aktionsparolen produzierten.

In den Auseinandersetzungen um die Demonstration am 10.6. tauchte auch die Einschätzung auf, heute seien mehr Menschen gegen die Prozesse als gegen die AKW's, deshalb sei es richtig, die Prozesse bzw. den Kampf dagegen zum Schwerpunkt der Bewegung zu machen. Diese Einschätzung steht allerdings im Gegensatz zu den realen Verhältnissen, d.h. einer im Grunde allzu schwachen Mobilisierung gegen die Prozesse, die der Breite der Anti-AKW-Großaktionen des vorigen Jahres überhaupt nicht mehr entspricht. Aus dieser Sackgasse herauszukommen - auch angesichts der weitverbreiteten Frustration durch die übermächtig zur Schau gestellte Polizei-Präsenz an den AKW's und Bauplätzen - ist ein Problem, für das bisher niemand ein Patentrezept anzubieten hat.

Wir kritisieren jedoch, gemeinsam mit vielen BI's und AKW-Gegnern, daß eine wirkliche Problematisierung dieses Themas, eine wirkliche Diskussion um die weiteren Schritte, von bestimmten Kräften mit der Parole der „praktischen Solidarität“ und der sturen Fixierung auf eine neue Aktion (möglichst bald, aber ganz egal wie) förmlich totgeschlagen wurde. Ein solches Herangehen mag vielleicht gewisse aktionistische Ansprüche, mal wieder „etwas zu tun“, vorübergehend befriedigen. Wirklich getan wird damit aber für die Grohnde-Angeklagten kaum etwas und noch weniger gegen das AKW-Programm.

Hierüber sollte nach dem 10.6. die Diskussion erneut aufgenommen werden.

Arbeiterkampf
Nr. 130/78



Hannover: Solidaritätsdemonstration mit den verfolgten AKW-Gegnern

Über 5.000 AKW-Gegner aus allen Teilen der Bundesrepublik demonstrierten am 10. Juni in Hannover gegen die Terrorurteile der Justiz in den Prozessen gegen die Angeklagten der Grohnde-Aktion vom 19.3.77 und forderten die sofortige Einstellung der Prozesse und die Freilassung der Verhafteten AKW-Gegner. Aufgerufen hatten verschiedene Bürgerinitiativen vor allem aus dem Norddeutschen Raum.

Das Verbot, einen Lautsprecherwagen mitzuführen, durchbrachen die Demonstranten erfolgreich. In den vorderen Reihen der Demonstranten waren einige der angeklagten AKW-Gegner mit Sandwiches vertreten. Sie gestalteten auch die Abschlussskundgebung.

Der Staatsapparat provozierte wiederum durch ein riesiges Polizeiaufgebot (u.a. konnten wir Polizei aus Göttingen, Hildesheim, Osnabrück und Lüneburg registrieren). Zu einem Zwischenfall kam es, als ein Trupp Polizisten grundlos einige Demonstranten überfielen. Dabei wurde einer brutal zusammengeschlagen, einem zweiten ein Finger gebrochen.

Bereits am Vorabend der Demonstration folgten 300 AKW-Gegner dem Aufruf zu einer Solidaritätsveranstaltung, auf der u.a. der Bielefelder Richter Helmut Ostermeyer, Walter Soyka, Jens Scheer, Rüdiger als Verurteilter und ein Anwalt sprachen.

Am 10. und 11.6. beteiligten sich bis zu 600 Menschen an einem Kongreß der AKW-Gegner. In 9 verschiedenen Arbeitsgruppen, u.a. zu Wahlen, AKWs und Gewerkschaften, Wiederaufbereitungsanlage Gorleben und Widerstandsformen, diskutierten sie zum Teil sehr kontrovers über den Stand und die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung. (Wir werden im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlich über den Kongreß berichten).

Arbeiterkampf 12.6.79/Nr. 131

Finanzbericht des Aktionswochenendes 9.-11. Juni in Hannover - 13.7.78

Dieser Finanzbericht umfaßt die Finanzierung der Vorbereitung und Durchführung des Wochenendes einschl. die Herstellung von Info 7, Info 8 und das Materialinfo (Info 9) sind so kalkuliert, daß sie sich finanziell selber tragen!

Einnahmen:

Verkauf von : 1777,50
Flugbl. +
Plakaten
Spenden 2789,59
Kredite 1700,-
Einnahmen gesamt 6267,09

Ausgaben:

Aufruf, Druck 900,-
(63000 Stck)
Demo-Flgbl., Dr. 39,-
(2000 Stck)
Plakate, weiß 1148,50
(10000 Stck)
Plakate, gelb 196,70
(2000 Stck)
Plakate, grün 91,95
(2000 Stck)

2376,15

Briefe (Info, Pressem., Einl., einschl. Porto) 138,40
Versand (Aufrufe, Plakate, Verpackung, Fracht, Porto)-den Empf. in Rechn. gest. 202,30
Spritkosten (Abholung, Bringen) 340,70

2 LKW's 558,17
Telefon 381,60
Rechtsanwälte 53,-
Büromat. (Raum-miete, Sonst.) 133,-
Summe 5102,62

zurückgezahlte Kredite 1050,-
Gesamtausgaben 6152,62
Offene Rechnungen: 650,-
(Kredite)
vorhandene Barsch.: 154,05

Noch zu zahlen haben: BI Emden (30,-); BU Wilhelmshaven (21,-); BI Wuppertal (23,-); BI Bremerhaven (63,-); BI Ffm-Bornheim (N.Nelte) (103,-); BI Aurich (15,-); AKU Münster (40,-); BI Koblenz (126,-); - Su. Außenstände: 421,-

Besondere Einzelspenden:

Samm. Aktionswochenende (992,50); BUU Wandsbek (50,-); BI Wunstorf (100,-); BUU Eimsbüttel (50,-); A.Z. Stgt. (10,-); BUU St. Georg (133,-); AAB Kassel (160,-); G. Degen Moers (100,-); BI Stade 180,-; BI Rendsburg (20,-); BI Krefeld (200,-); B.H. Lehrte (9,-); "Dicke Luft" Bln (100,-); BI Celle (60,-); BIU Siegerland (100,-); W.+G. Hannover (20,-); BBA Bremen (10,-); EA HH (100,-)

Der Vergleich von Ist-Barschaft und Soll-Barschaft ergibt einen unerklärlichen Überschuß von 39,58 DM.

Um die restlichen Schulden noch begleichen zu können und auch noch etwas für die Angeklagten über zu haben, brauchen wir noch über 500,-DM. Vor allen Dingen die BI's, die noch offene Rechnungen zu begleichen haben, sollten dies wirklich umgehend tun! Ich gehe jedoch davon aus, daß diese Gelder nicht alle herreinkommen werden, so daß auf alle Fälle weitergespendet werden sollte! Überhaupt möchte ich an dieser Stelle bemerken, daß die gegenwärtige recht hoffnungsvolle finanzielle Lage nur möglich ist, weil aufopferungsbereite BI's und einzelne Freunde den Spendenstrom bis heute nicht haben versiegen lassen.

Besser sähe es aus, wenn bestimmte überflüssige Ausgaben nicht gemacht worden wären. So sind ca. 6-7000 Aufrufe nicht verteilt worden, wurde ein viel zu teures Mat.-Info vorher verschickt, und einige andere Kleinigkeiten mehr. Diese überflüssigen Ausgaben haben ca. 3-400,-DM ausgemacht. Daraus sollte man unbedingt die Lehren ziehen! - Also, beim Material-Info wird's besser gemacht!

Spendet weiterhin: Stadtparkasse Hannover, Karin Thomae, Nr. 15397220, BLZ 25 050 180, Stichwort: 10./11.6.78

Malow Albe

ZUR PODIUMSVERANSTALTUNG AM FREITAG, 9. JUNI

oder: Wie können wir noch mehr Menschen gewinnen, sich aktiv gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung zu wenden?

Von allen Teilen des Aktionswochenendes ist die Podiumsveranstaltung am Freitag am meisten kritisiert worden, und wie wir meinen auch zu recht.

Grundgedanke der Veranstaltung war die Überlegung, daß die "Großde-Solidarität" nicht eine Sache nur der AKW-Gegner ist, die in BIs arbeiten, sondern das es darauf ankommt, gerade auch jene Menschen, die uns mit mehr oder weniger Sympathie gegenüberstehen, solche, die sich vielleicht nur in ihren Bereichen gegen das Atomprogramm wehren (Gewerkschafter, Lehrer) anzusprechen, und Organisationen und Kräfte, die sich zwar erfahrungsgemäß gegen die Großde Prozesse wenden, wie die JUSOS, JUDOS, FALKEN usw., die sich aber ansonsten nicht innerhalb der Bewegung engagieren, für den gemeinsamen Protest zu gewinnen.

Deshalb sollte die Grundlage der Veranstaltung -und unserer Meinung nach auch des gesamten Kampfes gegen die Kriminalisierung- nicht beschränkt sein auf die Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung, wie sie sich in den Aufrufen der Bewegung entwickelt haben. Gewiß: als Anti-AKW-Bewegung werden wir nie verschweigen, daß die Großde-Angeklagten wegen ihres entschiedenen Widerstandes gegen Atomanlagen verknastet werden sollen und versuchen, immer mehr Menschen für den entschiedenen und praktischen Widerstand gegen das Atomprogramm zu gewinnen.

Viele Menschen, die auch gegen Atomanlagen sind, die z.T. aber auch erstmal nur empört sind über die Terrorprozesse, haben in den letzten 2 Jahren noch nicht in der Anti-AKW-Bewegung gekämpft und teilen eben nicht alle unsere Forderungen, oder haben bedenken gegenüber bestimmten Aktionsformen. Was uns aber verbindet, ist der Wunsch und Wille, sich frei in Bewegung, Rede und Schrift für unsere Interessen selbst einsetzen zu können. Die Bewegung hat dies in der Formel gefaßt:

"Wo Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!"

Deshalb bemühten wir uns, für das Podium Freunde zu gewinnen, die unterschiedliche Erfahrungen und Auffassungen repräsentieren. Das ist uns wohl auch gelungen. Die Statements, die seitens des Podiums gehalten wurden können wir Euch übrigens auf Wunsch auch noch zuschicken.

Was noch schlecht war an der Veranstaltung war, daß es uns eben nicht gelungen ist mit Kräften außerhalb der Bewegung wirklich ins Gespräch zu kommen, sowohl was die Vorbereitung, als auch die Teilnahme betrifft. Ebenso gefiel uns nicht, daß die Frage, "was kann man gemeinsam mit möglichst vielen Menschen gegen die Kriminalisierung und für unseren Bewegungsraum machen?" gar nicht wirklich im Mittelpunkt der Diskussion stand, sondern verschiedene Leute nur "ihr" Projekt einbringen wollten. Ist das kennzeichnend für den Stand der Diskussion innerhalb der Bewegung?

Unser Fazit aus der Veranstaltung:

- nicht sich vom Kampf gegen Prozesse und Kriminalisierung zurückziehen, sondern sich mit noch größerer Entschiedenheit um demokratische Kräfte außerhalb der Bewegung kümmern!

Peter

Ein Diskussionsbeitrag zur Einschätzung der Demo am 10.6.78 in Hannover

Was wollten wir mit dieser Demo erreichen?

Im Protokoll der vorbereitenden BI-Konferenz vom 7.5.78 in Hannover heißt es:

- Die Prozesse stellen im Augenblick und wahrscheinlich bis zum Herbst die wichtigsten und massivsten Angriffe auf die Bewegung dar, darauf müsse gemeinsam und wirksam geantwortet werden.
- Gerade im Hinblick auf Gorleben muß den Angeklagten starke Solidarität gezeigt werden. Denn Jeder, der mit nach Gorleben will, wird sich die Frage nach dem Risiko und der Solidarität stellen, wenn allein schon für die Anwesenheit bei einer Demo hohe Freiheitsstrafen erwartet werden können. Von der Perspektive gegen die WAA sollte auch diese Großaktion getragen werden.
- Eine Großdemo mit zigtausenden Leuten beeinflusst die öffentliche Meinung und die Gerichte können nicht ohne weiteres daran vorbei, auch wenn es nur dazu dient Revisionsverfahren durchzusetzen.
- Für eine möglichst große Wirksamkeit ist ein breites Bündnis über die eigentliche Anti-AKW-Bewegung hinaus notwendig, die sich gegen die Prozesse richtet und in einem gemeinsamen Machtausdruck zusammengefaßt werden muß.
- Verschiedene Vertreter äußerten die Hoffnung, daß diese Großaktion an ihren Orten einen Aufschwung bringt, da in Bezug auf die Prozesse noch nicht viel unternommen worden ist, denn gerade diese Großaktion sollte durch konsequente Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen an den einzelnen Orten vorbereitet sein.

Was wurde erreicht?

Klar ist, daß die Teilnehmerzahl mit ca. 5000 gezählten Leuten weit unter dem lag, was viele erwartet hatten. Ich hatte z.B. mit einer minimalen Zahl von 10000 gerechnet. - Wo liegen die Gründe dafür, obwohl doch im Gegensatz zur Demo am 25.2. viel länger und besser mobilisiert worden ist? - Ich kann mir dazu eine Meinung nur oberflächl. bilden:

Ein Grund ist sicher eine vor allen Dingen im norddeutschen Raum stärker vorhandene Resignation etwas gegen die Prozesse tun zu können; bzw. die Ansicht, die beste Form der Solidarität sei der verstärkte Kampf am konkreten AKW und man blieb deshalb der Demo fern. Eine andere Haltung gegen die Demo war, daß "gemeinsames Spaziergehen durch die Stadt" sowieso nichts bringt. Eine weitere Haltung, die meiner Ansicht nach zur Resignation beiträgt, ist folgende: Viele scheinen zu denken, daß es nur die Anti-AKW-Bewegung gibt, die gegen die Schikanen, Behördenwillkür und ständige Einschränkung der Rechte durch Staat und Unternehmen zu kämpfen hat; weshalb wohl auch immer nur Versuche unternommen werden fast ausschließlich AKW-Gegner für solche Aktivitäten zu gewinnen. (Die Sache mit der Zeitungsannonce in der Frankfurter Rundschau sehe ich als ein positives Beispiel - bisher leider nur die Ausnahme.) Welche Rolle spielte das Papier der Info-Gruppe Hannover bei der Entscheidung zur Demo zu fahren? - Das kann ich fast garnicht einschätzen, weil da ganz unterschiedliche Reaktionen bundesweit vorliegen

Ich meine wir sollten im Nachhinein die Gründe für die relativ geringe Beteiligung gemeinsam herauszufinden versuchen, um daraus und aus der Wirkung, die diese Demo (und auch die Podiumsveranstaltung am Freitag) auf die Öffentlichkeit und auf die Bewegung hatte unsere Schlüsse zu ziehen.

Welche Wirkung hatte die Demo in der Öffentlichkeit?

Nach meinem Kenntnisstand sind die Ansichten über die Demo geteilt; die Mehrheit der BIs scheint sie aber als eine gute Sache anzusehen.

Die positiven Seiten der Demo:

1) 2 Tage vorher erschienen positive Berichte in den Medien: Der NDR II brachte ein ausführliches Interview mit Peter und mir am Do gegen 1800 und dasselbe am Freitag gegen Mittag ungekürzt und ohne Kommentar.

Fr. erschien ein positiver Artikel in den Hannoverschen Zeitungen über das Aktionswochenende. Ein negativer Polizeireporterartikel erschien

gleichzeitig, aber nur im begrenzten Auflagenteil.

2) Die Demo zeigte ein relativ geschlossenes und entschlossenes Bild keinen aus unserer Mitte stellvertretend z.B. im Knast begraben zu lassen. Den Passanten wurden durch Zwischenkundgebungen - die meistens von Angeklagten gehalten wurden - unsere Absichten erklärt. Flugblätter wurden an die Bevölkerung verteilt.

Die Bevölkerung war, im Vergleich zu früheren Aktionen und auch bedingt durch den auffällig diskriminierenden Polizeieinsatz, aufgeschlossener und es gab wenig Gegenreaktionen. Das spiegelt sich auch in den folgenden Pressereaktionen wider.

Die Taktik der Polizei war es eindeutig zu chaotisieren und zu provozieren, um einen Vorwand für einen größeren Polizeieinsatz zu haben und uns als Kriminelle abzustempeln. Ich will hier die Tatsachen dazu nicht im einzelnen nennen, da wohl jeder auf der Demo einen unmittelbaren Eindruck davon hatte. Nur soviel: Es gab einige Verletzte und es läuft eine Anzeige gegen die Polizei.

Richtig war es das Lautsprecherverbot während des Marsches praktisch zu bekämpfen, was am 25.2. durch Polizeieinsatz bedingt nur teilweise möglich war.

3) Nach der Demo zeigte die Presse insgesamt ein eher positives Bild für uns und ein negatives für die Polizei, bzw. für die Justiz (siehe Pressespiegel). Es gab auch gerade in Hannover und im NDR II einige äußerst wahrheitsgemäße Berichte. Es war sogar möglich einen schlechten Artikel in der Celleschen Zeitung nachträglich durch einen Leserbrief recht gut zu korrigieren.

Insgesamt ist es uns meiner Ansicht nach ganz gut gelungen die Prozesse in der Öffentlichkeit als Unrechtsprozesse darzustellen und unseren Protest als ernstzunehmend und nicht als Sache von "Chaoten" und "Ausgeflippten" erscheinen zu lassen. Dazu hat sicherlich auch die erreichte Breite des Protestes von Links bis Konservativ beigetragen, was sich auch z.T. in der Presse widerspiegelt. Dazu hat auch, bei aller Kritik daran, die Podiumsveranstaltung am Freitag beigetragen.

Bundesweit wurde im Vorfeld mehr als früher gegen die Prozesse getan: es fanden ca. 22 Veranstaltungen mit Angeklagten von Nord bis Süd statt, mind. eine BI (Emden) fing nach längerer Zeit wieder an zu arbeiten.

Richtig war es meiner Ansicht nach an diesem Tag auf einen breiten politischen Protest zu orientieren und sich nicht auf Aktionen mit der Polizei o.ä. einzulassen.

Richtig war es auch Demo und Arbeitstreffen zusammen an einem Wochenende zu veranstalten: Der Demo tat das keinen Abbruch und am Arbeitstreffen (zumindest Samstag) nahmen mehr Leute teil. Von Ermüdungserscheinungen auf dem Arbeitstreffen durch die vorherige Demo, wie es vorher von der Info-Gruppe in ihrem Papier befürchtet worden war, habe ich nichts bemerkt.

Insgesamt meine ich, daß die Demo (und teilweise auch die Podiumsveranstaltung) zur Unterstützung der verfolgten AKW-Gegner beigetragen haben.

Klaus Öllerer, Hannover
(Demoleitung)

Standortberichte

auf dem Eröffnungsplenum am 10.6.78 (Tonbandabschriften)

- | | | |
|-------------------------|-------------|--------------------|
| • GROHNDE-PROZESSE | • ESENSHAMM | • WYHL |
| • RADIO GRÜN (Fessenh.) | • GROHNDE | • AHAUS und GRONAU |
| • GORLEBEN | • STADE | • WALTER SOYKA |

GROHNDEPROZESSE - Bericht des Ermittlungsausschusses Hannover

Ich will also, damit es kurz wird, hier nur einen trockenen Überblick über den Stand der Prozesse bringen, und nicht von Aktionen erzählen, da nachher die Arbeitsgruppen darüber reden. Außerdem meine ich, daß die Aktionen, die jetzt hier berichtet werden, auch Aktionen gegen die Prozesse sind, und ich meine, daß wird auch so ein Thema der Arbeitsgruppen sein, wie man das klarer macht und es besser verbindet: Unsere Arbeit gegen die Prozesse und die Arbeit gegen die AKWs.

Ich beziehe mich jetzt nur auch auf die Prozesse, die in Folge von Grohnde entstanden sind. Es hat ursprünglich 126 Ermittlungsverfahren gegeben, 110 sind eingestellt worden, sagt Staatsanwalt Borchers. 5 sind vorm Amtsgericht Hameln angeklagt worden.

Ich sag jetzt mal ganz kurz den Stand dazu:

- Ein Schüler ist zu 2 Wochenenden verurteilt worden, weil er Steine geschmissen hat. Das war eine Belohnung, weil er gesagt hat, er wäre da verführt worden von einer Anführerin.
- Ein Verfahren ist eingestellt worden, gegen einen Schüler, der eine zweieinhalb Meter lange Stange hatte. Das Gericht meinte, daß wäre keine Waffe gewesen und hat das Verfahren eingestellt.
- Linda Engelbert - das wißt Ihr wahrscheinlich alle - ist zu 300,- DM Geldstrafe verurteilt worden.
- Das Verfahren gegen Mathias Künzel ist im Augenblick ausgesetzt, weil der Schöffe ein leitender Angestellter bei einer Zulieferfirma des AKWs war. Der Betriebsleiter dieser Firma ist Herr Protmann, der die Bürgerwehr gegen das Anti-Atomdorf ins Leben gerufen hat und der Schöffe hatte auch eine Unterschriftenliste gegen das Anti-Atomdorf unterschrieben. Das war zuviel, er mußte also raus aus dem Verfahren, ein neuer Termin ist bisher noch nicht angesetzt.
- Pastor Bretzke hatte ursprünglich einen Strafbefehl in Höhe von 2500,- DM gekriegt, weil er in Kirchhohn der Polizei gesagt hatte, sie solle dafür sorgen, daß der Nordzug ungehindert durchkommt, ansonsten würde eine Schienenbesetzung stattfinden. In der Verhandlung, die es dann darüber gegeben hat, hat es leider nicht für einen Freispruch gehandelt. Das Verfahren ist eingestellt worden wegen geringer Schuld, allerdings gegen einen Bußgeldbescheid von 2250,- DM.

Jetzt vorm Landgericht Hannover sind 6 Verfahren abgeschlossen. Kurz die Urteile:

- Jerry ist verurteilt worden zu 13 Monaten, dazu sind noch 9 Monate aus einer alten Strafe geschlagen worden,
- Andreas Hanke ist zu 12 Monaten verurteilt worden,
- Christian Gerke zu 11 Monaten,
- Eso zu 12 Monaten, alle Strafen ohne Bewährung
- ...

(Kassettenwechsel)

... Erörterungstermine eine Verarschung sind und deshalb der Widerstand gerechtfertigt ist. Das ist sehr schwer gewesen diese Argumentation durchzubringen, weil das Gericht versucht hat zu alles zu verhindern, daß über AKWs überhaupt geredet wird, es wurde verweigert Gutachter zu laden, es wurden Ordnungsstrafen angedroht, wenn über AKWs geredet wurde und Zeugen die darüber redeten bekamen kein Zeugengeld, d.h., ihre Aussagen waren nicht sachdienlich. Zur Frage der Genehmigungsverfahren, nachdem das also lang und breit erörtert wurde, hat Borchers z.B. dem Jerry geraten, sowas wie in Grohnde ginge nicht, er hätte die Gerichte anrufen müssen.

Zur Frage vom Widerstandsrecht hat das Gericht gesagt, ein Widerstandsrecht gibt es im Grundgesetz nur, um die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen, Grohnde war aber genau das Gegenteil, darum trifft das nicht zu. Ein Notwehrrecht kommt deswegen nicht in Frage, weil Notwehrrecht nur gilt, wenn ein unmittelbarer Angriff da ist, aber das seien ja nur reine Baumaßnahmen gewesen, von denen keine Gefahr ausgeht, darum komme auch das nicht in Frage. Und sosind also ziemlich übel juristisch knapp diese Einstellungsanträge abgelehnt worden. Zur Durchführung der Verfahren will ich jetzt nicht so viel sagen, das steht in unserer letzten Dokumentation ziemlich ausführlich: Die Sicherheitsmaßnahmen, die Beschränkung der Verteidigerrechte. Wichtig ist da vielleicht, daß das in letzter Zeit so ein bißchen eine Lockerung gibt. Im Prozeß gegen Christian Matschkus ist eine neue Sicherheitsverfügung erlassen worden, nach der Ausweise nicht mehr fotokopiert werden, nach der man auch seine Eintrittskarte behalten darf, wo der Name draufsteht. Neulich, als allerdings nur noch 5 Zuschauer da waren, hat der Richter sogar die Polizei rausgeschickt. Der Prozeß gegen Christian ist überhaupt eine merkwürdige Sache, nach diesen ersten vier scharfen Urteilen, also erst mal das Urteil gegen Rüdiger wo es so war das der Hauptbelastungszeuge entlarft wurde als ein übler Schläger, der nicht nur Rüdiger einen Nasenbeinbruch und eine Gehirnerschütterung verpasst hat, sondern auch Christian Gerke mißhandelt hat und offen gelogen hat im Prozeß, da hat das Gericht gesagt, daß es diesem Zeugen nicht glaubt, dafür aber dem zweiten Belastungszeugen der bei allen Vernehmungen der Urscheppers dabei gewesen ist und dessen Aussage also kannte. Das Gericht hat gesagt: der ist unbeschränkt glaubwürdig, brauchte sich also nicht mehr mit den Widersprüchen zwischen den Aussagen auseinanderzusetzen. Das Gericht hat Rüdiger dann zu 9 Monaten verurteilt, was ein Wahnsinn ist bei dieser Beweislage wo das Gericht selber gesagt hat, daß man dem Zeugen glauben kann, und hat, um das dann zu verschleiern, die Strafe zur Bewährung ausgesetzt mit einer unheimlich liberalen Argumentation; er hat gesagt, Rüdigers Gesinnung soll ihm jetzt zugute gehalten werden, sein Auftreten in Grohnde sei Positiv zu bewerten, weil die AKW-Frage eben nicht gelöst ist, noch nicht mal einer Lösung nahe ist. Das man also wirklich sehen das sie ihn zu 9 Mon. verknackt haben und dann so einen schleim darüber gemacht. Bei Klaus Hagen der ist freigesprochen worden, das war eigentlich eine ganz irre Sache da ist sehr deutlich wir konnten den Polizeizeugen Lügen nachweisen und zwar ausgerechnet anhand von einem Polizeifilm. Da ist nachdem die beiden ausgesagt haben, der Polizeifilm gezeigt worden, worauf das Gericht sagte es wolle die Beweisaufnahme schließen und hat den Klaus dann freigesprochen nach dreieinhalb Tagen die anderen Verfahren haben im Schnitt 15 Tage gedauert. Da ist eine Sache wichtig: keine Zeugen sind so deutlich entlarft worden wie die beim Klaus. Es wäre schwierig gewesen, den zu verknacken. Auf der anderen Seite ist das Urteil deutlich so eine Legitimation zu sagen: bitte wir sind Rechtsstaatlich/man muß sich allerdings überlegen: es hat zwei Zufälle gegeben beim Urscheppers und bei Klaus Hahn wo wir einen Polizeifilm hatten oder einen Zeugen, womit wir nachweisen konnten, daß die polizeizeugen lügen, man kann sich überlegen was bei den ganzen anderen Polizeizeugen war, wo es keine Zufälle gegeben hat. Gut, das zu den Prozessen kurz. Wir haben hier so ein Papier gemacht, wo das alles noch genauer drinn steht und bereiten eine Dokumentation vor.

Ansager: Jetzt kommt der erste Bericht aus Esenshamm.

Esenshamm -2-

Mitglied der BBA: Also, ich möchte jetzt was erzählen zum Atomkraftwerk Esenshamm, ich möchte aber vor allen Dingen auch erzählen, was wir dagegen gemacht haben in den letzten 14 Tagen. Weil das auch exemplarisch ist was man alles noch machen kann, und das man unheimlich viel noch machen kann, weil eben weitverbreitet manchmal so rumkommt, daß nichts mehr läuft.

Esenshamm, daß liegt an der Unterweser, 15km nördlich von Bremen. Das Ding ist seit 1 1/2 Jahren betriebsfertig, kann aber nicht in Betrieb genommen werden wegen der Klagen der Bürgeraktion Küste gegen die einzelnen Teilgenehmigungen. Ein Teil der Klagen sind auch für die Bürgerinitiativen positiv entschieden worden. Die ersten sind jetzt vor dem Landgericht in Lüneburg anhängig. In der nächsten Woche ist vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg die letzte Runde dran wegen der Atomtüllagerung und wegen der Probleme die damit auftauchen. Gemacht haben wir, daß möchte jetzt mal dazu sagen, in der Woche vor der Wahl - Wir hatten uns überlegt, daß nach der Wahl, kurz nach der Wahl, der Albrecht die sofortige Vollziehbarkeit der Betriebsgenehmigung anordnen wird. Das bedeutet das unabhängig von den Gerichtsverfahren das Ding in Betrieb genommen werden kann, Gerichtsverfahren haben dann keine aufschiebende Wirkung mehr. Ich meine auch dagegen gibt es Rechtsmittel, aber es demonstriert zumindest, daß Albrecht gewillt ist das Ding mit Gewalt in Betrieb zu nehmen. Genau das ist ja auch eingetreten, aber vielleicht zu spät auch. Ich schildere jetzt einfach mal chronologisch die Woche, die vor der Wahl gewesen ist.

in große
Am Freitag, dem 26. ist der Kreiszeitung Wesermarsch eine Anzeige gewesen von über 200 Leuten, wo unter anderem auch 4 Polizeibeamte unterschrieben hatten, die gefordert haben, daß das Ding nie in Betrieb gehen darf und daß der Katastrophenplan sofort veröffentlicht wird. Am Samstagvormittag ist in der gesamten Region, d.h. Bremerhaven, Bremen, Delmenhorst, Oldenburg, Varel, Nordenham und alles was in der Gegend so liegt, sind Postkarten verteilt worden von dem Herrn Schnipkoweit, das ist der Sozialminister hier in Niedersachsen, wo er nochmal sagt, daß die Interessen der Bevölkerung zurückstehen müssen vor den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber. Und auf einem Fragebogen - das war natürlich nicht von dem Schnipkoweit - aber da war noch ein Fragebogen dabei, wo die Bevölkerung zu einzelnen Problemen gehört wurde, u.a. ob sie über einen Familienbunkerberechtigungsausweis verfügen und welches die Hauptfluchttrichtung ist im Falle einer Evakuierung. Außerdem konnten die auf diesem Fragebogen ankreuzen ob sie Katastrophenpläne für nicht ausreichend halten und sie deswegen für den Abriß des Atomkraftwerkes Esenshamm und aller anderen Atomspaltwerke waren. Wir wissen natürlich nicht wieviel davon zurückgeschickt worden sind. Allerdings hat das ziemlich einen Wirbel in der veröffentlichten Meinung verursacht und auch die Politiker waren ziemlich beunruhigt über diese Geschichte. Dann sind in der ganzen Region am Wochenende Plakate verklebt worden mit dem Katastrophenplan, wo die einzelnen Zonen eingeteilt waren, Zone A, B und C, - auch das hat ziemlich viel Unruhe geschafft. Dann ist eine kleine Aktion - was man einfach machen kann mit wenigen Leuten - da haben einfach ein paar Leute einen Kanister in der Nähe vom AKW abgestellt mit Wasser, wo ein Zettel drauf stand "Vorsicht! Radioaktiv verseucht". Das Ding hat also ziemlich einen Wirbel gemacht auch in der Presse, weil die nicht wußten, ob es tatsächlich verseucht war. (Lachen, Klatschen)

Ich finde, so 'ne Aktion macht dann noch die Betroffenheit der Bevölkerung - macht noch mal deutlich, was da so alles passieren kann. Dann ist am Donnerstag in der Woche - ist der Informationspavillon der NWK besetzt worden. Wichtig ist dabei, daß dieses Informationspavillon innerhalb dieses KZ-Gauns liegt und wir reingekommen sind über so 'ne Anmeldung, daß wir als Studenten uns mal ein bißchen informieren wollten. Also die Besetzung hat nur 6 Std. gedauert, die Forderung war, daß der Katastrophenplan sofort veröffentlicht wird. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, daß terroristische Gewalttäter sich ihn zu Nutze machen könnten. Dann an dem Wochenende - wie gesagt, ich zähle nur die spektakulären Aktionen auf, weil die Hausbesuche haben wir natürlich auch gemacht - ist 'ne Fahrraddemo gewesen. In der Region, wo wir mit den Fahrrädern durch die Wesermarsch gefahren sind und auch mit den Leuten ein bißchen geschnackt haben und auch die Polizei ein bißchen beim Laufen gehalten haben, weil wir ziemlich schnell waren mit den Fahrrädern. (Lachen) Und dann möchte ich noch über eine Aktion berichten, die in der Nacht von Montag auf Dienstag passiert ist, da hat eine Gruppe, die sich nennt "so mancher fällt aus der Reihe", einen Anschlag auf einen der Masten gemacht, die (Klatschen) - also, die haben versucht da einen von den Masten, der direkt an das Umspannwerk vom AKW angeschlossen ist, zu legen. Das ist nicht gelungen. " um-

Aus den Zeitungen konnten wir entnehmen, daß erheblicher Sachschaden entstanden ist - im Resultat wird das Ding sicherlich abgeschaltet werden müssen, also diese Leitungsmasten, damit man das reparieren kann. Also insofern ist das auch schon erfolgreich. Ja aus den Zeitungsausschnitten geht hervor, daß sowohl unten sämtliche Schrauben und Bolzen abgedreht worden sind, unten an dem Mast, und daß zusätzlich oben in 25 m Höhe Sprengladung angebracht worden sind, um dem Mast ein bißchen Entscheidungshilfe zu geben, in welche Richtung er fallen soll. (Lachen, Klatschen).

Ich will nur einen Satz daraus zitieren aus ihrer Erklärung, den finde ich nämlich ganz gut - "diese Aktion ist e in Ausdruck unserer Erfahrung, daß wir auf unsere eigenen Kräfte vertrauen und unsere Forderungen selber durchsetzen müssen. Die Ausschöpfung aller legalen Formen des Widerstandes und die Entwicklung verdeckter und militanter Widerstandsformen sind 2 Seiten ein und derselben Medaille, nämlich Kampf gegen Atomanlagen, das eine ersetzt nicht das andere (Klatschen)". So - und zum Schluß noch ist natürlich das eingetreten, was wir vermutet haben. Am Dienstag nachmittag hat der Albrecht die sofortige Vollziehbarkeit der Betriebsgenehmigung angeordnet, d. h., die bereiten sich jetzt darauf vor, das in Betrieb zu nehmen, d. h., die ganze Anlaufgeschichte zieht sich ungefähr 4 Wochen hin, bevor sie überhaupt Strom erzeugen können. In der Zwischenzeit laufen jetzt natürlich die Versuche, einstweilige Verfügungen zu erwirken und die aufschiebende Wirkung der Klagen wider herzustellen. Aber es ist so, daß wir auch die Fragen der Großdemonstration und so was diskutieren, daß das jetzt in Bremen in den Stadtteilgruppen diskutiert wird, daß wir auch meinen, daß das hier auf dem Treffen heute diskutiert werden muß, ob das sinnvoll ist und zu welchem Zeitpunkt, daß wir aber dazu jetzt noch keinen Aufruf zu starten.

Liebe Freunde, der Kaiserstuhl ist meiner Ansicht nach, was die Beteiligung der Bevölkerung beim Kampf gegen das AKW anbetrifft, die entwickelte Region. Ihr kennt sicher alle die verschiedenen Kampfkaktionen mit der 9-monatigen Platzbesetzung vor 3 Jahren. Darüber brauche ich nicht viel zu erzählen. Ich will aber berichten, wie sich der Kampf inzwischen weiterentwickelt hat. Zu den Gründen für diese Aktion muß gesagt werden, daß die Kaiserstühler jahrelang vorher verschiedene andere Formen versucht haben, um gegen das AKW vorzugehen und diese Formen gescheitert sind. Es war ihre konkrete Erfahrung, daß nur noch die Platzbesetzung tatsächlich das AKW verhindern kann. Sie haben 100000 Unterschriften gesammelt. Die wurden nicht angehört. Sie sind nach Stuttgart gefahren in dem Glauben, sie könnten ihre Landtagsabgeordneten beeinflussen. Sie sind weggeschickt worden und als Pöbel bezeichnet worden und sie haben weitere andere Eingaben und alle möglichen Schritte unternommen, um dagegen vorzugehen.

Ganz kurz dazwischen: Wir lassen jetzt diesen roten Helm rumgeben, um das, was wir vorher gesagt haben, daß wir für den Karl Geld sammeln wollen, auch wahr zu machen. Die Münsteraner müssen nämlich um 17 Uhr weg und wollen auch noch Gelder geben. Die Platzbesetzung im Februar 75 wurde aufrecht gehalten trotz eines faktischen Baustopp-Urteils im März 75. Das war ebenfalls ein Ergebnis dieser Lehre, daß man allein auf diese Manöver der Gerichte nicht vertrauen kann. Was ihr alle zumindest wißt, daß inzwischen ein Prozeß stattgefunden hat, ein sogenanntes Hauptsacheverfahren um das AKW Wyhl. Das Urteil sieht so aus, daß alle anderen Begründungen gegen das AKW wie die Beeinträchtigung von Klima, Grundwasser und Landwirtschaft und auch die Frage der Strahlungsabgabe abgeschmettert worden sind und die einzige Begründung für den jetzigen Baustopp die ist, daß noch ein Berstschutz hinzugefügt werden soll. Meiner Ansicht nach ist dieses Urteil in der Hauptseite einzuschätzen als ein Zeitgewinn für die Betreiber, weil sie heute sagen, eigentlich könnten wir auf das AKW in Wyhl verzichten, wir könnten ja das AKW an dem anderen Standort bauen. Es sind nicht rein wirtschaftliche Gründe die sie an Wyhl festhalten lassen, aber entscheidend ist die Frage, ob die Bevölkerung einen Erfolg davontragen darf in seinem Kampf oder nicht. Die Frage, wie auch der Revisionsprozeß, also der 2. Prozeß, dessen Urteil jetzt im Herbst zu erwarten ist ausgeht, hängt entscheidend davon ab, wie die Betreiber selber die Kampfbereitschaft der Kaiserstühler einschätzen. Am Kaiserstuhl selbst sieht es so aus, das will ich mal kurz berichten, daß die Volkshochschule 'Wyhler Wald', die damals während der Besetzung entstanden ist und sich mit den Fragen der Atomenergie beschäftigt hat ebenso wie mit anderen Fragen, sie heute praktisch der Kern des Widerstandes ist; wo nach wie vor, gerade in den Kaiserstuhldörfern, verschiedenste Fragen, die den Kampf betreffen, diskutiert werden, daß die Bevölkerung sagt, wir sind wieder da, wenn sie kommen, daß die entschiedensten Kämpfer am Kaiserstuhl sehr wohl gelernt haben, was sie erfahren haben, wie der Staatsapparat in Brokdorf, Grohnde und in Kalkar vorgegangen ist, daß ihnen vollständig klar ist, daß eine 3. Besetzung in Wyhl anders aussehen wird, was die Frage des Staatsapparates anbetrifft, als vor 3 Jahren, weil der Staatsapparat ebenfalls von Wyhl damals gelernt hat, wie wir ja in Brokdorf, Grohnde und Kalkar studieren konnten selber. Die entscheidende Frage ist aber, hält die Bevölkerung am entschlossenen Kampf gegen das AKW fest.

Noch 2 Beispiele: 1) Eine Gruppe von Kaiserstühlern sind Pfingsten in Gorleben gewesen. Sie haben dann am Kaiserstuhl in der Volkshochschule davon berichtet. Ergebnis ihres Besuches war, ein Beschluß, den Kampf in Gorleben zu unterstützen, indem die Kaiserstühler, soweit es ihnen möglich ist, nach Gorleben fahren, sich mit den Bauern dort verbinden, gemeinsam zu lernen für den Kampf gegen AKWs und WAAs. Und noch ein konkretes Beispiel (Klatschen): Am 1. Mai bei der DGB-Veranstaltung in der Kreisstadt gab es den meisten Beifall als 3 Kaiserstühler quer durch den ganzen Saal gezogen sind bis vorne vor die Bühne, gab es diesen Beifall für ein Transparent, daß sie getragen haben "Wir grüßen den DGB, aber seine AKW-Ja-Politik dulden werden wir nicht" (Klatschen). Was auch wichtig sein wird: Euch ist wahrscheinlich bekannt, daß die Anklagen, die direkt mit den Besetzungsaktionen zusammenhängen, fallengelassen werden mußten, daß praktisch eine Amnestie gibt für diese Aktionen damals, daß aber inzwischen 4 Kaiserstühler unter Anklage gestellt sind wegen Landfriedensbruch, als Ende 76 nach Landtags- und Bundestagswahl Filbinger glaubte, es sei friedlich am Kaiserstuhl, ein Arbeitstreffen veranstaltet in einem Kaiserstuhldorf und von 1500 Kaiserstühlern umzingelt wurde, daß 4 von diesen herausgegriffen sind und mit einem Prozeß rechnen müssen. Das beweist ebenfalls und gerade den Kaiserstühlern natürlich selber, daß tatsächlich ein Zusammenhang besteht - ich habe das Beispiel von Gorleben erzählt und das Beispiel der Prozesse, daß wir lernen müssen, gegenseitig lernen müssen und ich meine Aufgabe darin sehe, am Kaiserstuhl darüber zu berichten, was hier beim Arbeitstreffen tatsächliches Ergebnis gewesen ist, damit man erfolgreich Prozesse am Kaiserstuhl und anderswo führen kann. (Klatschen)

Wyhl-Radio Grün

Aus dieser regionalen Bewegung, die nicht nur aus Wyhl besteht, sondern heute noch Markolsheim, Fessenheim, Gerstheim, Besetzungen bei Fessenheim Kaiser Augst und Gösgen sowie (Gleigstadt), ist ja nicht nur diese Volkshochschule entstanden und eine ganze Menge Initiativen und eine gemeinsame Zeitung die in zwei Sprachen jetzt existiert "das was wir wollen", die das beziehen haben es vielleicht schon mitbekommen, das es umgestellt wurde, sondern jetzt seit über einem Jahr eine Radiostation Grün Fessenheim oder Radio Vert. in drei Sprachen sendet in erster Linie im Dialekt, aber auch auf Deutsch und Französisch, damit die Leute die den Dialekt beherrschen nicht ausgeschlossen werden. Es war im Juli letzten Jahres, nein im Juni letzten Jahres, während der Mastbesetzung in Heiteren in der Nähe von Fessenheim, haben ein paar Leute mit einfachsten Mitteln angefangen zu senden, inzwischen zwar immer noch mit einfachen, aber doch sehr vielen Mitteln, verfügt Radio Fessenheim über 12 Antennen die zum größten Teil in den Vogesen stehen, zum Teil auch mitten in den Dörfern, allerdings in solchen Dörfern, wo die Polizei sich nicht trauen würde bei den Leuten nachzuschauen und da anzugreifen (Beifall). Was nicht sagt, das sie es irgendwann doch noch probieren, aber das hängt jetzt noch mit speziellen französischen Problemen zusammen, weil es da sehr viele freie Sender gibt und es gibt auch ein Monopol, ein Staatsmonopol, aber es gibt keine Strafen. Radio Grün sendet Freitags und Samstags jeweils jetzt fest über eine Stunde, um dreiviertelacht zur Sommerzeit um dreiviertelsieben, wer in der Gegend ist im Sommer kann es ja mal anschalten, hat sich aber ausgeweitet. Das Sendeprinzip besteht darin, das möglichst viele Gruppen Kassetten oder Bänder bespielen und an die offiziellen öffentlichen Antennen stellen abliefern, mit den Leuten reden, damit das bestrahlt werden kann. Das hat sich jetzt nicht nur festgelegt auf die Atomindustrie, nach und nach kamen andere Dinge dazu, so z.B. Reportagen über den Schlumpfskandal. Schlumpf sind 2 Brüder im Elsaß, die einen ungeheuren Reibach gemacht haben mit ihrer Fabrik und dann Pleite gingen und der ganze Reibach der hat sich niedergeschlagen in einem Auto - Mobilmuseum, das die Arbeiter dann besetzt haben und die haben jetzt auch ihr Recht bekommen. Man kann auch noch mehr machen. Z.B. in Colmar gab es kürzlich einen Streik der Textiler und in einer Fabrik, haben die dann die Fabrik besetzt und daraufhin eine Antenne ausgefahren und haben halt jeden Abend eine Stunde eine Live-Sendung gemacht aus dieser Fabrik. Und es ist ja ganz eindeutig, daß man sowas nicht normalerweise in einer Fabrik machen kann, sondern nur wenn sie besetzt ist. Aber dann kann man eine Antenne ausfahren. Ich möchte das nicht als eine folkloristische Variante aus der Südwestecke hier nur erzählt haben, sondern ich nehme an, daß alle Geschichten, die hier erzählt werden einen gewissen beispielcharakter haben, daß man sich überlegt, was man an anderen Orten entsprechendes machen kann. Bei uns waren es nur 101 bis 104 Megahertz auf UKW die frei waren, man kann ja mal ein bißchen gucken in der Skala was frei ist. Für solche Zwecke, wenn man langfristig einen Sender aufbauen will, muß man eine Stelle finden, die frei ist, damit man nicht sofort am Anfang einen Konflikt hat, den man vielleicht nicht durchstehen kann. Dann muß man sich überlegen, das man klein anfangen muß auch wenn viele ihn nicht hören können, aber das es eine regelmäßigkeit kriegt das nach und nach möglichst viele Leute Interesse kriegen an dem Sender und dann zum Beispiel auch bereit sind ihn zu schützen, das insgesamt eine sehr wichtige Informationsquelle ist und eine noch viel wichtigere werden muß und eigentlich an vielen Stellen werden muß, das leuchtet ein, wo man weiß wie schwierig wir es haben mit unseren Informationen mit den Wahrheiten, die wir kennen, über unsere Kreise rauszukommen, und sonn Radio ist schon was ganz sinnvolles. Beifall!!!!

Grohnde - WGA

Ja, ich bin Mitglied in der Wählergemeinschaft in Hameln. Ich will kurz berichten, wie das um das Baustopurteil in Grohnde aussieht. Es ist ja geklagt worden - die Klage von Lohmann, das ist ein Arzneimittelbetrieb in Kirchhosen. Diese Klage von Lohmann hat aufschiebende Wirkung für das Kernkraftwerk in Grohnde. Diese Klage ist allerdings sehr unsicher. Es laufen im Augenblick Gerüchte, daß Lohmann verkaufen will. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn er verkauft, da wir wissen, daß Lohmann z.B. ein Zweigbetrieb in Indien hat. Diese Klage läuft dadrauf hinaus, daß gesagt wird, durch das Kernkraftwerk wird die Arzneimittelproduktion gefährdet und nach dem Arzneimittelenschutzgesetz ist es nicht möglich, daß dort radioaktive Ausstöße sind. Es heißt also, wenn Lohmann verkauft ist auch die Klage hinfällig und es kann jederzeit gebaut werden. Ansonsten vor den Gerichten juristisch hat sich nichts weiter getan. Ich will jetzt noch berichten von der Klage gegen die Räumung des Anti-Atomdorfes. Es ist Klage angestrengt worden gegen diese Räumung, weil sie widerrechtlich war. Diese Klage ist bis heute verzögert worden von seitens des Regierungspräsidenten. Sie haben wohl keine Lust dieses Klageverfahren durchzuführen, weil zuviel Dreck da hochkommen würde - von Zusammenarbeit des Kreistages, Interhargem (?-so ausgesprochen), also die das Kernkraftwerk betreiben und der Landesregierung. Unmittelbarer Grund für die Räumung des Anti-Atomdorfes war ein Beschluß des Kreistages eine Pumpstation auf dem Kühlturm Gelände zu genehmigen. Und das war der Hebel, der Vorwand, um das Anti-Atomdorf zu räumen. Wir haben dann im Kreistag ein Untersuchungsausschuß beantragt wegen der Räumung des Anti-Atomdorfes. Dieser Untersuchungsausschuß ist abgelehnt worden mit der Begründung sowas sei juristisch nicht möglich. Ich will jetzt kurz noch sagen, was wir als Wählergemeinschaft im Augenblick machen. Es ist natürlich klar, daß jetzt wohl nichts geschieht und nicht gebaut wird, gibt es wenig Möglichkeiten direkter Aktionen gegen das Atomkraftwerk in Grohnde. In der Zwischenzeit versuchen wir, unsere Basis für den sicherlich kommenden Kampf, wenn das AKW weitergebaut wird, zu verbreitern, indem wir auch andere soziale Fragen aufgreifen wie z.B. einen Antrag jetzt im Kreistag eingebracht haben auf ein Behinderten-taxi, Unterschriftensammlungen machen, Probleme wie die Schulen u. s. w. kümmern. Wir versuchen in der Zwischenzeit auch bei anderen sozialen Fragen Einfluß zu gewinnen, so daß unsere Voraussetzung für den Kampf dann, wenn das AKW weitergebaut wird, zu verbessern..

Münster: Ahaus und Gronau

Die BI's von Ahaus und Gronau sind heute auf einer Demonstration in Holland. Deshalb möchte ich kurz über die Situation in Ahaus berichten. Zur Frage der Wichtigkeit, das ungelöste Problem des radioaktiven Mülls ist für die deutsche Atomindustrie eine der größten Bedrohungen für ihre Expansionspläne. Spätestens 82 sind die kleineren Lagerbecken an den AKW's voll. Es müßten die ersten AKW's abgestellt werden. Inwieweit eine Lagerung im Ausland geschehen kann, ist sehr unsicher. Eine Lagerung im Ausland wäre zudem betriebswirtschaftlich außerordentlich teuer. In dieser Situation hat die Atomindustrie die Konzeption eines zentralen Brennelemente-zwischenlagers entwickelt, in dem der Atom Müll in Ahaus bis zu einer noch nicht absehbaren Wiederaufbereitung und Endlagerung verschwinden soll. Dies Konzept bietet den Vorteil für die Atomindustrie, weiterproduzieren zu können, ohne die Folgeprobleme gelöst zu haben. Und nach Aussagen der DWK wird der politische Druck auf die WAA Grolleben genommen. Gelingt der Bau des Zwischenelementelagers, bekommt die deutsche Atomindustrie Zeit, sich mit dem Widerstand gegen die WAA auseinanderzusetzen. Im September 1977 wurde erst durch den BBU bekannt, daß in Ahaus ein Brennelementezwischenlager gebaut werden sollte. Eine schon bestehende BI verstärkte sich rasch. Es wurde Unmut in der Bevölkerung laut. Die Stadt hatte schon vorher die für das Brennelemente-zwischenlager bestimmten Grundstücke in einem sehr ungewöhnlichen Vertrag an die STEAG verkauft. Es kam zu Bürgerversammlungen und Diskussionen. Die DWK, die zuerst bei einer eventuellen Ablehnung des Brennelemente-zwischenlagers durch den Ahauser Stadtrat das Projekt stoppen wollte, sah sich gezwungen, ihr Versprechen zurückzunehmen. Der mehrheitlich CDU-beherrschte Stadtrat rang sich, wohl auch um sich ein bürgernahes Image zugeben, zu einem Beschluß durch. Der Stadtrat sprach sich gegen ein Brennelementezwischenlager aus, falls die Entsorgung nicht gesichert sei oder aber die Sicherheit nicht gewährleistet sei. Anfang des Jahres begann dann das atomrechtliche Genehmigungsverfahren nach §7. Ebenfalls wurde um eine baurechtliche Genehmigung nachgefragt. Auf dem Bauplatz werden inzwischen Probebohrungen vorgenommen. Die Ahauser BI sieht dies anscheinend noch nicht als Baubeginn an, denn unternommen wird dagegen nichts, außer einigen Schildern, die vor dem Bauplatz aufgebaut werden. Der Arbeitsschwerpunkt der Ahauser BI besteht allem Anschein nach in der Vorbereitung des Rechtsstreites. Dazu gehört vor allen Dingen die Auswertung der veröffentlichten technischen Details und die Informationen über mögliche Rechtsmaßnahmen. Zum 2. liegt der Schwerpunkt in der Bürgerinformation. Dies geschieht durch Filmabende, Diskussionen, Infoständen, gelegentlichen Feten, Festen. Woran es der Ahauser BI bis jetzt noch fehlt, ist wohl Unterstützung, wie sie selbst sagt, durch Fachleute und Techniker und ein Konzept, wie sie sich wohl für dem recht wahrscheinlichsten Fall verhalten wollen, daß der Baubeginn vor Beginn der rechtlichen Einschränkmöglichkeiten liegt. Im Moment wartet die BI Ahaus wohl eher ab und plant weniger offensive Maßnahmen und versucht sich auf neue Resultate im Genehmigungsverfahren einzustellen.

(Von Zuhörer gewünschte Erklärung: Nach §7 werden die ganzen AKW's genehmigt. Dabei muß eine öffentliche Auslegung erfolgen und es muß ein Anhörungsverfahren gemacht werden, Erörterungsverfahren.

Nach §6 wird praktisch die Genehmigung über eine Behörde, erfolgt die über eine Behörde - ich glaube nicht bei einer öffentlichen Auslage der Akten und ohne Erörterungsverfahren. Diese Behörde befindet sich in Braunschweig und ist die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt. Es bleiben also erheblich weniger Einspruchsmöglichkeiten im Verfahren. Wir wollen eventuell einige Aktionen in den Dörfern machen und soweit

die Ahäuser uns um Unterstützung bitten, gehen wir da auch hin. Bloß das ist noch mäßig.

Ja, ich möchte jetzt noch einiges zur Urananreicherungsanlage in Gronau sagen. Ende 1976 wurde den Bürgern in Gronau eröffnet, daß möglicherweise in ihrer Stadt eine Urananreicherungsanlage gebaut wird. Die Ansiedlung eines Großbetriebes wurde in dem strukturell schwachen Gebiet zunächst mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Über die Bedeutung in technischer, wirtschaftlicher, ökologischer und politischer Hinsicht war man allerdings nicht informiert. In der Anreicherungsanlage kann das Uran nicht nur auf 3%, wie für Leichtwasserreaktoren notwendig, sondern auch auf z.B. 50% angereichert werden. Dies ist nur eine Schaltung der Trennmaschinen. Bei einer 50%igen Anreicherung wird eine Bombenherstellung möglich. Von Anfang an lag die Bedeutung der Urananreicherung in der Herstellung von Atombomben. Alle Urananreicherungsanlagen in der Welt haben zuerst diesem Zweck gedient. Deshalb erhält jede Anreicherungsanlage eine potentiell militärische Bedeutung. Vergleicht man die Umweltgefahren der Atomindustrie beim Betrieb von Atommeilern, bei der Wiederaufbereitung und der Lagerung mit denen einer Urananreicherungsanlage erscheinen die direkten Gefahren, die von der Fabrik ausgehen nur sehr gering. Bisher - und das klingt vielleicht was makaber - ist nur ein tödlicher Unfall bei Handhabung von Uranhexafluorid zu verzeichnen. Uranhexafluorid ist eine gasförmige Verbindung in der das Uran in der Ultrazentrifuge vorliegt. Beim Freiwerden von Uranhexafluorid verbindet sich dieses mit dem in der Luft befindlichen Wasser und es entsteht Flußsäure, eine außergewöhnlich aggressive Substanz. Für Flußsäure bestehen in der BRD strenge Maßstäbe. Beim Freiwerden von 100Kg Uranhexafluorid werden noch in 100 Km Entfernung deutsche Richtwerte überschritten. Auch die Lagerung des abgereicherten Urans ist nicht problemlos. Das abgereicherte Uran soll in Stahlfässern unter freiem Himmel gelagert werden und irgendwann zu anderen Zwecken genutzt werden, z.B. als Brutmaterial für Schnelle Brüter oder neuerdings spricht man auch davon, daß es zur Munitionsanfertigung verwendet werden soll. Mindestens ebenso wichtig wie Umweltgefährdung erscheinen die politischen Implikationen einer Urananreicherungsanlage auf deutschem Boden. Im Rahmen des Brasiliengeschäfts muß die BRD 2000 t angereichertes Uran an Brasilien liefern. Dieses Uran sollte ursprünglich aus der Anreicherungsanlage im niederländischen Almelo kommen. Nachdem die geplante Erweiterung dieser Anlage nicht so problemlos von staten ging, wie man sich das vorgestellt hatte, wird nun die Planung für den Bau der Anlage in Gronau forciert. Die Anreicherungsanlage soll zur nationalen Unabhängigkeit von Lieferungen von angereichertem Uran aus dem Ausland führen. Dies ist nicht erst seit dem Inkrafttreten der neuen amerikanischen Atomgesetze bekannt. Der Bau einer Anreicherungsanlage in Gronau wird auf jeden Fall zu neuen Sachzwängen führen und den weiteren Ausbau der Atomindustrie fördern. Nun noch einiges zu der Vorangehenden der Gronauer BI. Die Gronauer BI ist erst Mal zahlenmäßig sehr klein und sie hat sich in letzter Zeit darauf spezialisiert die Gefahren, die mit der Verwendung von Uranhexafluorid verbunden sind der Bevölkerung darzustellen und sie versucht über eine Betroffenheit in der Bevölkerung einen breiteren Widerstand der Bevölkerung herzustellen.- Danke.

Gorleben -Martin Mommbauer

Zunächst einmal ein paar allgemeine Bemerkungen, und zwar zu den Verkäufen die doch eigentlich anstanden, das heißt die DWK wollte ja noch den Rest Land (70%) noch haben. Ich weiß nicht ob alle darüber informiert sind, aber wir haben uns noch zwei weitere Rechtsanwälte genommen, es steht jetzt absolut fest, daß sowohl Graf Bernsdorf sowie beide Kirchen und Privatleute auf keinen Fall verkaufen werden. Beifall.....

Das zweite ist die Aktion am Platz selbst, ihr wißt ja und seid zum Teil auch selbst dran beteiligt, das wir also insgesamt über 40000 Bäume gepflanzt haben, die Sache hat eine kleine Erweiterung erfahren, wir haben in unmittelbarer Nähe des Platzes ein Haus, besser gesagt eineinhalb Häuser, mit Grundstück gekauft direkt am Zaun und wällen dort, daß haben wir bereits mit den Wählern und Twintern bereits abgesprochen, eine Volkshochschule machen. Der Verein ist bereits gegründet. Beifall.....

Was das eben betraf, mit den grünen Sendern da im französisch-deutschen Raum, wir können dazu nur sagen, da wir in Lüchow-Dannenberg auch in Betracht der Entwicklung in diesem Landkreis mit Wühl umfassende und enge Beziehungen aufgenommen haben. Beifall...

So, nun aber zu dem, was uns in absehbarer Zeit noch in diesem Jahr erwarten wird und zwar die Frage Großdemonstration oder nein - dezentral, die haben wir, und das möchte ich an dieser Stelle sagen, auch in Betracht der Wahl, ich möchte dazu jetzt ein paar Begriffe sagen, es geht nicht um eine Partei, um eine Liste oder so, sondern um die Haltung der Bevölkerung, um die Tatsache, daß um den Standort herum Dörfer um die 30% grün gewählt haben. Alleine in Lüchow 26%. Der Bauer Konrad hat in seiner Umgebung sogar die Mehrheit bekommen vor der CDU. Beifall... Diese ganze Angelegenheit läßt hoffen, daß sich die Bürgerinitiative vor Ort, gemeinsam mit der dort gegründeten Partei, die da von Bürgerinitiativen gegründet worden ist - das ist absolut klar - und mit den bestehenden Vereinen, die sich im übrigen jetzt zu einem Dach... einer Koordinationsgruppe zusammengeschlossen haben. D.h. der Grundbesitzerverein, die Bürgerinitiative, der Rechtshilfefonds für die Prozesse, die auf uns zukommen werden in Zukunft und ein vierter, so Wissenschaftsverein da, die haben sich in einem losen Verband koordinativ zusammengeschlossen und wollen die weiteren Schritte in Zukunft gemeinsam machen. Diese ganze Angelegenheit, so wie sie abgelaufen ist - Bürgerinitiative, Wahl und die Zusammenarbeit dieser 4 Gruppen - läßt erhoffen, daß wir zumindest einen hinreichenden ersten Widerstand mit der einheimischen Bevölkerung leisten können, wenn es los geht. D.h. die meisten waren der Ansicht bei uns - und da haben die Freundeskreise sehr stark mitgearbeitet und sie konnten sich auch vor Ort überzeugen davon - daß wir anfangen dezentral im Landkreis die gesamte Bevölkerung möglichst umfassend zu informieren und zu mobilisieren. Gleichzeitig aber an allen übrigen Standorten - das genaue Konzept wird gleich in den Arbeitsgruppen diskutiert - an allen übrigen Standorten, an allen übrigen Großstädten, an allen Plätzen, wo die DWK oder irgendeine Ansiedlung industrieller Art, die ähnliche Dinge zum Ziel hat, vor öffentlichen Gebäuden der Widerstand praktisch bundesweit durchgeführt wird. Es soll deutlich werden, daß an einem ganz bestimmten Tag alle AKW-Gegner in der ganzen Bundesrepublik total präsent sind und auch durchaus in der Lage sind in kleinen Gruppen vor Ort einen Widerstand leisten - zumindest in Lüchow-Dannenberg - der dazu geeignet ist die Transportfahrzeuge zumindest zunächst einmal sehr stark zu behindern und aufzuhalten. Wir fordern auf: Nicht Widerstand gegen Personen, aber alles, was mit Sitzstreik und so ähnlichen Aktionen zusammenhängt - genau wirds noch besprochen - auf jeden Fall zu tun. Beifall...

Aber damit das hier nicht so klingt, als wäre alles bereits abschließend besprochen und abgeschlossen würde ich Euch bitten nachher, soweit in den Arbeitsgruppen darüber gearbeitet wird, also in der Gruppe, die Gorleben zum Thema hat, dieses Papier noch einmal umfassen zu diskutieren. Es ist eine Vorlage, die hier erhältlich ist.

Wir haben hier in Hannover eine Gruppe, aber auch im Landkreis eine Gruppe gebildet, die jetzt den Besitzern, d.h. es ist ja auch ein Berliner darunter, die nicht über das Geld verfügen die Unsummen für die Prozesskosten aufzubringen, d.h. auch alle übrigen, die klagen - das werden im Landkreis sehr, sehr viele sein - in den einzelnen Orten jeder 2. - zu unterstützen, auch finanziell zu unterstützen. Wir bitten also darum sich hier zu erkundigen in welcher Form dieses geschehen kann. Es sind also Konten eingerichtet worden. Ja - das war's zunächst einmal. Beifall...

Stade

Ja, ich habe nicht so erfreuliche Nachrichten zu verkünden hier wie die übrigen Leute teilweise. Das liegt zum Teil daran, daß wir Atomkraftgegner in Stade ziemlich schwach sind und zum anderen auch die Atomkraftbefürworter ziemlich stark sind. Das hat wohl mit der Entstehungsgeschichte zu tun. In Stade ist ja bereits 1972 das AKW gebaut worden. Also in einer Zeit, wo es ziemlich ruhig war. Damals wurde das auch im Stader Tageblatt ziemlich hochgejubelt, das ist so die örtliche Bresse. Die hat einem verkauft können, daß das AKW Stade nur in kriegerischen Zeiten gefährlich sein könnte, wenn es zerstört wird. Sonst würde überhaupt keine Gefahr vom AKW ausgehen, im Gegenteil. Dann ist dieses AKW ja insgesamt in der BRD ein Vorzeige-AKW, das mit 93% iger Auslastung immer so behandelt wird als das beste in ganz Europa, was man wohl nirgends wo anders so gut finden wird. Nun sind allerdings Gerüchte aufgetaucht, die sich auch nach wie vor Hartnäckig halten, daß dort Risse im Reaktordruckbehälter sind. Von der Bürgerinitiative aus haben wir dazu einen offenen Brief an die NWK geschickt, schon vor 3 Wochen. Daraufhin ist noch keine Reaktion erfolgt von denen. Wir werden uns jetzt demnächst auch ans Stader Tageblatt wenden, um das ein bißchen breiter in die Öffentlichkeit zu bringen. Zum anderen laufen auf dem Gelände große Bauaktivitäten; man sagt, es soll dort ein Zaun herumgebaut werden, höchstwahrscheinlich solch eine Festung wie Brokdorf oder ähnlich soll dort errichtet werden, ein breiter Wassergraben. In Erinnerung ist vielleicht auch noch, daß Mitte Januar ein Antrag gestellt wurde auf Errichtung eines Zwischenlagers in Stade, falls sich der Bau in Gorleben verzögert und weil das auch eine Vorbedingung ist, damit in Brokdorf weitergebaut werden kann. Und da sind also ganz mysteriöse Sachen da im Gange. Wir haben dort mal nachgeforscht und festgestellt, daß es einen Erlaß gibt vom Herrn Schnipkoweit, vom Sozialminister von Niedersachsen. Der sollte angeblich schon das Zwischenlager genehmigt haben. Er selber hat das dementiert. Und wir haben dann einen Schrieb bekommen und einen Erlaß bekommen, wonach sich diese Genehmigung nur auf ein Hilfsanlagengebäude bezieht, in dem wohl ein neues Verfahren erprobt werden soll. Dort sollen flüssige radioaktive Stoffe verharzt werden und dann wohl verpackt werden. Das ganze Gebäude ist überhaupt nicht gesichert, in keinem Falle, sogar auch nicht gegen Flugzeugabsturz oder ähnliches, weil man meint, selbst wenn die ganze radioaktive Strahlung von 600 Curie frei werden würde, wäre das keine Gefahr für die Bevölkerung. Ich möchte noch mal darauf hinweisen auf ein spezielles Problem, was sich auch eigentlich ergibt bei jedem AKW. Ein AKW steht nicht alleine, sondern da kommt Industrie hinterher. Das haben wir auch gerade in Stade gemerkt. Und wir versuchen im Moment, ganz jung ist das noch, auch da ein bißchen mehr einzusteigen. Es ergeben sich da eine Reihe von Problemen, meinetwegen haben wir DOW und VAW in der Nähe. VAW ist vereinigte Aluminiumwerke, die schmelzen sehr viel FL raus und vernichten damit das ganze Obstanbaugebiet. Der Professor Gordon aus den USA, der da schon seit über 20 Jahren mit forscht, meint, daß er dem alten Land ungefähr noch 10 Jahre gibt, dann ist das kaputt. Und das ist mit das größte Obstanbaugebiet in der BRD. Dann kommt die DOW-Chemical dazu. Dort werden Chlor und ähnliche Sachen hergestellt und Chlorverbindungen. Nun ergibt sich folgendes Problem, wenn die chemische Industrie Gase abgibt und die kommen in Verbindung mit radioaktiver Strahlung, dann bauen sich die alten Gase, meinetwegen so Chlor-Wasserstoff oder ähnliche Sachen, ab und durch die radioaktive Strahlung entsteht ein neuer Stoff, der eventuell noch viel gefährlicher sein kann, auch sogar krebserzeugend sein kann und ähnliches. Diesen Vorgang, den nennt man Synergismus. Das ist also ein Problem, wo ich nur mal kurz eben darauf hinweisen wollte, weil das doch ein sehr wichtiges Problem ist, überhaupt generell AKW und Industrieansiedlung und was sich daraus ergibt. Das wird von daher auch noch in Perspektive sehr wichtig sein, weil nicht nur ein AKW dort bleiben soll, sondern es soll eventuell noch ein 2. dazugebaut werden. Die ganzen Industrien, die dort hingekommen sind, haben ungefähr erst ein Viertel von dem ausgebaut, was sie mal zum Schluß haben wollen. Wenn z. B. die VAW ihre Jahresleistung auf 240000 t ausbauen, müßte allein ein AKW den Strom liefern für diese einzige Firma.

Dann würde natürlich ein weiteres AKW gebraucht werden auch noch für die übrige Industrie, die noch hinkommen soll. Immerhin soll ja die Unterelbe ja zum Industriegebiet werden. Wir werden wahrscheinlich auch, so schätze ich das im Moment ein, darauf angewiesen sein auch noch auf Unterstützung von außerhalb, weil, wie gesagt, wir in Stade relativ schwach sind.

Vielen Dank erst mal. (Klatschen)

Im Fall Stade ist vorhin nicht darauf hingewiesen worden, daß 200 Kläger schon im September eine Verhandlung haben sollten, daß wir uns aber geweigert haben, dort die Verhandlung anzunehmen, weil das Kernkraftwerk in der Nähe ist, denn das Verwaltungsgericht Oldenburg ist 50 Km entfernt und könnte auch weiter weg verhandeln. Deshalb ist die Verhandlung geplatzt im September und Oktober. Sie sollte im April durchgeführt werden und ist bis heute noch nicht durchgeführt worden. Wir haben aus den Akten herausgefunden, daß der Reaktorkessel schon seit über einem Jahr wegen Rissen Erholungsglühungen braucht, die aber technisch unmöglich sind. Trotzdem wird der Kessel mit vollem Druck weitergefahren, obwohl der Sozialminister als Genehmigungsbehörde den Druck reduzieren müßte. Diese ganze Sache hängt damit noch zusammen, daß 60 Aktenordner uns vorgelegt wurden, die wir abkopiert haben und dabei festgestellt haben, daß 30 Akten uns vorenthalten wurden, die das ganze prozeßentscheidende Material enthalten. Nun steht seit neuestem, seit vorgestern, das Gericht in Oldenburg auf dem Standpunkt: Wir dürfen nicht mehr mit der eigenen Kopiermaschine die Akten kopieren, sondern müssen mit der Gerichtsmaschine kopieren, wo ein Blatt 1 Mark kostet und mit einem eigenen Gerät das 10 Pfennig kosten würde. Das ist ein ganz glatter Rechtsbruch und wir haben das schon vorher bemerkt, daß der vorsitzende Richter Rechtsbeugung betreibt und haben gegen ihn Strafanzeige erstattet, die zunächst einmal vom Staatsanwalt abgewiesen wurde, dann vom Generalstaatsanwalt abgewiesen wurde und jetzt ein Klageerzwingungsverfahren beim Oberlandesgericht in Oldenburg anhängig ist. Diese ganze Sache hängt damit zusammen, daß Richter, die überhaupt davon ausgehen, daß die Genehmigungen rechtmäßig sein können, schon selbst kriminell handeln und die ganzen Prozesse krank machen heute daran, daß die Kläger überhaupt nicht diesen normalen Standpunkt einnehmen, sondern immer nur darüber diskutieren, können wir das Werk sicherer machen, anstatt zu sagen es ist von vornherein kriminell. Also das ist das Problem der sog. Wichtigkeit der Genehmigungen, die überhaupt mit der Rechtsordnung nicht im Einklang stehen. Und ich muß sehr hart beklagen die Tatsache, daß selbst in unseren eigenen Reihen eine ganze Reihe von Rechtsanwälten tätig sind, die sich immer nur auf der Spielwiese herrumtreiben, daß der Reaktorkessel einen Berstschutz bekommen muß, oder die Ventile müssen sicherer werden, oder es muß die Betonhülle doppelt so dick werden, anstatt die Frage anzuschnitten, daß die Plutoniumherstellung grundsätzlich mit der Rechtsordnung unvereinbar ist, und das daher jede Genehmigung von Anfang an rechtswidrig und nichtig ist. Beifall . . .

Und im Fall Lingen haben wir um jetzt nachzuweisen, daß die Brennstäbe von Lingen schon Schaden angerichtet haben die Friedhöfe besucht. Wir haben die Friedhofsgärtner befragt, wir haben die Totengräber befragt und haben jetzt über 80 Fälle von Leukämie im Umkreis von Lingen herausgefunden, wo sonst höchstens 8 oder 10 natürlicherweise vorkommen können. Also, es ist praktisch eine Verzehnfachung dessen an Leukämie schon eingetreten durch den Reaktor. Und zehn Tage nachdem wir diese Karte bekannt gegeben haben, hat Albrecht erklärt, er möchte Lingen abreißen lassen. Also das war sichtlich eine Reaktion damit er bei der Wahl ein paar Stimmen mehr bekommt.

Wir sind nicht nur Kläger gegen Stade und gegen Lingen sondern auch gegen Brunsbüttel, gegen Krümmel, Grohnde, gegen Esenshamm und gegen Brokdorf. Und von dort her ist natürlich klar, daß man Gorleben an Ort und Stelle wird verhindern versuchen muß, aber wenn wir die Atommüllherzeugung und die Plutoniumherzeugung gewähren lassen kommt irgendwo immer das Plutoniumabbrennwerk hin. Von daher ist es aus meiner Sicht die einzig logische Handlung, wenn man überhaupt an den Rechtsweg sozusagen Hoffnungen knüpft, was ich natürlich tue - das ist eine Grundsatzentscheidung - aber wenn man den Rechtsweg für sinnvoll hält muß man sämtliche Werke angreifen und nicht nur eines, das im Bau ist oder eines, das im Betrieb ist in unmittelbarer Nähe. Beifall . . . Denn sonst kommt es so, wie bei der Fa. Lohmann, die mich im Jahr 73 gefragt hat, ob ich den Fall übernehmen werde und ich versucht hab zu argumentieren und die dann den Standpunkt eingenommen haben, ich darf nur Argumente vortragen, die speziell für die Fa. verwertbar sind, aber nicht für die Allgemeinheit. Dann hab ich gesagt, dann

sollen sie sich jemand Anders suchen, ich kann das nicht. und dann ist der Herr DeWitt für die Fa. Lohmann tätig geworden. Und in diesem Gesamtzusammenhang würde ich Euch bitten, machts nicht nur die Unterstützung für diese Strafprozesse, sondern überlegt Euch auch selbst Kläger zu werden, denn wenn man am Zeun rüttelt ist das eine sinnvolle Handlung, eine notwendige Handlung, aber wenn man außerdem auch noch Kläger wird hat man rechtsanspruch auf Akteneinsicht. Wenn man an die Akten kommt kennt man überhaupt erst die Tatsachen, die im Fall Stade z.B. so lauten: Da gibt es einen sog. Sicherheitsbeirat, der aus Firmenangehörigen besteht. Der hat ursprünglich einstimmige Beschlüsse fassen müssen. Wie die daraufgekommen sind, daß die keine einstimmigen Beschlüsse zustande bringen, weil die Sache so gefährlich ist mit den Rissen im Reaktorbehälter, haben die das Prinzip eingeführt, es genügt auch mehrstimmigkeit. Also jetzt werden alle die Leute überstimmt, die vorsichtiger sind. Und damit ist der ganze Sicherheitsbeirat für die Katz und es ist meiner Meinung nach aller höchste Zeit daß in einer größeren Öffentlichkeit an die große Glocke zu hängen. Und dazu kann sehr wohl beitragen eine massenhafte Vermehrung der Klagen. Beifall . . .

Arbeitstreffen

Protokolle der Arbeitsgruppen und Materialien

- WAA Gorleben
- Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften
- Info- und Öffentlichkeitsarbeit
- Widerstandsformen
- Kriminalisierung
- Widerstand in der Umgebung von Standorten
- Naturwissenschaftler, Gutachter, Rechtsanwälte

Wiederaufarbeitungsanlage Gorleben

Freundeskreise der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Nikolaus Piontek, Heinrich-Hertzstr. 21, 2000 Hamburg 76 - Emigranten-Gr. Hamburg

Rainer Sommer, Richard-Wagnerstr. 6—8, 2800 Bremen 1 - Freundeskreis Bremen

Dieter Halbach, Kaiserdamm 6, 1 Berlin 19 - Freundeskreis Berlin

Helmut Burdorf, Weidenhäuserstr. 62B, 355 Marburg - Freundeskreis Rhein-Main

Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6000 Frankfurt/m. - Freundeskreis Rhein-Main

Sonja Schreiner, Keplerstr. 32, 3400 Göttingen - Freundeskreis Göttingen

Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg -

3130 Lüchow

Büro Drawehnerstr. 3

Arbeitsgruppe Gorleben
(Tonbandabschrift, Abschlußplenum 11.6.78)

Ich will versuchen das möglichst kurz zusammenzufassen, was wir besprochen haben. Wir waren zeitweilig 70 Leute. Obwohl kontroverse Ansichten da waren und auch Vertreter von Organisationen, die gegensätzliche Standpunkte haben, ist sehr solidarisch diskutiert worden in der Gruppe.

Wir haben im Wesentlichen besprochen den Aufruf zum Widerstand, den die Bürgerinitiative (BI) Lüchow-Dannenberg und ein großer Teil der Freundeskreise und der Hamburger Emigrantengruppe vorgelegt haben.

Ich beschränke mich also nur auf den wesentlichen Punkt dieses Aufrufs, oder kann ich das sogar ganz weglassen, weil die meisten den schon kennen. (Zustimmung) Dann sage ich nur noch einmal wo dieser Aufruf zu bestellen ist, damit der verbreitet werden kann, wenn das von euch gewollt wird. Das ist in Göttingen und zwar 34 Göttingen, Kepplerstr. 32, Freundeskreis Göttingen, Schreiner ist der Name.

Der Aufruf geht davon aus, daß das Wichtigste ist, die wichtigste Bedingung des Widerstandes ist, den Widerstand im Interesse und im Einklang mit den Leuten am Ort zu entwickeln. Darüber herrschte auch in der Gruppe Einigkeit. Kritik an dem Aufruf wurden 4 Punkte, also fasse ich jetzt mal in 4 Punkten zusammen.

Der wichtigste Punkt, an dem haben wir sehr lange - also fast 2/3 der Zeit - diskutiert, war die Frage, ob Großdemonstration, ob dazu mit aufgerufen werden sollte: ja oder nein. Also in dem Aufruf ist nichts von Großdemonstration gesagt. Die Leute, die für die Großdemonstration gesprochen haben, haben in erster Linie das Argument gebracht: wir brauchen so eine Demonstration um die Stärke der Bewegung zu zeigen, zu demonstrieren. Verhinderungscharakter so wie z.B. Brokdorf oder Grohnde sollte die Demonstration auch nach Meinung dieser Leute nicht mehr haben, sondern eben nur noch reinen Demonstrationscharakter. Dagegen wurde dann gesagt, daß vor allen Dingen eine Demonstration am Ort in Gorleben, eine Großdemonstration von dem Widerstand dort und von den Leuten dort noch und die Betonung liegt auf noch-nicht akzeptiert wird. Und daß also deswegen die Gefahr gesehen wird, daß eine Großdemonstration jetzt die Bewegung wieder spalten könnte, nämlich auch unter dem Aspekt, daß die Landesregierung schon jetzt versucht vorzubereiten die sogenannte Schlacht um Gorleben und daß also die Gefahr besteht, daß so 'ne Demonstration von der Staatsseite zumindest propagandistisch umfunktioniert werden könnte in so 'ne Schlacht um Gorleben. Und daß dann der Widerstand am Ort, der jetzt gerade anfängt sich mit der allgemeinen AKW-Bewegung zu solidarisieren, dann wieder 'n Stück von dieser Bewegung wegkommen könnte. Das ist also das Argument gewesen, warum keine Großdemonstration jetzt zur Zeit.

Einigkeit war aber wiederum dahingehend, daß man das Instrument Großdemonstration auf keinen Fall auf alle Zukunft ausschließen sollte und es wurde angeregt, daß also auch die BI dort und die Leute die den Aufruf verfaßt haben, dieses Mittel Großdemonstration immer weiter diskutieren und weiter auch im Auge behalten. Das war der eine Punkt.

Dann wurde kritisiert an dem Papier, daß dortzu gewaltfreien Aktionen aufgerufen worden ist und also auch der Terminus Gewaltfreiheit verwendet worden ist und daß das die Gefahr der Spaltung auch der Bewegung wieder beinhaltet. Und das ist sicher 'ne Sache, wurde gesagt, die man also ernstzunehmen hat. Sie wurde erklärt aus der Geschichte auch der Entstehung dieses Aufrufes, daß also es schwierig

war überhaupt so viele Leute da zusammenzubekommen und das sicher eine Bedingung auch war, daß so in dieser Form zur Gewaltfrage Stellung genommen wurde. Aber dann wurde auch gesagt, daß das ja auf keinen Fall heißt, daß jetzt die Solidarität zu allen anderen Vorgehensweisen damit abgebrochen wird. Also das ist ein Aufruf, daß heißt aber, daß heißt also, daß man empfiehlt so vorzugehen. Letztendes ist es aber in der Verantwortung jedes einzelnen, jeder Gruppe wie sie den Widerstand organisiert und wie sie vorgehen. Und daß wir also auf keinen Fall dahinkommen dürfen, daß Solidarität für andere Vorgehensweisen versagt wird.

Dann war ein Kritikpunkt, daß der Aufruf so aufgefaßt wurde, als würde er die Mitarbeit anderer ausschließen wollen am Widerstand gegen Gorleben. Das ist also auf jeden Fall ein Mißverständnis und es ist so, daß zur Zeit schon die Verbindungen zwischen Gorleben und anderen Zentren des Widerstandes sehr intensiv sind und daß also auch jeder dort aufgerufen ist mitzuarbeiten, indem er in den Landkreis hineinfährt und versucht mit der Bewegung wie sie sich dort entwickelt hat in Kontakt zu kommen. Es ist keinesfalls so, daß die da ihren eigenen Widerstand da entwickeln wollen.

Der letzte Punkt war, daß in dem Aufruf zu wenig gesagt sei, über unser Interesse, die WAA zu verhindern. Also die Begründung dafür, warum wir die Wiederaufarbeitungsanlage bekämpfen. Dagegen wurde gesagt, daß das eigentlich als bekannt vorausgesetzt wurde, in dem Aufruf, daß also jeder weiß warum er eigentlich die WAA und das ganze Atomprogramm bekämpft. Daß das nicht Sinn eines Aufrufs ist, daß das jetzt nochmal klarzumachen. Hat aber wohl auch gezeigt, dieser Punkt, daß die Informierung über das Problem Wiederaufarbeitung noch nicht optimal ist. Es gibt genügend Material schon dazu, aber anscheinend ist es wohl so, daß die Verbreitung des Materials noch nicht so gut ist. So daß man die Kritikpunkte an dem Aufruf, das wurde verbunden mit Vorschlägen, die also in die Richtung gingen, wie können wir die Verbindung der AKW-Bewegung bundesweit mit der AKW-Bewegung in Lüchow-Dannenberg verbessern und erreichen. Da wurden dann die Vorschläge gemacht, 1. die Freundeskreise zu erweitern, also mehr Freundeskreise zu gründen, dann die Arbeit der Volkshochschule versuchen auch inhaltlich zu unterstützen, die sich dort gebildet hat. Dann den Informationsaustausch auch untereinander zu intensivieren. Es ist also so, daß das jetzt immer über die Gorlebener Gruppe läuft, alle schreiben diese Leute an. Und das ist natürlich organisatorisch unheimlich schwierig, wenn das immer nur über diese Zentrale läuft. Man sollte auch Freundeskreise, die jetzt schon existieren, versuchen mit Informationen anzuzapfen, da ist also im Grunde genommen auch schon 'ne ganze Menge vorhanden.

In dem Zusammenhang kann man auch verweisen auf eine Informationsbroschüre aus Lüneburg, die Zeitungsmeldungen und sonstige Meldungen zusammenfassen über die Wiederaufarbeitung. Die also zur Informierung der Leute sehr gut ist.

Dann die weiteren Intensivierungsvorschläge waren sich an dem Sommercamp und an der Vorbereitung zu beteiligen. Die Vorbereitung läuft schon seit einem halben Jahr, aber am nächsten Wochenende ist z.B. das nächste Vorbereitungstreffen, entweder in Gartow oder in Trebel, das kann man da aber erfahren. Und sich zu beteiligen am Ausbau des Pachtgeländes, das die BI ja auf dem geplanten Gelände der WAA in Besitz hat zur Zeit. Das ist ja 'ne ziemlich einmalige Situation, daß am Anfang wir die Besitzer des Geländes sind und nicht die andere Seite. Also das ist ein Vorteil, den man auch nutzen sollte indem dieses Gelände weiter ausarbeitet.

Ja damit möchte ich Schluß machen.



Aufruf zum Widerstand

Gorleben soll leben - Wir werden uns regen!

Wenn die Argumente und Ängste vieler Bürger gegen den Bau der riesigen Plutoniumfabrik in Gorleben und gegen die tausendjährige Lagerung von Atommüll in den dortigen Salzstöcken vom Tisch gelegt und vollendete Tatsachen geschaffen werden:

Wenn am Atomprogramm festgehalten wird:

Wenn insbesondere die Bürger des Landkreises Luchow-Dannenberg erleben müssen wie sie mit Zuckerbrot und Peitsche behandelt werden.

Dann müssen wir feststellen:

DIE VON MINISTERPRÄSIDENT ALBRECHT UND ANDEREN IMMER WIEDER BESCHWORENE SCHLACHT
UM GORLEBEN HABEN DIE ATOMGEWALTIGEN LANGST BEGONNEN

- So hat die DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) Landwirte durch Enteignungsandrohung und ein befristetes Vorzugsangebot in eine verzweifelte Situation gedrängt. Damit besitzt sie schon einen großen Teil des Landes für die noch nicht genehmigte Anlage und die Möglichkeit, die Bohrungen auf ihrem Gelände festungsartig abzusichern (Elbe-Jeitzer-Zeitung EJZ 26.4.78).
- So werden Gegner des Atomkraftprojektes, die im Landkreis ihren Zweitwohnsitz haben, im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht als Terroristen, die „die Schlacht um Gorleben vorbereiten“ gebrandmarkt (EJZ 22.4.78).
- So werden einheimische Gegner des Projektes von privaten „Verfassungsschutzern“ bespitzelt, die die DWK angeheuert hat. Das geschieht natürlich nur zum Schutz verkaufswilliger Grundstückseigentümer vor Aktionen „radikaler Gruppen“ (EJZ 19.4.78).
- Weiterhin wird in Luchow eine Polizeizentrale neu eingerichtet - angeblich zum „Schutz für Bürger und Bohrer“. Die geplante Zusammenziehung von Bundesgrenzschutzeinheiten wird den Schutz der Bohrer vor den Bürgern praktisch durchsetzen (EJZ 15.4.78).
- Dafür werden von einer geheimen „Arbeitsgruppe Gorleben“ in der Lüneburger Bezirksregierung seit Anfang des Jahres schon umfassende generalstabsmäßige Planspiele veranstaltet (EJZ 30.5.78).

GEWALT, KONTROLLE UND ZWIETRACHT SIND DAS GIFT DES ATOMSTAATES. DAS UNSERE GEMEINSCHAFT BEDROHT - WIR ABER WOLLEN IN FRIEDEN LEBEN

Nun müssen wir befürchten, daß taktische Rücksichtnahmen auf den Bürger wegen der Landtagswahlen in Niedersachsen vorbei sein werden und auch mit den sogenannten Probebohrungen der Bau der Anlage begonnen wird.

Was uns bevorsteht, sagte offen heraus der Vorsitzende der DWK Dr. Salander: „Die Atomanlage in Gorleben wird gebaut, ohne Rücksicht auf den Ausgang der demnächst anlaufenden Probebohrungen. Der Bau der WAA ist unabhängig von der Beschaffenheit der Salzstöcke. Schon heute steht fest, daß schwach- und mittelstarker Radioaktivabfall im vorhandenen Salzstock gelagert werden kann“ (EJZ 26.4.78).

Die Atomindustrie also drängt, und wir müssen sehen, daß sie sich von ihrem Milliardenprojekt nicht durch die Wiederaufforstung und nicht durch die Alternativen, die wir entwickeln, abbringen läßt.

**WIR WOLLEN ZWAR IN FRIEDEN LEBEN - ABER WIR WOLLEN NICHT IN FRIEDEN UNTERGEHEN!
WIR WOLLEN KEINE GEWALT ANWENDEN - ABER WIR WOLLEN DER GEWALT AUCH NICHT FREIWILLIG WEICHEN!**

Deshalb setzen wir hiermit dem Aufruf „Gorleben soll leben“ diesen Aufruf zum gewaltfreien Widerstand zur Seite

WIR ERKLÄREN

Da die besondere Gefährlichkeit der Plutoniumfabrik vor keinen regionalen oder nationalen Grenzen halt macht, und da sie ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Atomstaat ist, erklären wir:

Jeder hat das Recht, seine Betroffenheit ausdrücken zu können, und jeder sollte sich gegen die Anlage wehren!

Dieses Recht führt nur dann zu einer sinnvollen Zusammenarbeit, wenn es die Ortsansässigen nicht übergeht:

denn sie müssen mit dem Widerstand leben, wogegen andere nach Aktionen nach Hause fahren können, und von ihnen hängt deshalb der langfristige Erfolg entscheidend ab.

Um diese Zusammenarbeit zu ermöglichen bilden folgende Grundsätze den gemeinsamen Widerstandsrahmen:

wir müssen unsere Aktionen von klein auf entfalten, sie müssen direkten Verhinderungscharakter annehmen, sie müssen gewaltfrei sein, dezentral und umfassend organisiert werden und dauerhaft aufrechtzuerhalten sein.

WIR RUFEN AUF

Wir rufen auf, bildet schon jetzt überall **Aktionsgruppen**, und setzt euch mit den Freundeskreisen in Verbindung:

- damit eine Zusammenarbeit mit den Bewohnern des Landkreises zustande kommt
- damit der Plutoniumfabrik und dem fortgesetzten Bau am Atomstaat frühzeitig vorbereiteter Widerstand entgegengebracht wird
- um unsere Angst vor dem angedrohten großen Polizeiaufgebot zu überwinden und uns in Aktionsgruppen gegenseitige Sicherheit und Vertrauen zu geben.

Wir rufen diese Gruppen zu **direkten Aktionen** auf:

- unmittelbare persönliche Behinderungen durch Sitzstreiks und bei Blockaden mit Auto und Trecker
- sind entschiedener Ausdruck, daß der Ausbau der Atomenergie nur gegen unseren festen Willen durchgesetzt werden kann.
- Diese Behinderungen lassen sich schon von kleinen Gruppen anfangen und können nie endgültig unterbunden werden. Sie bleiben immer unberechenbar und können immer wieder durch neue und mehr Menschen aufgenommen werden. Je mehr Menschen dies tun, desto schwieriger wird die Durchführung und Rechtfertigung der Anlage.

Wir rufen auf, seid hart und unnachgiebig bei Behinderungsaktionen, und laßt uns fest entschlossen sein, uns von unseren Gegnern **nicht zu Gewalt gegen Menschen hinreißen zu lassen:**

- unsere Stärke besteht darin, in unseren Handlungen unseren Zielen gerecht zu werden und unsere Sehnsucht nach einer Gesellschaft ohne Gewalt nicht zu verraten.

Wir wollen keine Schlacht um Gorleben. Jeder sollte es deutlich sehen können, welche Züge der Atomstaat trägt, damit die Betreiber ihre Schlacht um Gorleben letztlich gegen sich selber schlagen.

Jede gewaltsame Auseinandersetzung laßt sich auf die Mittel des Gegners ein, und er hätte mit uns ein leichtes Spiel. Wir dürfen nicht nach seinen schon vorbereiteten Plänen handeln, denn in ihnen sind Opfer einkalkuliert, die wir nicht verantworten können.

Wir rufen alle dazu auf, nehmt die Signale der direkten Aktionen aus Gorleben in **gleichartigen Parallelaktionen** auf, um an Euren nächstgelegenen Einrichtungen der Atomindustrie (AKWs, Elektrokonzerne, Regierungs- und Verwaltungssitze) unsere Ablehnung des gesamten Atomprogrammes zum Ausdruck zu bringen:

- denn überall dort werden die Voraussetzungen für das Projekt Gorleben täglich produziert, in Form von Atommüll, Fortschreibung von Geldern, Forschung und Entscheidungen.
- denn durch Aktionen an den Heimorten können sich viele Atomgegner beteiligen, und unsere Wirkung nach aussen läßt sich besser bestimmen, als wenn wir nur auf die Massenmedien angewiesen wären.
- denn so begegnen wir einer Konzentration der Polizeigewalt, bei der jeder menschliche Kontakt von vorneherein ausgeschlossen wäre.

Wir rufen die Aktionsgruppen auch dazu auf, beteiligt euch in Absprache mit der Bürgerinitiative Luchow-Dannenberg an den dortigen Aktionen, um sie **dauerhaft zu machen:**

- denn alleine die gesamten Probebohrungen sollen schon zweieinhalb Jahre dauern. Wollen wir erreichen, daß sie nie beendet werden können, müssen wir einen langen Atem haben.

Zweck aller Aktionen ist es, Sand in der Maschinerie des Atomstaates zu werden. Dies ist überall möglich und notwendig! Gorleben beginnt an Arbeitsplätzen, in Haushalten - überall!

Wir wollen beharrlich wie ein Stehaufmännchen sein. Durch wiederaufnehmbare Aktionen und breit angelegte Boykottkampagnen sollte klar werden:

Das Wendland und immer mehr Regionen werden zu Zonen des Ungehorsams und der Verantwortung für unsere Zukunft, in denen das gesundheitsbedrohende und gemeinschaftszerstörende Gift des Atomstaates keine Chance hat.

WAS UNS ENTSORGEN SOLL DAS WERDEN WIR STILLEGEN!

SICHERE ENTSORGUNG DURCH STILLEGUNG DES ATOMPROGRAMMS!

WIR SCHLAGEN VOR

Zur Vorbereitung:

- Dieses Konzept an einem **bundesweiten Aktionstag am 30. JUNI** auszuprobieren und vorzustellen
- Überall Aktionsgruppen zu bilden, die in Kontakt mit dem nächstgelegenen Freundeskreis treten und Aktionen der nächsten Phase vorbereiten.

In der Woche der ersten Baumaßnahmen:

- **direkte gewaltfreie Aktionen** an den jeweiligen Einrichtungen der Atomindustrie in den Heimatregionen
- die bis jetzt gebildeten Freundeskreise der Bürgerinitiative Luchow/Dannenberg beginnen die Unterstützung der direkten Aktionen im Landkreis, und über sie sollen andere Gruppen mit einbezogen werden.

Am ersten Wochenende nach Baubeginn:

- sich breit an den **regionalen Protestdemonstrationen** zu beteiligen, um den Widerstand an einigen Brennpunkten (Schneller Brüter, AKW, Zwischenlager) zusammenzufassen. Eine regionale Demonstration wird für die Bewohner des Landkreises und der Lüneburger Heide organisiert.

Langfristig:

- Zuspitzung der Parallelaktionen mit wachsendem Gewicht z.B. durch Steigerung der Teilnehmerzahlen
- Boykottaktionen: Strompreis, Aluminium, Siemensprodukte, Stromspartag pro Woche/Monat, nationaler Hungerstreik
- Ausweitung einer gut zu organisierenden und abzusprechenden Unterstützung der direkten Aktionen im Landkreis und des Aufbaus weiterer konstruktiver Alternativen

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Es ist höchste Zeit, unsere Verantwortung aufzunehmen und uns für Schritte zu entscheiden, für die es schon bald zu spät sein kann.

Gorleben soll leben - Wir auch

Ich/Wir unterstützen den Aufruf

Ich/Wir wollen uns an den Aktionen beteiligen

Bitte ausstellen an den nächstgelegenen Freundeskreis oder die Bürgerinitiative Luchow Dannenberg
Buro Drawehnstr. 3 schicken

Freundeskreise der Bürgerinitiative Luchow-Dannenberg
Nikolaus Piontek, Heinrich Hertzstr. 21, 2000 Hamburg 76 - Emigranten Gr. Hamburg
Rainer Sommer, Richard Wagnerstr. 6-8, 2800 Bremen 1 - Freundeskreis Bremen
Dieter Halbach, Kaiserdamm 6, 1 Berlin 19 - Freundeskreis Berlin
Heimut Burdorf, Weidenhauserstr. 62B, 355 Marburg - Freundeskreis Rhein Main
Dieter Wesp, Wielandstr. 61, 6000 Frankfurt - Freundeskreis Rhein Main
Sonia Schreiner, Keplerstr. 32, 3400 Göttingen - Freundeskreis Göttingen

photo
national!

Anti-AKW-Bewegung und Gewerkschaften

Protokoll: Lothar Schlickau
An der Strangriede 46
3000 Hannover

Aktionskreis Leben:
Gabriele Behrendt
Arnsburgerstr. 39
6000 Frankfurt/M 60

Kollegen, Gewerkschafter und
Betriebsräte gegen das Atom-
programm
Angelika Götz ,
Bastionstr. 25
5170 Jülich

Rede eines Betriebsrates bei Siemens in Hannover auf der Abschlusßkdgbg. am 10.6.78

AKW-Gegner!
Freunde und Kollegen!

Ich möchte als Arbeiter, Gewerkschafter und als Mitglied des Aktionskreises Leben im DGB einige Worte sagen zu den Schlußfolgerungen, die wir aus den Grohnde-Prozessen ziehen müssen.

Drei Eigentümlichkeiten kennzeichnen die Prozesse als politische Prozesse und die Urteile als Gesinnungs- und Abschreckungsurteile:

1. Die Staatsanwaltschaft hat den größten Wert darauf gelegt, daß die Angeklagten nicht als bloße Teilnehmer einer Demonstration aus deren Mitte sogenannte 'Gewalttaten' verübt werden, sondern daß die Angeklagten wegen bestimmter einzelner Straftaten wie Körperverletzung usw. verurteilt werden. So geschah es denn auch. Dabei fühlte sich das Gericht durch eine erbärmliche Beweislage nicht im geringsten gehindert, wer die Prozesse beobachtet hat weiß, daß hier Beweise 'gewürdigt' wurden, die ein Hohn auf jedes Rechtsempfinden ist. Wer auch nur eine Urteilsverkündung miterlebt hat, den hat das Grauen gepackt vor dieser eiskalten und rücksichtslosen Rechtssprechung.

2. Den Angeklagten wurde von der Staatsanwaltschaft die Bewahrung angeboten, wenn sie zweierlei machen: Sie sollten einmal der Darstellung der Staatsanwaltschaft zustimmen, die Demo sei eine planmäßige und blutrünstige Terroraktion der Demonstranten gewesen, und dann sollten sie sagen: ich will so etwas nie wieder tun. Das war ein klares politisches Manöver!

3. haben die Gerichte durch Aussagebeschränkungen alles verhindert, was Licht in die Planung der Staatsgewalt gebracht hätte. Andernfalls hätte sich nämlich herausgestellt, daß der Polizeieinsatz den Zweck hatte, durch brutale Gewalt die Voraussetzungen für die anschließende Kriminalisierungskampagne zu schaffen. Das war die Antwort auf den politischen Erfolg der Grohnde-Demonstration, die Breschen in den Bauzaun riß.

Wie schon der Polizeiaufmarsch in Brokdorf, Grohnde und Kalkar, die letzten Parteitage von SPD, FDP, manchen die Illusionen in Parteien und Parlamente geraubt haben, so ist jetzt die 3. Gewalt, die Justiz, betroffen. Auch hier werden sich viele erschrecken von ihren Illusionen über Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit trennen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das möglichst breit geschieht. Es ist unsere Aufgabe, die Wahrheit über die Grohnde-Prozesse überall zu verbreiten. Es ist nach wie vor unsere Aufgabe, uns aktiv mit den Verurteilten und mit den weiteren Angeklagten zu solidarisieren. Dazu gehört auch die Selbstanzeigenkampagne, über die in der Arbeitsgruppe im Anschluß an unsere Demonstration informiert und diskutiert wird.

Noch etwas ist wichtig: Mit den Grohnde-Prozessen hat sich die Front der Atomplaner endgültig geschlossen. Die Zeiten sind offenbar vorbei, wo die Gerichte unter dem Druck der Straße den Atompolitikern manches Hindernis in den Weg legten, was ihnen die Schelte von Herrn Albrecht und der Atommafia eingetragen hat. Wir haben die Regierungen, die Parteien, die Parlamente, die Pressemonopole, die bewaffnete Staatsgewalt, die Gewerkschaftsspitzen und die Gerichte gegen uns. Trotzdem haben wir recht mit unseren Argumenten, und die Geschichte wird uns recht geben. Aber unsere Aufgabe besteht nicht darin, Recht zu behalten, sondern unsere Aufgabe besteht darin zu siegen! Und siegen werden wir nur, wenn wir genau verstehen, um was der Kampf geführt wird.

Die geschlossene Front unserer Gegner macht wieder einmal klar, daß es sich bei der Atompolitik nicht um einen bloßen Ausrutscher in einem System handelt, das ansonsten in Ordnung ist.

Unsere besseren Argumente werden sich nicht von selbst durchsetzen. Dies nicht zu sehen, ist der Fehler mancher Freunde, die nach dem Scheitern des Bürgerdialogs mit den Parteien nun darauf hoffen, den Bürgerdialog in den Parlamenten fortzusetzen. Ich kann dem Spitzenkandidaten der GLU - Niedersachsen nicht zustimmen, der im Fernsehen erklärt hat, es komme darauf an, die scharfe Konfrontation zwischen AKW-Befürwortern abzumildern und sich zu diesem Zweck an den Parlamenten zu beteiligen.

Ich bin der Meinung, zwischen uns und der Atommafia gibt es nichts abzumildern, weil wir nichts gemeinsam haben, unsere Sorge muß sein, wie wir die Konfrontation vertiefen und verbreitern.

In der letzten Ausgabe des 'Gewerkschafter', der Monatsschrift für Funktionäre der IG Metall, hat ein führender Vertreter des Atomfilzes, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Kraftwerksunion, K.H. Nolden, die Katze aus dem Sack gelassen. Die Propaganda-Lüge, der Bau und Betrieb von AKWs schaffe Arbeitsplätze, hat ihren Zweck erfüllt, sie wird fallengelassen. Es geht um den Export von Atomtechnologie in Länder wie Brasilien, den Iran, Südafrika. Es besteht kein Zweifel daran, worum es diesen Ländern mit ihrem Überfluß an herkömmlichen Energieträgern bei diesen Geschäften geht: Die Atombombenexplosion Indiens, deren Voraussetzung die Lieferung 'friedlicher' Atomtechnologie ist, war der Anfang. Die Regierungsvertreter unserer Atomkunden und ihre halboffiziellen, weil streng kontrollierte Presse machen kein Hehl daraus, daß es ihnen darum geht, Atombombenfabriken in ihren Besitz zu bringen. Dies ist auch unseren Atomplanern nicht verborgen. Sie wissen sehr genau, was sie tun. Denn diese Länder haben für das westdeutsche Kapital eine besondere Bedeutung.

- Diese Länder werden von brutalen Terrorregimen beherrscht, die vor allem gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind; freie Gewerkschaften gibt es nicht! Deshalb sind diese Länder Billiglohnländer, in die bevorzugt westdeutsches Kapital exportiert wird. Kapitalexpert heißt Vernichtung von Arbeitsplätzen hier, ohne daß dadurch das Elend in den Ländern, in die dieses Kapital fließt, gemildert würde. Im Gegenteil: die sozialen Gegensätze vergrößern sich und die Unterdrückung verschärft sich.

- Die Regime dieser Länder beanspruchen in ihrer Wirtschaftsregion die Vormacht, Brasilien in Südamerika, der Iran im Mittleren Orient, Südafrika im südlichen Afrika. Sie sind deshalb Sprungbretter und Vorposten für die westdeutschen Unternehmer zur Eroberung der regionalen Märkte. Sie werden zu diesem Zweck politisch und militärisch gestärkt - nicht zuletzt durch die Lieferung von Atombombenfabriken.

Wir Gewerkschafter im Aktionskreis Leben gehen deshalb davon aus, daß die Atompolitik in einer Reihe mit der imperialistischen Großmachtpolitik Deutschlands vor dem ersten und zweiten Weltkrieg steht. Heute wie damals geht es dem Kapital darum, eine weltweit heraufziehende Wirtschaftskrise mit Mitteln des Wirtschaftskampfes und letztlich des Krieges zu lösen. Die Atompolitik ist nichts anderes als der verzweifelte Versuch, eine menschenfeindliche und durch und durch kaputte Ordnung zu retten. Und wir, die kleinen Leute, sollen die Zeche zahlen. Dieser Kampf wird an vielen Fronten geführt, nicht nur im Widerstand gegen die Atompolitik. Um die gleiche Frage geht es bei der Arbeitslosigkeit, bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, bei den Renten und der Krankenversicherung bei der Bildung und Ausbildung. Und begleitet wird alles von Einschränkungen unserer politischen Freiheiten. Ich meine, es ist unsere Aufgabe, als AKW-Gegner an allen diesen Fronten den Kampf aufzunehmen, nur dann werden wir die Konfrontation mit der Atom-Mafia so vertiefen und verbreitern, daß wir siegen können.

Denn die Atom-Mafia und die Entlassungs-Mafia, die Lehrstellen-Mafia und die Renten-Mafia, das ist alles ein und derselbe Verein. Ihnen gilt unser Widerstand!

Dieter Götze

Gewerkschaften und Anti-AKW-Bewegung

-1-

Protokoll

Arbeitsgruppe Gewerkschaften und Anti-AKW-Bewegung

An der Arbeitsgruppe bestand ein großes Interesse. Am ersten bzw. zweiten Tag der Arbeitskonferenz waren 40 bzw. 25 Kollegen und Beteiligte aus 25 Städten anwesend. Am Sonnabend wurden im wesentlichen Erfahrungsberichte aus den einzelnen Städten und Initiativen gegeben:

Aktionskreis Leben (hier waren Vertreter aus Frankfurt, Hannover, Hamburg, Düsseldorf, Bielefeld anwesend)

AKL-Frankfurt berichtete, dass sie zum 1. Mai einen Stand gemacht haben und Unterschriften gesammelt für die Zurücknahme der Novemberbeschlüsse des DGB-Hauptvorstandes. Weiterhin hatten sie eine erste große öffentliche Veranstaltung gemacht an der sich 300 Leute (90% Gewerkschafter) beteiligt hatten. Außerdem hatten Selbstverständnissebatten stattgefunden, wobei herausgearbeitet wurde, dass AKL nicht nur AKW-Fragen aufwerfen darf, sondern sich auch um andere Angelegenheiten kümmern muß, will er sich nicht unter den Kollegen isolieren, so z.B. sei es notwendig als AKL aktiv den Druck-Streik zu unterstützen.

AKL-Hannover berichtete, dass zum 1. Mai ein Flugblatt verteilt wurde in dem die Gewerkschaftsführung hinsichtlich ihrer Befürwortung des Atomenergieprogramms angegriffen wird und auf den Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen das Atomenergieprogramm und dem Kampf um demokratische Rechte hingewiesen wird, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Außerdem wurde eine Unterschriftenliste durchgeführt für die Forderung nach einer Veranstaltung im DGB-Haus zur Frage "Sicherheit Atomenergie Arbeitsplätze", wo bisher 300 Unterschriften gesammelt wurden. Auch hier wurde darauf hingewiesen, dass solche Fragen wie Tariffrage oder 35 St. Woche bei vollem Lohnausgleich vom AKL aufgegriffen werden müssen.

AKL-Hamburg berichtet, dass ebenfalls Aktivitäten am 1. Mai durchgeführt wurden, sowie eine Veranstaltung, die gut besucht war, zum DGB-Bundeskongress. Schwerpunkt bisher in der Gewerkschaft HBV/OTV. Schwierigkeit der Verbindung zu Industriegewerkschaften. Weiterhin vertrat der AKL-Hamburg die Auffassung, dass der AKL nicht zu einer "linken" Gewerkschaftsopposition werden dürfe, dies würde schädlich sein. Man müsse sich auf die unmittelbaren AKL-Forderungen beschränken. Ziel der AKL dürfe nicht sein, durch Opposition zur Gewerkschaftsführung aus der Gewerkschaft zu fliegen. Die anderen AKL-Gruppen berichteten nicht. An den Hamburgern wurde Kritik geübt, da man als Anti-AKW-Gegner auf jeden Fall oppositionell zur Gewerkschaftsführung steht und dies auch praktisch zum Ausdruck bringen muß, z.B. auch indem man gegen Gewerkschaftsausschlüsse Stellung bezieht.

Gewerkschafterinitiative NRW (hier waren Vertreter aus Jülich, Köln, Duisburg anwesend)

Für die Initiative berichtete Angelika Götz (Betriebsrätin bei der Kernforschungsanstalt Jülich) Die Initiative hat am 1. Mai Aktivitäten in verschiedenen Städten durchgeführt. Weiterhin konnte in der OTV-Jülich eine Diskussionsveranstaltung zu AKWs durchgesetzt werden. Auf der Vertikalenleuterkörpersitzung der Mannesmann-Werke Duisburg wurde der Film über die WAA La Hague gezeigt. Der VLK will eine große Diskussionsveranstaltung durchführen. Weiter berichtete sie, dass in der Kernforschungsanstalt unter den Kollegen kritische Stimmen laut wurden, und vor der Klakar-Demo das erste Mal Anti-AKW-Kleber in der Anstalt klebten, was zu einer sehr lebhaften Diskussion auf einer Betriebsversammlung führte. Sie stellte dann noch die Plattform der Initiative vor, die am zweiten Tag diskutiert wurde.

-2-

Aus Duisburg wurde noch berichtet, dass auf der Mai-Demonstration von den Mannesmann-Kollegen Anti-AKW-Transparente mitgeführt wurde und auch ein Transparent mit der Aufschrift "Arbeiter und Bürgerinitiativen gemeinsam".

Der weitere Erfahrungsaustausch ergab, dass der größte Teil der Anwesenden bisher noch keine konkrete Praxis gemacht hatte und im wesentlichen sich informieren wollte über Möglichkeiten und Ansätze. An konkreten Berichten gab es dann noch einen Bericht einer Kollegin der IG Chemie aus Hamburg (Betriebsrätin bei Beiersdorf), dass es in Hamburg eine IG-Chemie Kollegengruppe gibt, die schon vor einem Jahr eine Broschüre herausgegeben hat, in der sie Stellung nimmt gegen das Atomenergieprogramm. Diese Kollegengruppe arbeitet zusammen mit der BUU-Hamburg. Bei Beiersdorf ist es gelungen einen Arbeitskreis gegen AKWs zu gründen, der auch von der Gewerkschaftsleitung anerkannt werden mußte.

Außerdem berichtete ein Kollege über den Gewerkschaftskreis in der BBA (Bremen). Hier ist ein Flugblatt und Aktionen zum AKW Esensnam gemacht worden. Der Kollege berichtete weiter, dass positive Ansätze einer gemeinsamen Arbeit von Gewerkschaften und BIs gibt aber auch Widersprüche. So habe eine Stadtteilgruppe gemeint, man könne nicht Forderungen wie für die 35 St. Woche aufstellen. Weiterhin wurde Diskussionen mit dem AKL-Bremen über Gemeinsamkeiten und auch Differenzen geführt (z.B. zur Forderung des AKL nach Recht auf Arbeit).

Ein Kollege aus Osnabrück berichtet dann noch, dass er einen Artikel zum Energieprogramm an die Metall-Zeitung und die KVZ geschickt hatte. Er sei daraufhin aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Dies hatte zu einer sehr lebhaften Diskussion auf einer Betriebsversammlung bei Klöckner geführt.

In der Diskussion wurden dann noch Fragen aufgeworfen, wie das Verhältnis von Gewerkschaftsführung und Mitglieder zu dieser Frage sei, weiter so es Widersprüche bzw. Zusammenarbeit verschiedener Initiativen an den einzelnen Orten gibt.

Zum Schluß wurde festgehalten, dass am zweiten Tag inhaltliche Fragen zur Grundlage der Arbeit in den Gewerkschaften diskutiert werden sollten anhand der Plattform der Gewerkschafterinitiative NRW und dem Aufruf des AKL.

Zweiter Tag

Am Anfang wurden folgende Fragestellungen gestellt an denen diskutiert werden sollte:

1. Was sind gemeinsame Auffassungen der Gewerkschafter die unbedingt gefordert werden müssen
Wo sind unterschiedliche Auffassungen zu den komplexen Rationalisierung/Arbeitsplatzsicherung/Mitbestimmung/Fortschrittsfeindlichkeit/Exp. ortsgeschaft
2. Wie kämpft man jetzt in den Gewerkschaften und wie muß die Verbindung zwischen Gewerkschaften und BIs aussehen.

Bei der Diskussion zu diesen Punkten kam es zu einer sehr lebhaften aber teilweise auch sehr konvergen Diskusion. Nachfolgend werden die wesentlichen Positionen dargestellt, die die unterschiedlich liebten wie die, an denen eine Einigung erreicht werden konnte.

Für die Gewerkschafterinitiative stellte Angelika Götz kurz die Entstehung und Grundsatzthesen vor: Initiative hat sich gebildet nach dem Dortmund-Kundgebung. Einerseits war zu diesem Zeitpunkt resignation vorhanden (alle gegen uns) andererseits aber auch Optimismus (jetzt müssen wir erst recht was unternehmen) Der Kreis (ca. 20 Kollegen) hat bei der Grundlagen diskussion sich zuerst

ausführlich mit der Einschätzung der Gewerkschaftsführung beschäftigt. Charakterisiert wurde die Gewerkschaftsführung als diejenigen, die aus ihrem eigenen Interesse heraus das Atomenergieprogramm befürworten bzw. mit vorantreiben, wie Vetter, Loderer etc. Angelika stellte dann noch das Programm vor (hierauf wird nicht extra eingegangen, dies kann man bei Angelika Götz, Bastionstr. 25, 5170 Jülich bestellen). Sie führte dann noch aus, daß es in der Initiative eine Auseinandersetzung darüber gegeben hat, ob man die DKP direkt als Gegner benennt oder nur die Positionen kritisiert, die von dort vertreten werden. Das letztere wurde dann akzeptiert. Weiterhin wurde klargemacht, daß es keine Trennung zwischen Arbeitern und Bf's geben darf. Als Gemeinsamkeit, auch mit dem AKL, sei der kompromisslose Kampf für die Forderung für die sofortige Einstellung des Atomenergieprogramms und entsprechender Zusatzforderungen. Auch wurde betont, daß eine Zusammenarbeit der Initiative mit dem AKL angestrebt wird. Trotzdem besteht Kritik am AKL und zwar einmal dazu, daß der AKL in seinem Gründungsauftritt vertritt, daß die Gewerkschaftsführung zu ihrer Befürwortung gezwungen worden ist. Dies sei falsch, da man eindeutig davon ausgehen muß, daß die Gewerkschaftsführung eigenständige Interessen damit verbindet. Zum anderen wurde die Forderung "Ausbau von Alternativen Energien unter Kontrolle der Gewerkschaften" kritisiert, da sie darüber hinausläuft, die Bewegung doch wieder an die Gewerkschaftsführung zu binden.

Der Kollege aus Osnabrück übte Kritik an der NRW-Plattform: Warum sind wir gegen das Energieprogramm. Wird nicht herausgearbeitet, welchen Zweck das Energieprogramm hat. Man muß herausarbeiten, wozu sind die Expansionsbestrebungen, sonst kriegt man keinen Zusammenschluß. Außerdem muß man gegen das gesamte Energieprogramm sein. Ist man dafür daß Sonnenenergieanlagen exportiert werden. Auch dafür kann man nicht sein, weil dies auch der Ausbeutung und dem Profit dient.

Ein Mitglied des AKL-Hannover: Eigentliche Differenz ist die Frage des Exportgeschäfts. Es gibt keinen IGM-Funktionär mehr, der behauptet, AKWs schaffen Arbeitsplätze. Sie legen ihr Hauptgewicht auf die Exportbegrenzung. Darauf wird in dem NRW-Papier nicht eingegangen.

AKL-Frankfurt unterstütze diese Position. Gewerkschaftsbewegung schon immer gegen Waffenexporte gewesen, deshalb auch der AKL. Will liefern nicht an die Bourgeoisien anderer Länder, deshalb für Exportstopp. Wenn, sind wir für Unterstützung der Arbeiter (auch mit Waffen). Weiterhin führte er aus, daß der AKL-Frankfurt die Forderung "unter Kontrolle der Gewerkschaften gestrichen hatte". Stimmt auch damit überein, daß Gewerkschaftsführung eigenständiges Interesse am Atomenergieprogramm hat. Im Herbst einer Kongress der AKL-Initiativen, dort soll auch eine Änderung des Gründungsauftrages diskutiert werden. Dann noch, warum hat sich NRW-Initiative eigenständig gegründet und nicht als AKL?

Dann ging Werner Heuter (KPD) darauf ein wie die Verbindung zwischen den Gewerkschaftsgruppen und den Bf's zu verbessern ist. Hier ist eine globale Beteiligung von beiden Seiten nötig. Die Gewerkschaftsgruppen müssen sehen daß sie sich nicht neben der Anti-AKW-Bewegung entwickeln, sondern zusammen mit ihr, als Bestandteil. Die Bf's müssen sich anders um die Frage stellen, wie eine globale Beteiligung von Arbeitern in ihrer Arbeit erreicht werden kann. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung sehr wichtig. Auf dem DGB-Kongress im Mai haben Loderer und KNU-Betriebsräte breites Argumentationsspektrum angeführt: a) AKWs sichern 200 000 Arbeitsplätze, b) Atomenergie verbessert die Lebensbedingungen, c) AKWs wirtschaftlich, d) hoher Sicherheitsstandard vorhanden. Diese Argumente muß man sich gut ansehen.

Auf viele Arbeiter wirken diese Fragen noch stark ein. Weiterhin vertritt er die Auffassung, daß der Stand der Forschung heute so ist, daß weltweit keine Beherrschung der Atomenergie stattfindet. Dies schließt aber nicht aus, daß es nicht in der Zukunft möglich ist. Zur Frage des Exportgeschäfts führte er aus, daß der Meinung ist, daß z.B. das Energieprogramm in Brasilien nur zu Foll gebracht werden kann, wenn das brasilianische Volk dagegen kämpft. Wenn dort eine Bewegung existiert, müssen wir sie unterstützen und andere Erfahrungen zur Verfügung stellen. Wenn man einseitig für Exportstopp eintritt, läuft dies derzeit nur dazu, daß dann die USA die AKWs dort bauen, was noch eine wesentliche globale Abhängigkeit bringen würde. Gerade der Nuklear-Club, dem die Atomkräfte angehören, stellt diese Forderung nach dem Verbot jedes Exports, der nicht unter seiner Kontrolle stattfindet. Dagegen hat die Blockieren-Bewegung die Forderung gestellt, daß die nukleare Grundlagenforschung nicht das Monopol der Atomkräfte bleiben darf.

Zu diesen Auffassungen gab es erheblichen Widerspruch, aber auch positive Unterstützung, ein Teil der Anwesenden nahm keine Stellung dazu weil sie das noch nicht diskutiert hatten. Die Kollegin der IG-Chemie-Gruppe Hamburg (BUU) erklärte, daß die KPD versucht, durch das Aufwerfen solcher Fragen wie Fortschrittsfeindlichkeit und Exportstopp diese Auseinandersetzung den kompromisslosen AKW-Gegnern aufzuzwingen und ihre Linie durchzusetzen, die wirklichen AKW-Gegner auszuhebeln. Sie vertritt die Auffassung, daß diese beiden Punkte keine Fragen mehr in der Anti-AKW-Bewegung seien. Außerdem führte sie aus, daß (zur Frage der Fortschrittsfeindlichkeit) technischer Fortschritt nicht immer auch gut für die Menschheit sein muß. Man kann auch gegen technischen Fortschritt sein.

Hiergegen vertrieben andere (z.B. ein Kollege vom AKL-Hannover, der Kollege von der BBA (Bremen), daß zum einen es falsch ist, davon zu sprechen, daß diese keine Fragen der Bewegung mehr seien, da hiermit jede Auseinandersetzung und auch Weiterentwicklung der Anti-AKW-Bewegung verhindert werde und zum anderen, daß aus den Erfahrungen der Arbeit unter den Kollegen gerade auch die Frage des technischen Fortschritts bzw. die Frage nach der Beherrschung technischer Probleme sehr groß ist. Man könne auf keinen Fall für das Verbot irgendeiner Grundlagenforschung (auch der Nuklear-) sein, wurde weiterhin von einem Kölner Kollegen vertreten.

Anderer Kollege, wie vom AKL-Frankfurt bekräftigten noch einmal ihren Standpunkt (s. Seite 5) Angelika Götz ging aus ihren Erfahrungen noch einmal auf die Forschungsfrage ein und erklärte, man könne nicht einfach sagen, daß bei Kernenergie keine Entwicklung möglich ist, so habe es bei der Forschung der Isotopen schon größere Entwicklungen gegeben (z.B. für den medizinischen Bereich). Auch sie sei, wie die NRW-Initiative insgesamt, nicht für eine allgemeine Forderung nach Exportstopp, deshalb sei dies auch nicht in die Plattform aufgenommen worden. Hier müsse es eine wirkliche Auseinandersetzung stattfinden.

Die Auseinandersetzung über diese Fragen wurde dann beendet, wobei klar war, daß die kontroversen Positionen bestehen blieben, aber auch mehrheitlich vertreten wurde, daß dies Fragen in der Bewegung sind und deshalb auch eine weitere Diskussion hierüber im Interesse der Anti-AKW-Bewegung ist, gerade auch innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe.

Zum Schluß wurde noch einmal die positiven Aspekte des Teilens und die mehrheitlich gemeinsamen Auffassungen herausgearbeitet. So wurde noch einmal verdeutlicht, daß alle an dem Treffen beteiligten konsequente AKW-Gegner sind, auch wenn in verschiedenen Fragen Differenzen bestehen.

Zum weiteren wurde die Form des Arbeitstreffens als Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur qualitativen Auseinandersetzung begutachtet. Desweiteren war mehrheitlich die Auffassung vorhanden, daß es positiv sei, wenn eine Art Infosystem eingerichtet wird, das bundesweit als

Informationsträger für die BIs wie für die Gewerkschaftsinitiativen dient. Dies soll nicht als Konkurrenz zu bestehenden Infos einzelnen Gruppen (z.B. das AKL-Info) gedacht sein. AKL-Frankfurt übernimmt zudem noch, dafür zu sorgen, daß die NKW-Plattform im AKL-Info abgedruckt wird, um eine Auseinandersetzung zu verbessern.

Außerdem bestand insgesamt nach der Diskussion eine doch weitgehende Einheit darüber, daß die Gewerkschaftsführung nicht zur Stellungnahme für das Atomenergieprogramm gedrängt wurde, sondern sie ein unmittelbares eigenständiges Interesse daran hat (Atomfritz). Weiterhin wurde diejenige Meinung mehrheitlich abgelehnt, die aussagte, daß man gegen das gesamte Energieprogramm eintreten muß (also auch gegen Forschung und Bau von Alternativen Energieträgern) und praktisch beinhaltet, daß Voraussetzung für den Kampf gegen das Atomenergieprogramm die Voraussetzung der Anerkennung des Kampfes für den Sozialismus sei. Dies wurde als sektiererische und der Bewegung abträgliche Position gekennzeichnet. Auch die sehr wichtige Frage der Verbindung zwischen Gewerkschaften und BIs wurde positiv in dem Sinne diskutiert, daß auf eine möglichst enge Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch orientiert werden muß, um eine Auseinanderentwicklung zu vermeiden.

Ein Punkt, der auf diesem Treffen noch etwas zu kurz gekommen ist, war die Frage der Schwierigkeiten bei der Arbeit in Gewerkschaft und Betrieb anhand praktischer Erfahrungen.

Insgesamt gesehen war dieses Arbeitstreffen aber von allen Anwesenden als positiv empfunden worden.

Kontaktadressen des Aktionskreises Leben:

Köln: c/o Hans Müller
Mathiaskirchplatz
5 Köln 51

Bremen: E. Heiß
Emmaberg 7
2820 Bremen 77

Stuttgart: Rainer Heimsch
Gutenbergstr. 41
7 Stuttgart

Raum Darmstadt: DGB Ortskartell
Schäfergasse 15
6057 Dietzenbach

Hannover: Helmut Hanke
Glünderstr. 3a
3 Hannover

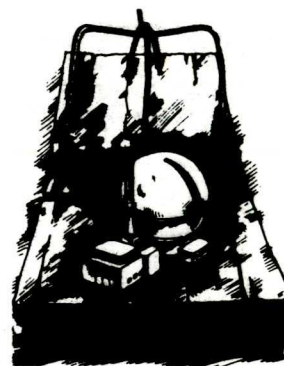
AKTIONSKREIS LEBEN

NR.3

Anzeiger!

INHALT

- S. 3 H. Brandt: Volk ohne Energie?
- S. 4 Energiepolitische Tagung der IG Metall
- S. 5 Nachrichten
- S. 6 Aus der Gewerkschaftspresse
- S. 9 Sichern Atomkraftwerke Arbeitsplätze?
- S.18 BR-Honeywell contra BR-KWU
- S.23 Gewerkschafter gegen AKW in Österreich
- S.29 Material aus dem AKL



IMPRESSUM

Gabriele Behrendt, Amnburgerstr. 39. 6000 Frankfurt. 60

Auflage: 4000

Spendenkonto: Gabriele Behrendt, Bank für Gemeinwirtschaft, 6 Frankfurt/M.
Stichwort „Aktionskreis Leben“ Ktozw.: 26 12 592 600

6.5.78

DER „ATOMFILZ“ und seine FREUNDE

Glaubt man den Erklärungen des DGB-Vorstands und des „Aktionskreis Energie“, so scheint nur die „tiefe Sorge um die Sicherung der Arbeitsplätze“ sie von der Notwendigkeit des forcierten Baus von Atomkraftwerken überzeugt zu haben. Der ständige Hinweis auf die „Sicherung der Arbeitsplätze“ entpuppt sich jedoch als vordergründige Demagogie, wenn man sich ihre alltägliche Praxis einmal näher anschaut.

Das nachfolgende Dokument belegt, auf welche Weise einige Betriebsräte in der westdeutschen Atomindustrie das Problem der Massenarbeitslosigkeit bewältigen wollen: indem sie die Bürgerinitiativen als Hort des Terrorismus und des Bürgerkriegs diffamieren. Während der DGB-Vorsitzende Vetter vor einigen Monaten das Kind noch beim Namen nannte und sagte, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sei ein Indiz dafür, daß das System der sozialen Marktwirtschaft überholt sei, stellen diese Betriebsräte den wahren Sachverhalt auf den Kopf: „kleine und kleinste Minderheiten“ sollen schuld daran sein, daß eine angeblich intakte soziale Marktwirtschaft nicht mehr funktioniert.

Das Argument, nur die Verbesserung der Gewinnposition der Unternehmer könne die Massenarbeitslosigkeit überwinden helfen, hat Methode. Bereits vor einiger Zeit forderten einige Betriebsräte aus der Waffenindustrie, „es solle das Waffenexportverbot in Spannungsbereichen gelockert werden, weil man durch vermehrten Waffenverkauf Arbeitsplätze erhalten könne.“ Und zur gleichen Zeit wie die Dortmunder Kundgebung des Atomfilz für Atomkraftwerke protestierte die Gewerkschaft Nahrungs- und Genussmittel gegen die „ständigen Kampagnen zur Einschränkung des Tabak- und Alkoholmißbrauchs“. „Man solle zwar nicht unnötig rauchen und trinken, aber ... davon hingen schließlich die Arbeitsplätze ab.“ Die Gewinninteressen der Unternehmer können nicht unsere Interessen sein. Es wird an der Zeit, daß wir eine andere Antwort auf die Frage der Massenarbeitslosigkeit geben!

Kraftwerk Union
AKTIENGESELLSCHAFT
Betriebsrat



8520 ERLANGEN
POSTFACH: 3220
HAMMERBACHERSTR. 12 + 14
TELEFON: (09131) 18-1
TELEX: 629866
TELEGRAMM:
KRAFTWERKUNION ERLANGEN

Betriebsrat

8500 Nürnberg 2

IHRE ZEICHEN/IHRE NACHRICHT VOM

UNSERE ZEICHEN

KWU E/BR/N

NAME

Treu

TELEFON

3501

DATUM

28.10.77

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die öffentliche Energiediskussion nimmt immer größere Dimensionen an. Ihre Auswirkungen drohen, die Stromversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

Wir sind uns im Betriebsrat der Kraftwerk Union AG am Standort Erlangen der Auswirkungen eines weiter andauernden Baustops für Kohle- und Kernkraftwerke bewußt. Insbesondere sehen wir die Folgen für die Arbeitsplätze bei Euch in der Zulieferindustrie und bei uns im Kraftwerkbau.

Aus diesem Grund unterstützen wir eine Bürgerinitiative, die sich bei uns in Erlangen gebildet und die sich die Sicherstellung der Energieversorgung zum Ziel gesetzt hat. Sie ist überparteilich und finanziert sich nur durch Spenden und freiwillige Mitgliedsbeiträge, eine Pflicht zum Zahlen von Beiträgen besteht nicht.

Wir senden Euch hiermit etwa 50 Unterschriftenblätter der Bürgerinitiative RE und bitten Euch, sie in Eurem Betrieb zur Unterschrift und Solidaritätserklärung umlaufen zu lassen.

Für eine baldige Rückgabe der unterschriebenen Listen an unsere Adresse sind wir Euch dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Treu, BR-Vorsitzender

Anlage

Nicolait, Betriebsausschuß

pressemitteilung (Auszüge)

besorgt über die ausuferung der energiediskussion trafen sich jetzt bürger aus nürnberg, frankfurt, erlangen, wuppertal und anderen orten in buckenhof bei nürnberg. universitätsprofessoren und arbeiter, selbständige und kaufleute, hausfrauen, studenten und angestellte vertraten die meinung, daß kleine und kleinste minderheiten unsere demokratie und die soziale marktwirtschaft mit bürgerkriegsähnlichen methoden und geistigem terror zu demontieren versuchen. jedes echte anliegen der bürger, wie umweltschutz, naturschutz und bessere lebensqualität, wird dafür mißbraucht. die an der versammlung beteiligten bürgerinnen und bürger haben beschlossen, aktiv ihr recht zu vertreten. ihre forderungen sind u.a.

- recht auf demokratie
- recht auf soziale sicherheit, die von kleinen minderheiten zum zweck der systemveränderung selbst an der basis unserer demokratischen parteien angegriffen wird
- recht auf energie und sichere stromversorgung.

die versammlungsteilnehmer vereinbarten deshalb weiter, es nicht nur bei einem aufruf zu belassen, sondern sich zusammenzuschließen und unter dem namen

„recht auf energie“

|(vereinigung zur förderung der sozialen marktwirtschaft e.v.)|

(...)

KOLLEGEN, GEWERKSCHAFTER UND BETRIEBSRÄTE GEGEN DAS ATOMENERGIEPROGRAMM

Wir, Kollegen, Gewerkschafter und Betriebsräte protestieren gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, die ohne daß ein Diskussionsprozess über das Atomenergieprogramm (AEP) innerhalb der Gewerkschaft geführt worden ist, die Gewerkschaftsmitglieder auf die Befürwortung des AEP festlegt.

Wenn wir von Gewerkschaftsführung sprechen, so meinen wir damit:

Den DGB-Bundesvorstand und die Landesverbände, repräsentiert durch die Sprecher der DGB-Großveranstaltung am 10.11.77 im Dortmunder Westfalenstadion : Vetter (DGB), Pfeiffer (DGB), Sperner (IG Bau-Steine-Erden), Schmidt (IGBE), Hauenschild (IG ChPK), Loderer (IGM) und Kluncker (ÖTV), sowie die Gewerkschaftsgremien und -funktionäre, die die Gewerkschaftsmitglieder auf die DGB-Entscheidung zum Bau von Kraftwerken vom 8.11.77 verpflichten wollen.

So wurde die DGB-Großveranstaltung in Dortmund mit Mitteln der Unternehmer in Form von kostenlosem Transport, Tagegeld, Essenspakete und mit Drohungen initiiert, und war für die SPD gleichzeitig eine gute Vorbereitung auf ihren bevorstehenden Parteitag. So wurden die Teilnehmer des Parteitages auf die Abstimmung über das Atomenergieprogramm vorbereitet, indem ihnen durch diese Kundgebung ein "positiver Volkswille" vorgespielt wurde.

Gegen diese Methoden der Gew.-Führung, die Gewerkschafter ungefragt auf pro-AKW-Positionen einzuschwören, wenden wir uns.

Wir treten ein für eine offene und breite Diskussion über das AEP der Bundesregierung in den Betrieben und Gewerkschaften. Mit dieser Plattform wollen wir einen Beitrag zur Information und Diskussion leisten und dem Argument "Kernenergie = sichere Arbeitsplätze" entgegentreten.

Ausspruch von Loderer auf der DGB-Großkundgebung:

"Die Bürgerinitiativen nehmen für sich in Anspruch, die Interessen der Bürger zu vertreten, aber es hört da auf, wenn sie Arbeitsplätze und materiellen Lebensstandard gefährden".

Damit wird der Versuch gemacht, die AKW-Gegner für kommende Rationalisierung und Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen und die Bevölkerung in AKW-Befürworter und -Gegner zu spalten.

Aber dies ist nicht der erste Versuch, die Kollegen und Gewerkschafter gegen den berechtigten Widerstand der Bürgerinitiativen in Front zu bringen:

So wurden eine Reihe von Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, sowie Veranstaltungen, wie der Betriebsrätekongress zur Energiepolitik am 12.10.77 in Dortmund, für den Bau von AKWs durchgeführt. Hauptdrahtzieher war dabei der "Aktionskreis Energie" ein Zusammenschluß von Betriebsräten und Gewerkschaftsgremien von Energiebetrieben, der hier als Lobby der Atomindustrie in den Betrieben arbeitet - ein klarer Verrat an den Interessen der Kollegen!

Hervorzuheben ist die Demonstration für den "Schnellen Brüter" am 29.9.77 in Bonn, organisiert vom Betriebsrat der Firma "interatom", als Gegendemonstration zur zigtausendfachen Manifestation gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar am 24.9.77. Zu dieser Demonstration, die gegen den umweltzerstörenden Schnellen Brüter gerichtet war, rief der DGB seine Mitglieder auf, "sich nicht an dem Massenprotest zu beteiligen".

Das sind nur einige Beispiele aus jüngster Zeit für Versuche der Gew.-Führung, die Kollegen in den Betrieben für die Interessen der Atomindustrie und ihrer Lobby demonstrieren zu lassen. Dabei benutzt sie u.a. die Parole: "Für Kohle und Kernenergie" und stellt damit Kohle und Kernenergie als etwas gleichwertiges dar, das unzertrennbar miteinander verbunden ist. Damit soll die Meinung verankert werden, man könne nur für beides oder gegen beides sein.

Auf der DGB-Großveranstaltung in Dortmund propagierte der Bundesvorstand auch seine Entscheidung vom 8.11.77

"In dieser Situation kann es nicht im Interesse der Arbeitnehmer sein, einen längerfristigen generellen Baustopp

für Kernkraftwerke aufrechtzuerhalten. Der DGB-Bundesvorstand ist deshalb der Meinung, daß die Baugenehmigungen für neue, jetzt in der Planung befindliche Kernkraftwerke ebenso zu berücksichtigen sind wie die Beschäftigungssituation und die Erhaltung des technologischen Standards der kerntechnischen Industrie. Die deutschen Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Sicherheit der unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und der Schutz der Bevölkerung beim Reaktorbau und Reaktorbetrieb sowie bei der Entsorgung gewährleistet werden".

Davon gehen wir nicht aus, denn wir sind aufgrund wissenschaftlicher Information und ernsthafter Überzeugung, aus im folgenden nur angedeuteten Fakten gegen das AEP.

Warum wir gegen das Atomenergieprogramm sind

— Auch im Normalbetrieb geben AKWs Radioaktivität an die Umwelt ab. Diese Radioaktivität von Abluft und Abwässern reichert sich über die Nahrungskette Algen, Muscheln und Fisch sowie Gräser und Weidentiere an. Folgen sind Erbschäden, Krebs, erhöhte Kindersterblichkeit.

Dabei gibt es auch keine untere Grenze unter der die Radioaktivität unschädlich ist. Erinnern wir uns an das Beispiel Quecksilber: vor 20 Jahren behauptete "die Wissenschaft", daß es eine untere Grenze für die Abgabe von Quecksilber gäbe, unterhalb dieses Grenzwertes wäre es, abgegeben ins offene Meer, nicht schädlich. Was ist passiert? In Japan starben in den letzten Jahren qualvoll viele Menschen an Quecksilbervergiftungen oder trugen bleibende Schäden davon, nachdem sie Thunfisch verzehrt hatten, in dem sich Quecksilber über die Nahrungskette angereichert hatte.

So beweist z.B. der US-Professor für Strahlenkunde, E.J. Sternglass in dem Buch "Radioaktive Niedrigstrahlung" anhand statistischem Material, daß es keine ungefährliche untere Strahlungsgrenze bei Radioaktivität gibt.

— Stör- und Katastrophenfälle, deren Folgen radioaktiv verseuchte Landstriche und Tausende von Toten wären, können nicht ausgeschlossen werden.

— Flugzeugabsturz oder Bombenabwurf auf AKW oder stillgelegte AKW hätten dieselben katastrophalen Folgen.

— Das Atommüllproblem stellt für uns ein extremes Sicherheitsrisiko für tausende von Jahren dar.

— Plutonium, das gefährlichste Gift, das wir kennen und von dem 1 millionstel Gramm Lungenkrebs erzeugt, wird tonnenweise in den Wiederaufbereitungsanlagen verarbeitet.

— Da die Uranvorräte nur noch für wenige Jahrzehnte reichen, wird der Einsatz und weitere Ausbau von "Schnellen Brütern" von der Industrie und ihrer Lobby forciert. Dieser Reaktortyp stellt eine besondere Gefahr dar. Er hat einen Natrium-Wasser-Kreislauf, d.h. Haarrisse in den Rohren genügen, um Wasser mit Natrium explosionsartig reagieren zu lassen, und der Kernbrennstoff selbst kann explodieren. Außerdem benötigen "Schnelle Brüter" für ihren Brennstoffkreislauf große Wiederaufbereitungsanlagen.

Abbau von demokratischen Rechten

Das sind Ergebnisse von international anerkannten Wissenschaftlern. Aber das AEP ist nicht nur eine Gefahr für Leben und Umwelt, sondern auch für unsere demokratischen Rechte. Es bedeutet den Verlust von demokratischen Grundrechten:

Nach der neuen Strahlenschutzverordnung und dem Atomgesetz werden alle im Kontrollbereich Beschäftigten vom Verfassungsschutz überprüft und bespitzelt. Erst wenn sie als "unbedenklich" erscheinen, bekommen sie eine Arbeitserlaubnis. Die Bewachung und Kontrolle von radioaktivem Material ist willkommener Anlaß zu Gesetzen, die es ermöglichen, die Bevölkerung umfassend zu kontrollieren. Stillgelegte AKWs und andere Atomanlagen werden zu Atomruinen, die bewacht werden müssen. Das führt zu einer enormen Aufstockung von Polizei und Bundesgrenzschutz bei gleichbleibender Bevölkerungszahl.

Die Bürgerkriegsmanöver der Polizei in und um Kalkar, sowie die Einschränkung des Demonstrationsrechtes am 24.9. lieferten uns hiervon einen Vorgeschmack!

Deshalb führen wir gemeinsam mit den Bürgerinitiativen den Kampf gegen das AEP und fordern die Diskussion über diese Punkte entgegen den Bestrebungen der Gewerkschaftsführung, diese Diskussion zu verhindern oder zu unterbinden.

Die Führung der Gewerkschaften wollen die Kollegen auf das gegen die Interessen und gegen die Gesundheit der Bevölkerung gerichtete Atomenergieprogramm verpflichten und helfen so den Energiekonzernen, ihren Gewinn zu sichern. Denn am Verkauf von AKW verdient die Industrie mehr als beim Verkauf eines konventionellen Kraftwerks. So beträgt der Umsatz beim Bau eines AKW ca. 2 Mrd. DM bei einer Gewinnrate von ca. 10 %. Bei einem Kohlekraftwerk beläuft sich der Umsatz auf ca. 1,2 Mrd. DM bei einem Gewinn von nur ca. 6 %.

Der zusätzliche Effekt: Ein AKW kann man alle 15-20 Jahre neu verkaufen. Das alte AKW muß vollständig stillgelegt werden, da die Materialien durch die Radioaktivität verschlissen sind und die Radioaktivität so hoch geworden ist, daß man nicht mehr darin arbeiten kann.

Zusätzliche Gewinne liefert das Exportgeschäft mit AKW. Wie sagte Barthelt (Vorsitzender des Vorstandes der KWU) auf dem BR-Kongress am 12.10.77: "Kein Land wird Atomkraftwerke beziehen wollen aus einem Land, wo sie nicht verwendet werden".

Die Atomfilze

Am Atomgeschäft unmittelbar beteiligt sind die Atomfilze. Das sind Gewerkschaftsführer, die aufgrund ihrer Position, z.B. in Aufsichtsräten in Energiebetrieben, am Profit durch den Bau und Verkauf von AKW interessiert sind.

Atomfilz Nr. 1: Adolf Schmidt

- Er ist u.a.:
- 1. Vorsitzender der Gewerkschaft IG-Bergbau und Energie
 - Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der RUHRKOHLE AG
 - Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der VEBA, mit der Tochtergesellschaft PREUSSISCHE ELEKTRIZITÄTWERKE (mit den AKW Würthausen, Esensham, Grohnde)
 - und der Tochtergesellschaft NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE - NWK (AKW: Stade, Brunsbüttel, Brokdorf)
 - Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD.

Atomfilz Nr. 2: Ferdinand Turek

- er ist unter anderem:
- Gesamtbetriebsratsvorsitzender
 - stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens, Siemens ist durch die Tochtergesellschaften KWU und INTERATOM größter Hersteller von AKW

Atomfilz Nr. 3: Erich Trapp

- er ist unter anderem:
- Gesamtbetriebsratsvorsitzender der RWE
 - stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der RWE

Atomfilz Nr. 4: Niggemeier

- er ist unter anderem:
- Chefredakteur der IGBE-Zeitung "Einheit"
 - stellvertretender Vorsitzender der SPD im Landesverband NRW
 - Bürgermeister von Datteln
 - Mitglied im Verwaltungsbeirat der VEW

Atomfilz Nr. 5: Hans Schwalbach

- er ist unter anderem:
- Ötv-Funktionär in Norddeutschland
 - SPD-Funktionär
 - Aufsichtsratsmitglied der NWK
 - Er marschierte Anfang 77 an der Spitze einer ÖTV-Demonstration für den Bau des AKW in Brokdorf.

Subventionen für die Atomindustrie

Der Atomstrom wird von den Energiekonzernen für die Industrie billiger als der Kohlestrom geliefert: der Atomstrom kann nur billiger angeboten werden da er von der Regierung mit Steuergeldern in Milliardenhöhe subventioniert wird. Von 1956 bis 1976 mit 17,6 Milliarden DM. Für 1977-1980 sind wiederum 452 Mio. DM für die Kernenergie verplant. Für den selben Zeitraum soll für neue Energiequellen nur 570 Mio DM ausgegeben werden. Davon sind 379 Mio. DM für Kernfusion vorgesehen.

Doch gesamtgesellschaftlich gesehen ist der Atomstrom nicht billiger. (Forschung und Entwicklung, Anreicherung, Brennelementkosten, Bau, Zwischenlagerung, Transport, Wiederaufbereitung)

An diesen Subventionen kann man schon sehen, wie Regierung und Atomindustrie miteinander verflochten sind.

Im "Atomforum", dessen Ziel es ist sich für die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie einzusetzen, sind unter anderem Mitglieder: alle Energiekonzerne, alle AKW-Erbauer, der TÜV, Wissenschaftler, kommunale Verbände, Mitglieder aus Parlament und Landes- sowie Bundesregierung und Vertreter der Industrieverbände.

Viele Kollegen bewegt die Frage:

SICHERT ATOMENERGIE ARBEITSPLÄZE ?

WIR MEINEN: Nein

Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik über 1 Millionen Arbeitslose und häufig Kurzarbeit, obwohl wir Energieüberschuß haben. In den letzten Jahren wurden mehrere konventionelle Kraftwerke stillgelegt, einige Kohlekraftwerke in NRW fahren nur mit Halblast, ebenso das AKW Biblis Block B. Gleichzeitig wachsen die Steinkohlehalden auf über 33 Mio Tonnen. Aber gleichzeitig wird die Steinkohleindustrie weiter subventioniert, 1978 in NRW mit 1,5 Milliarden DM. Das wäre, zu mindest in dem Ausmaß, nicht nötig, wenn nur Kohlekraftwerke betrieben würden, aber man will den an der Atomenergie verdienenden Industrie ihren Profit sichern.

Die Hamburger-Elektrizitäts-Werke (HEW) haben 40% Überkapazität. So lautet zur Zeit der Hochkonjunktur die Begründung für das geplante AKW in Wyhl von Seiten des Wirtschaftsministers Baden-Württemberg Eberle, gerade der AKW-Strom werde gebraucht, um Arbeitsplätze einzusparen.

Es sind nicht die Bürgerinitiativen, die die Arbeitsplätze vernichten oder gefährden, sondern die Industrie, die ausschließlich nach ihren Profitinteressen handelt:

Zugunsten des Ölprofites erfolgten Zechenstillegungen:

heute wird zugunsten von Atomprofit die Existenz der Bergarbeiter und vieler anderer bedroht. Morgen wird einer anderen Technologie der Vorrang gegeben, wenn sie höheren Profit verspricht.

Unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen wird die Energie zur Rationalisierung verwendet, und das heißt heute weiterer Verlust von Arbeitsplätzen und Steigerung der Arbeitshetze.

Wir sind nicht gegen wissenschaftlichen Fortschritt und technologische Weiterentwicklung, die uns nützt. Die uns eigentlich mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn zugute kommen müßte.

Aber wir sind gegen Technologien, die menschenfeindlich und umweltzerstörend sind.

Sicherlich gibt es einige wenige Arbeitsplätze in der Atomindustrie.

In AKW mit einer Leistung von 1300 MW sind etwa 120 - 150 Dauerarbeitsplätze vorhanden. In herkömmlichen Kohlekraftwerken von 500 - 600 MW dagegen gibt es rund 300 Arbeitsplätze.

Aber was sind das für Arbeitsplätze in den Reaktoren:

Große Risiken für die Gesundheit durch die hohe Radioaktivität.

Einem Reaktorarbeiter wird gesetzlich zugemutet bis zu 100 mal mehr Radioaktivität aufzunehmen als ein Mensch, der nur in unmittelbarer Nähe eines AKWs lebt.

Strahlenschäden sind dann Leukämie und Krebs, Lebenszeitverkürzung durch allgemeine Schwächung des Körpers, Mißbildungen in der 1. und 2. Generation. Von 100 Beschäftigten in einem Atomkraftwerk, die 20 Jahre lang der zulässigen Strahlenbelastung ausgesetzt sind, erkranken 10 zusätzlich an Krebs !

Die Kollegen arbeiten bei Unterdruck und ständig gleichmäßigen klimatischen Bedingungen. Diese Arbeitsbedingungen schwächen in erheblichem Maße die Abwehrfähigkeit des Körpers.

Auf solche lebensbedrohenden Arbeitsplätze, egal wo, legen wir keinen Wert.

■ Bauarbeiter und KWU-Beschäftigte können auch andere Kraftwerke bauen, oder bestehende umweltfreundlicher machen.

■ Die Mitarbeiter der Forschungseinrichtungen könnten wirkliche Alternativforschung betreiben.

■ Stilllegung aller fertigen und im Bau befindlichen Atomenergieanlagen

■ Auch müßte weiter geforscht werden am Atomüllproblem und wie man AKW stilllegt, denn das Problem ist uns ja aufgezwungen worden.

ALTERNATIVEN

Das sind natürlich nicht die einzigen Alternativen. Dazu gehören Sonnenenergie, geothermische Energie (z.B. Ausnutzung der Erdwärme), Gezeitenenergie (Ausnutzung der Wasserkraft von Ebbe und Flut), Windenergie sowie die Nutzung von Biogas und die Entwicklung und Bau von technischen Einrichtungen zur Abwärmenutzung.

Weiter könnte man eine bessere Ausnutzung des Wirkungsgrades von vorhandenen Kraftwerken anstreben und sogenannte Abfallstoffe wiederverwenden. Auch könnte man die enorme Energievergeudung und-Verschwendung, sei es z.B. durch die Verschleißproduktion oder Verpackungsindustrie (Aluminiumindustrie, Einweg), einstellen. Doch diese Alternativen bringen z.Z. weniger Profit und werden deshalb nicht vorangetrieben.

Aber wie wir sehen: Es gibt keinen Energiemangel, auch nicht 1985- Was es gibt ist ein Wirtschaftssystem, das immer wieder zu Krisen und zu lebensbedrohenden Technologien führt.

Was will die Gewerkschaftsführung ?

Für Alternativen tritt die Gewerkschaftsführung nur formal ein. Sie propagiert ein Energieprogramm, das voll auf die Kernenergie setzt. Im Munde führt sie zwar "Kohle und Kernenergie", aber die Praxis sieht anders aus:

Zitat aus der Stellungnahme des DGB zur Kernenergie und Umweltschutz April 77:

"... trotz Energieeinsparungen, verstärkter Kohleverwendung und Entwicklung neuer Energieträger ist ein genereller Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie gegenwärtig nicht möglich".

Hat die Gewerkschaftsführung im April 77 nur scheinbar zögernd der Atomenergie zugestimmt, tritt sie seit dem 10.11.77 unverblümt für die Atomenergie ein.

Sie erhob die Forderung, die Baugenehmigung für das sogenannte "Entsorgungszentrum" (Wiederaufbereitungsanlage + Atomülllager) so schnell als möglich zu erteilen und forderte die Aufhebung von Baustops.

Für uns heißt es: Kohle - ja, Atomenergie - nein.

Denn die Umweltbelastung von Kohlekraftwerken kann man in den Griff bekommen: Schwefeldioxydabgase können mit Hilfe chemischer Verfahren in Schwefelsäure umgewandelt werden und mit Filteranlagen können die anderen Schadstoffe zurückgehalten oder auf ein Minimum begrenzt werden. Nur unter diesen Bedingungen sind wir heute dafür.

Die Umweltbelastung von AKW läßt sich nicht einschränken, da wir keinen Einfluß auf den radioaktiven Zerfall nehmen können - er unterliegt physikalischen Gesetzen auf die wir keinen Einfluß nehmen können.

Auch Forderungen nach: "Demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb von AKW durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaft und ihre Gewerkschaften" sind nicht in unserem Interesse. Sie stellen letztendlich nur eine geschicktere AKW-Befürwortung dar. Denn Radioaktivität, Strahlung und Müll lassen sich nicht wegdiskutieren und werden durch die Illusion der "Mitbestimmung" und Kontrolle auch nicht weniger gefährlich. Wer solch eine gefährliche Technik benutzt, um damit Geschäfte zu machen oder diese Geschäfte befürwortet, zu dem können wir nicht 1 Sekunde Vertrauen haben. Contergan und Seweso sollten uns als Warnung genügen.

Die Mitbestimmung kettet Gewerkschaftsfunktionäre an die Interessen der Atomindustrie. Das zeigt deutlich das folgende Zitat aus einer Rede von Alois Pfeiffer, DGB-Funktionär, am 10.11.77 in Dortmund:

"Die Bergbaukrise in den 50er Jahren und der damit verbundene schmerzliche Schrumpfungsprozess ist gemeinsam von Gewerkschaft und Betriebsrat mit Hilfe der Mitbestimmung bewältigt worden".
(Billigung von Massenentlassungen!)

Die Bevölkerung entscheidet dann nur, ob das AKW nach Hamburg oder Wyhl kommt, ob die WAA in Gorleben oder Schleswig-Holstein gebaut wird.

Es sei nochmals deutlich hervorgehoben:

- Wir wenden uns mit unserem Protest nicht gegen die Millionen von Gewerkschaftskollegen, sondern gegen die Gewerkschaftsführung, da wir meinen daß ihre Energiepolitik nicht im Interesse der Bevölkerung ist.
- Auch wenden wir uns gegen Versuche der Gewerkschaftsführung AKW-Gegner aus den Gewerkschaften auszuschließen, wie sie es mit dem Kollegen Heinz Brandt versucht haben.
Gerade der Verdienst des Kollegen Heinz Brandt ist es, uns auf die "Atomfilze" aufmerksam gemacht zu haben.
- Dem Abbau demokratischer Rechte innerhalb der Gewerkschaft, sei es nun die Beseitigung von Mitgliederversammlungen oder aufgezwungene Beschlüsse ohne Diskussion, treten wir entschieden entgegen.
- Ebenso verurteilen wir die Kriminalisierung von AKW-Gegnern und die Bürgerkriegsmanöver der Polizei gegenüber den Menschen, die unter der Parole: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" der Gewalt durch die Atomindustrie entgegentreten.
- Wir protestieren weiterhin gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse.
- Wir treten ein für den gemeinsamen Kampf aller gegen das Atomenergieprogramm, wir wollen keine Trennung von Arbeitern und Umweltschützern.

Unsere Arbeitsplätze sichert kein Stillhalten und auch nicht die Kernenergie, sondern nur der selbständige Kampf gegen Entlassungen und Rationalisierung, die die Arbeitshetze steigert und die Arbeitslosigkeit fördert.

UNSERE FORDERUNGEN SIND:

- Sofortige Einstellung des Atomenergieprogramms
- Keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigungen für Atomanlagen

- Stilllegung sämtlicher im Bau und Betrieb befindlicher AKW unter größtmöglichen Sicherheitsvorkehrungen.
- Für die Übergangszeit die verstärkte Nutzung der Stein- und Braunkohlevorkommen unter strengen Umweltschutzauflagen
- Entwicklung und Anwendung von Alternativtechnologien zur Energieerzeugung
- Für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich

Schließen wir uns zusammen, um einen entscheidenden Schritt im Widerstand gegen das Atomenergieprogramm weiterzukommen.

Wir wollen unsere Positionen in die Betriebe und Gewerkschaften hineintragen und Überzeugungsarbeit leisten.

Gemeinsam sind wir stark

KOLLEGEN , GEWERSCHAFTER UND BETRIEBSRÄTE

AUS DEN GEWERKSCHAFTEN :

- IG-Bergbau und ENERGIE
- IG-Metall
- ÖTV
- GEW
- IG-Chemie-Papier-Keramik

und aus den Städten:

Bochum, Bonn, Dinslaken, Dortmund, Düsseldorf,
Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Jülich, Köln,
Leverkusen, Moers, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr,
Remscheid, Waltrop

Duisburg, den 29.1.78

KONTAKTADRESSE:

Angelika Götz, Bastionstr.25 5170 Jülich

Info - und Öffentlichkeitsarbeit

Protokoll: Bernd Meyer
Antoniusstr. 29
463 Bochum

Zeitungen der Bürgerinitiativen, unvollständige Liste

Umwelt akut
Herausgegeben von den BI's im
Rhein-Main-Neckar Raum
Gerhard RÜth
Nicolaiweg 9
61 Darmstadt

Was Wir Wollen
Besetzerzeitung Marckolsheim-
Wyhl-Kaiseraugst-Gerstheim-
Heiteren
Lothar Stärk
Postfach 68
7832 Kenzingen

Atom Express
Göttinger Ak gegen Atomenergie
Postfach 45
34 Göttingen

anti-akw telegramm
arbeitskreis politische ökolo-
gie
Lutterothstr. 33
2 Hamburg 19

bbu Aktuell
BBU
Hellbergstr. 6
75 Karlsruhe 21

Umwelt depesche
Bürgerinitiative Umweltschutz e.V.
Königstr. 53
3 Hannover 1

"Wehrt Euch"
BI Stop Kalkar
Haus am Damm
4190 Kleve

Würzburger Pupille
Ztg. für Anti-AKW-Kultur
M. Prater
Sophienstr. 15
8700 Würzburg

Kein Atommüll in der Asse
"Wildes Huhn"
An der Schölke 5
Postfach 10764
3320 Salzgitter

Aktionskreis Leben
Gabriele Behrendt
Arnsburgerstr. 39
6 Frankfurt/Main 60

Gorleben Aktuell
Mathias Küntzel
Am Berge 37
2120 Lüneburg

Umweltschutz
AKU Kiel
K. Hoffmann
Lehmberg 21a
23 Kiel

Hochaktiv
Axl Steg
Strandweg-Pension Schilling
2301 Lindhöft

Münster Grünes Blatt
Uwe Fleischer
Lustenberg 6
44 Münster

Die Arbeitsgruppe "Informations- und Öffentlichkeitsarbeit" diskutierte zum heutigen Stand der Anti-AKW-Bewegung übereinstimmend, daß nach den großen Demonstrationen des letzten Jahres heute eine gewisse Ratlosigkeit in der Bewegung vorhanden ist. Zurückgeführt wurde dieser Zustand auf die sehr scharfe und militante Vorgehensweise des Staates gegenüber der Anti-AKW-Bewegung, zum anderen auf einen z.T. in der Bewegung vorhandenen Glauben an einen "schnellen Sieg", der enttäuscht wurde. Ergebnis ist die Abnahme von Massenhaftigkeit bei Protesten, Veranstaltungen usw., auf der anderen Seite aber ein Kreis von kontinuierlich weiterarbeitenden AKW-Gegnern, der keinesfalls abnimmt oder auseinanderbricht, sondern eher gegenteilige Entwicklungsrichtung hat. Einer kontinuierlichen Informationsarbeit, die neue Menschen erreicht und die Verbindung zwischen den AKW-Gegnern herstellt, kommt daher besondere Bedeutung zu. Wir diskutierten, daß es darum aktuell nützlich wäre, wenn wir Mittel hätten mit denen wir kontinuierlich, genügend umfassend und verlässlich "nach aussen" informieren können und darüber hinaus die Möglichkeit hätten innerhalb der Bewegung intensiver über die Möglichkeiten unseres Kampfes zu informieren und diskutieren. Aus dieser Aufgabenstellung resultierten 2 alternative Vorschläge:

Alternativ zum Vorschlag für einen "bewegungsinternen Informationsdienstes", der von einer BI/Region/Organisation der Bewegung "zur Verfügung gestellt wird" (so die Formulierung eines Vertreters der Kasseler BI) möchte ich folgendes vorschlagen:

Mir scheint die praktische Erstellung eines solchen Informationsdienstes, wenn er von der Bewegung tatsächlich getragen und akzeptiert werden soll, arg gefährdet. Vor ca. einem Jahr, auf dem Bundeskongress der Anti-AKW-BI's in Hannover wurde schon einmal ein Vorschlag gemacht in der Bewegung für mehr Informationen zu sorgen, indem man ein Info der Bewegung erstellt. In der vergangenen Zeit ist praktisch nichts für dieses Info getan worden. Auf der anderen Seite existieren aber eine ganze Reihe von örtlichen/regionalen Anti-AKW-Zeitungen, die zum großen Teil in direkter Verbindung zu den Bürgerinitiativen stehen, zum Teil sogar direkter Bestandteil der BI-Arbeit sind. In diesen Zeitungen werden ausser der Information über Gefahren von AKW's, Berichte über Aktionen usw. (in unterschiedlichem Maße) Probleme der Anti-AKW-Bewegung diskutiert (Beispiel: Wahl-diskussion im Göttinger "Atomexpress"). Die Träger dieser Zeitungen haben also im vergangenen Jahr praktisch bewiesen, daß sie etwas für die kontinuierliche Informationsarbeit der Bevölkerung, wie der Bewegung tun wollen. Ich schlage darum vor, daß sich die verschiedenen Anti-AKW-Zeitungen zu einem Arbeitstreffen zusammenfinden und über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit diskutieren. Bisher besteht die "Zusammenarbeit" der Zeitungen im wesentlichen darin, daß man die Zeitungen untereinander austauscht. Als nächster Schritt wäre ein Informationsaustausch und Artikelabsprache zu einzelnen Themen (z.B. jetzt Gorleben), also punktuell, denkbar.

Dieser Vorschlag scheint mir dem tatsächlichen Interesse an der Informationsarbeit, daß in der Bewegung besteht, mehr zu entsprechen, als ein Informationsdienst, der beim gegenwärtigen Interesse zur aktiven Mitarbeit nur aufgesetzt sein kann. Man kann sogar sagen, daß ein solcher Vorschlag, der so wenig aus der Bewegung selber "wächst" geradezu dazu verurteilt ist entweder nicht realisiert zu werden oder von irgendeiner interessierten Seite "eingesackt" zu werden. Von den Befürwortern des Informationsdienstes ist zum Verfahren der Erstellung folgendes erklärt worden: Alle BI's schicken an eine Adresse ihre Artikel, Meldungen usw. und diese Stelle muß dann die Sachen veröffentlichen, darf keine Artikel verändern usw. u.s.f.. Was geschieht aber wenn die entsprechende Stelle doch Artikel usw. verändert? Da hat doch niemand mehr Einfluß drauf. Ich bin der Meinung, daß wir die entsprechende Stelle nicht mit soviel Vertrauen überfordern sollten.

ein AKW-Gegner aus Hannover

Info-Arbeit

- 2 -

BERICHT ÜBER DIE ARBEITSGRUPPE III: INFO-ARBEIT

Es gab sehr unterschiedliche Vorstellungen über den Inhalt dieser AG. Während einige darunter die Arbeit der BIs unter der Bevölkerung meinten, verstanden andere mehr die Verbesserung der Informationsstruktur zwischen den BIs. Von einer BI wurde in diesem Zusammenhang der Vorschlag zur Vorbereitung einer Bundeskonferenz gemacht.

Am Sonnabend stellte sich heraus, daß das gemeinsame Interesse über dieses Thema zu diskutieren darin bestand, die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Bewegung zu überwinden. Es wurde berichtet, das in mehreren BIs eine gewisse Stagnation eingetreten sei. Die BIs werden als politischer Faktor an ihren Orten anerkannt, aber irgendwie geht es nicht so richtig weiter. Einige in den BIs hätten auch die Segel gestrichen. Aus dieser Tatsache wurde dann die Vermutung angestellt, daß es in der gesamten Bewegung so aussehen muß, und daß es notwendig ist mehr voneinander zu wissen um Erfahrungen auszutauschen, um zu diskutieren, wie es weitergeht. Bei einigen BIs gab es auch die Entwicklung, daß die BI-Mitglieder jetzt verstärkt in der Gewerkschaft arbeiten - auch gegen AKWs - aber nicht nur. Sie sind für die BI mehr oder minder 'verloren'. Dem wurde entgegengehalten: Die BIs haben seit den großen Höhepunkten des Widerstandes wie zu Brokdorf oder zu Kalkar eine größere breitenentwicklung. Die BIs machen eine Vielzahl von Einzelaktivitäten. Eine konzentrierte gemeinsame Arbeit an verschiedenen Schwerpunkten findet z.Z. nicht statt. Dies führte zu einer gewissen Zersplitterung und kostete der gesamten Bewegung erheblich an Schlagkraft. Unter diesen Bedingungen war es auch Forschungsminister Hauff möglich, bei der kürzlich stattfindenden 'Fortschreibung des Energieprogramms' von einer entspannteren Atmosphäre als vor einem Jahr zu sprechen. Die gegenwärtig stattfindende Arbeitskonferenz soll gerade dazu dienen, unsere gemeinsamen Anstrengungen zu verbessern um auch durch eine Verbesserung des Erfahrungsaustauschs und der gesamten Informationsarbeit die Bewegung zu stärken.

Im weiteren Verlauf wurden auch noch Fragen besprochen wie:

Die spontane Bewegung gegen das Atomenergieprogramm hat auch bei vielen sehr große Hoffnungen über einen schnellen Erfolg der Bewegung hervorgerufen. 'Wir besetzen jetzt einen Bauplatz nach dem anderen, dann ist das Atomprogramm vom Tisch'; diesen Gedanken hatten viele, oder hofften doch, daß wir in diese Richtung weiterkämen. Die Realität hat uns allerdings eines besseren belehrt, wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir noch einen langwierigen Kampf führen müssen. Nicht wenige machte dies mutlos und sie entschlossen sich leider zum Rückzug. Deshalb ist es wichtig, daß wir die Langwierigkeit des Kampfes deutlich machen und uns besser koordinieren.

Hervorgehoben wurde noch, daß es schon ein großer Erfolg ist, daß im Verlauf des gesamten Widerstands sich immer mehr BIs gegründet haben. Be-

sonders wichtig ist allerdings, daß noch keine Basisbewegung mit dieser Breite sich über einen so langen Zeitraum behaupten konnte und in der Lage war den selbständigen Kampf weiterzuführen. Allein die Tatsache, daß weiterhin hunderte von BIs - mehr oder minder aktiv - sich weiterhin am Widerstand beteiligen zeigt den Widerstandsgeist. Die gegenwärtige 'Trockenperiode' wird durch gemeinsame Beratung und Diskussion überwunden werden können.

Die Diskussion selbst drohte immer wieder den Rahmen des Themas zu sprengen, bzw. es waren mehrere Themen gleichzeitig in der Debatte, was uns wiederholt zur Selbstbesinnung zwang. Von der BI Kassel wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden und wieder eine gemeinsame Vorgehen zu erreichen die Einberufung einer Bundeskonferenz vorzubereiten. Damit wir diskutieren wo es weiter lang geht.

Am Sonntag diskutierten wir einige konkrete Probleme:

1. Vorschlag für einen Informationsdienst in der BRD
Hier gab es von Anfang an 2 verschiedene Vorstellungen.

a) die Einrichtung eines Informationsorgans, das allein dem Zweck dient, den Kontakt und die Informationen zwischen den BIs zu verbessern, den Erfahrungsaustausch zu verstärken, damit ein direkterer Diskussionsprozeß zwischen den BIs sich entwickelt. Dabei wurde an Beispielen erläutert, daß nach der Demo in Hannover vom 25.2. die Informationen über den Fortgang der Prozesse überall fehlten. Das es erst mit dem ersten Urteil ein z.t. bitteres Erwachen gegeben hat. Dies hat auch die gesamte Solidaritätsbewegung behindert. Das gleiche gilt jetzt noch und auch für den nächsten Konzentrationspunkt des Widerstands in Göttingen und vieles andere mehr.
b) dieser Vorschlag sah vor, daß die bestehenden Zeitungen sich besser koordinieren und eine Konferenz der Zeitungsredaktionen stattfindet. Es wurde genannt, die "Dicke Luft" (Berlin) und "ATOMEXPRESS" (Göttingen) und eine Vielzahl der bestehenden BI-Zeitungen. Ein Informationsorgan nach Vorschlag a) wurde als aufgesetzt und nicht von der Basis getragen angesehen. Dabei war der Verweis darauf, daß man davon ausgehen muß was real da ist.

Zu diesen beiden Vorstellungen gab es eine z.t. heftige Debatte. Am Vorschlag 2 verdichtete sich die Diskussion dahingehend in der Kritik, daß es bisher keine Zeitung gibt, die man als repräsentant für die Bewegung ansehen kann. Insbesondere ist auch nicht abzusehen, in welchem Zeitraum dies möglich werden könnte. Es steht auch nichts einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Zeitungen im Wege. Dies kann aber nicht eine regelmäßige und auf die Arbeit der BIs abzielende INFO-Arbeit ersetzen. Zum Vorschlag a) gab es verschiedene Bedenken. 1. Kann nicht der ID die INFO-Arbeit für die Bewegung leisten. Hierzu wurde gesagt, daß der ID eine bestimmte linke politische Richtung repräsentiert, jedoch nicht das

die gesamte Bewegung erreicht. Dies leuchtete ein. Bedenken gegen den Preis und die damit verbundene Arbeit wurden so geklärt. Bisher ist es faktisch nicht möglich oder nur sehr schwer bei wichtigen Anlässen eine Verschickung zur Information durchzuführen, denn bei etwa 300 existierenden Adressen kann sich eine normale oder gar kleine BI dies nicht leisten. Mit der Organisierung über eine INFO-Stelle kann diese Finanzierung zum einen reduziert werden, dadurch, daß nicht jede BI einzeln verschicken muß, sondern eine Gemeinsame Verschickung stattfindet. Zum anderen muß vor allem gewährleistet werden, daß die BIs, die die INFOS erhalten auch deren Finanzierung tragen müssen. Zum Arbeitsaufwand wurde gesagt, daß jede BI ihre Beiträge in einer Druckfertigen Form an die jeweilige zentralstelle senden muß, um dort nicht einen Apparat aufbauen zu müssen, sondern sich auf die reine Zusammenstellung zu beschränken.

Betont wurde - gegen die Einwände eines Hanoveraners - daß es sichergestellt sein muß, daß alle Teile der Bewegung ihre Auffassungen darin unzensuriert darlegen können; dies ist die einzige Gewähr dafür, daß damit auch alle Teile der Bewegung angesprochen werden. Bisherige Versuche in dieser Richtung haben nicht in vollem Umfang dies gewährleistet. Den Vorschlag in diese Richtung haben alle in der AG befürwortet bis auf einen aus Hannover, der am Vorschlag b) festhielt. In Hannover gibt es aber auch andere Stimmen, insbesondere auch der Teile, die das Arbeitswochenende mit getragen haben und mit den bisherigen INFOS gute Erfahrungen gemacht haben.

2. Die Informationsarbeit nach außen

Es wurde von den verschiedenen Schwierigkeiten berichtet, die in der Arbeit auftreten. Eine häufig auftretende Erscheinung, ist es bei Büchertischen, daß Befürworter uns mit einer Vielzahl von Dingen 'bombardieren' und bei uns Unsicherheiten auftreten. Es werden zwar reichlich Plaketten verkauft, aber es ist schwierig, den interessierten Leuten zu sagen was sie als neue selbst jetzt konkret machen können um daß Atomprogramm zu Fall zu bringen. Häufig wurde auch festgestellt, daß durch einen gewissen Trotz in unserer Arbeit neu hinzukommende Leute wieder weg bleiben, weil sie unsere Kenntnisse nicht haben, und oft in den BIs 'nur' organisatorischer Kram abgehandelt wird. Dies kann keinen 'neuen' auch nur befähigen sich Kenntnisse anzueignen um auch aktiv an der Arbeit teilzunehmen. Aus diesen Grunde wurde folgendes empfohlen:

es soll in den BIs darauf geachtet werden, regelmäßig auch über verschiedene technische Probleme zu diskutieren um sich wirklich Kenntnisse der Gefahren der AKWs, der WAAs etc anzueignen, besonders sollte dies 'neuen' ermöglicht werden sich in diese Probleme einzuarbeiten. Ebenfalls muß in

über die Entwicklung des Atomenergieprogramms oder wie jetzt die Fortschreibung diskutiert werden, um allen mehr Sicherheit zu geben und sich Klarheit über wichtige Fragen zu verschaffen. Dadurch wird die eigene BI in ihrer Arbeit stabilisiert, und es kann auch über wichtige Fragen ein besserer Erfahrungsaustausch und Meinungsstreit entwickelt werden. Welche Methoden dazu angewandt werden muß überall konkret festgelegt werden. So gibt es Erfahrungen, durch spezielle Seminare, oder regelmäßige öffentliche Veranstaltungen, die von einigen aus der BI vorbereitet werden um aber speziell auch der Verbesserung des Kenntnisstandes der eigenen Leute zu dienen.

Zur Verbesserung der Arbeit nach außen wurde einhellig berichtet, daß ein allein regelmäßiger Büchertisch nicht ausreicht. Auch wenn Einigkeit darin bestand, daß wir mit Flugblättern eine gewisse kontinuierliche INFOarbeit leisten müssen, diese auch gezielt bestimmte wichtige inhaltliche Aussagen machen müssen, so müssen wir uns doch einiges mehr einfallen lassen. Wichtig ist, daß wir auch auffallen, z.B. durch große gute Stelltafeln, wo wichtige Fragen angesprochen werden, dabei sollte versucht werden diejenigen, die sich das ansehen ins Gespräch zu kommen. Zum anderen wurde aber auch hervorgehoben, daß wir zu wichtigen Fragen auch 'spektakuläre' Aktionen unternehmen müssen. Diese sollen natürlich unserem Ziel dienen. Z.B. haben in einer Stadt die AKW-Gegner ein Gefängnis aufgestellt, d.h. Gitter hinter denen einer Einsaß, und damit haben sie auf die Demo in Hannover gegen die Kriminalisierung und die Prozesse mobilisiert. oder in Bremen haben sich welche Angekettelt und Flugblätter verteilt. Wichtig ist, daß man nicht nur eine Aktion der Aktion wegen macht, sondern sich genau überlegt was man damit klar machen will, damit sie nicht ins leer geht, und nur Frust übrig bleibt.

Wir müssen uns was einfallen lassen wenn wir weiterkommen wollen!

Ein weiterer wichtiger Punkt war noch, daß sowohl innerhalb der Orte, als auch insgesamt, verschiedene Bereiche nebeneinander her werkeln. Dies vermindert unsere Schlagkraft. Insbesondere die Verbesserung der Zusammenarbeit von BIs und Gewerkschaftern etc muß verbessert werden. Dann gilt es zu diskutieren welche Schwerpunkt und Standorte wir verstärkt beackern. Neben den Standorten muß aber auch überlegt werden, daß wir auch bei wichtigen Betreibern wie der KWU in Mülheim oder vor Kohlenzechen von uns gearbeitet werden muß. Als ein Beispiel sei hier genannt, daß z.B. von den Gewerkschaftsführern in der Zeche Waltrop Unterschriften gesammelt wurden für das Energiezentrum in den Rieselfeldern, und jetzt wo das Genehmigungsverfahren anläuft, wird bekanntgegeben, daß diese Zeche stillgelegt werden soll bzw. wird. Hier nicht vor die Zeche zu gehen wäre sträflich. Zuletzt wurde noch verwiesen, daß weitere Probleme anstehen, die hier nicht mehr diskutiert werden können, wie: Wie können wir konkret das Atomenergieprogramm zu Fall bringen. Dies kann auf einer BK disk. werden. siehe Vorschlag

DER DISKRETE CHARME DER STROMPREISBOYKOTTEURE

Wir, ein paar Leute aus der Lindener Unabhängigen Initiative, früher BI gegen Atomlagen, haben vor, auch in Hannover einen Strompreisboykott anzuleiten. Wir verstehen den Stromzahlungsboykott nicht als die zündende Sache, mit der wir ein für alle mal AKW's verhindern können, sondern als Aktionsform unter vielen, an der sich neben schon bekannten Gesichtern hoffentlich auch viele andere beteiligen werden.

Um es noch mal deutlicher zu sagen: Wenn wir den Stromzahlungsboykott hier propagieren, lehnen wir andere Aktionsformen damit nicht ab. Wir meinen allerdings, daß die Anti-AKW-Bewegung um so stärker wird, je mehr Ehren der Widerstand umfaßt. Der Stromzahlungsboykott läuft zur Zeit schon in Hamburg, Oldenburg, Frankfurt und Freiburg.

Was ist denn nun eigentlich der Stromzahlungsboykott?

Wenn ein Markthändler faules Obst anbietet, können wir bei einem anderen Händler Obst einkaufen. Wenn uns klar wird, daß die Herstellung von Aluminiumfolie außerordentlich viel Strom verbraucht, können wir versuchen, anderes Verpackungsmaterial zum Frischhalten der Lebensmittel zu verwenden.

Wenn die Stadtwerke Hannover uns Strom von der Preußen-Elektra liefern, dessen Herstellung aus Atomspaltung unverantwortlich ist - die Preußen-Elektra ist am AKW Müggasen und Grohnde beteiligt - so haben wir keine andere Wahl, als diese Elektrizität zu kaufen. Und mit diesem Verdienst finanzieren sie sogar ihre Beteiligung am Versuchsreaktor Jülich, durch den die Atomenergieforschung vorangetrieben wurde und weiterhin wird. Die Stadtwerke zwingen uns also, mit jeder weiteren Kilowattstunde, die wir verbrauchen, daran beteiligt zu sein, daß unsere Umwelt zunehmend zerstört wird, daß wir und zukünftige Generationen unabsehbaren Risiken ausgesetzt werden.

Wir wollen nicht an der Zerstörung unserer Lebensnotwendigen natürlichen Umwelt teilnehmen. Deshalb sind wir nicht mehr bereit, durch die vollständige Bezahlung unserer Stromrechnung AKW-Projekte mitzufinanzieren.

Wir wollen also, wenn sich genügend Haushalte dazu bereit erklärt haben, nur noch 90 % der Stromrechnung an die Stadtwerke und die restlichen 10 % auf ein Treuhandkonto bei einem Rechtsanwalt einzahlen. Das Treuhandkonto steht den Stadtwerken zur Verfügung, sobald folgende Forderungen erfüllt sind:

- keine Lieferung von Atomstrom!
- keine Werbung für erhöhten Stromverbrauch!
- keine Beteiligung an der Erforschung und Erprobung der Atomtechnologie (z.B. in Jülich)

Wenn nun 200 Haushalte bereit sind, sich am Stromzahlungsboykott zu beteiligen, dann passiert folgendes:

1. Die Bereitschaftserklärung muß ausgefüllt und an uns eingeschickt werden.
2. Jeder Boykottwillige zieht die Einzugsermächtigung zurück.
3. Nach einer Vollversammlung aller Beteiligten, auf der beschlossen wird, den Boykott zu beginnen, werden 90 % der Stromrechnung an die Stadtwerke und die restlichen 10 % auf das Treuhandkonto überwiesen. Zusätzlich wird pro Überweisung 1,- DM auf das Treuhandkonto überwiesen für eventuell entstehende Anwalts- und Prozeßkosten.

Welche juristischen Folgen können auf uns zukommen? Hans Mayer, verheiratet, 2 Kinder, hat also seine Abbuchungsermächtigung zurückgezogen, nachdem er sich bereit erklärt hat, 10 % seiner Stromrechnung zurückzuhalten und auf das Treuhandkonto zu überweisen. Er fragt sich: Was geschieht, wenn er zusammen mit anderen Teilnehmern der Aktion zum ersten Mal einen Teil der Stromrechnung verweigert?

Hans Mayer erhält eine erste Mahnung, wobei offen ist, ob die Stadtwerke sofort reagieren oder erst warten, bis ein größerer Betrag im Rückstand ist. Nach dem allgemeinen Geschäftsbedingungen der Stadtwerke darf diese erste Mahnung nichts kosten. Theoretisch wäre es möglich, nach dieser ersten Mahnung zu zahlen, womit man jegliches Kostenrisiko vermeiden würde. Hans Mayer will aber weitermachen. Darum schreibt er den Stadtwerken etwa folgenden Brief:

Sehr geehrte Herren!

Heute erhielt ich Ihre Mahnung. Dazu möchte ich erklären, daß ich ab sofort 10 % meines Stromrechnungsbetrages verweigere, weil ich nicht mehr bereit bin, über die Bezahlung meiner Stromrechnung indirekt über Ihre Firma und deren Geschäftspartner (HASTRA und Preußen-Elektra) den weiteren Ausbau der Atomenergie und den Betrieb schon bestehender Atomkraftwerke zu finanzieren.

Angesichts der mit der Atomenergie verbundenen Risiken und Folgekosten sehe ich in der Tatsache, daß Sie mir auch Atomstrom liefern, eine untragbare

Zumutung. Ich habe darum - wie Sie sicher wissen - zusammen mit anderen Teilnehmern der Aktion "Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld" die zurückbehaltenen 10 % meiner Stromrechnung auf einem Treuhandkonto hinterlegt. Dieses Geld steht Ihnen zur Verfügung, sobald Sie darauf verzichten, Atomstrom zu liefern, und Sie sich aus der Kapitalbeteiligung am Versuchsreaktor Jülich zurückziehen. Schließlich protestiere ich mit der Zurückhaltung von 10 % auch dagegen, daß Sie trotz der allgemein anerkannten Notwendigkeit, sorgsam mit der vorhandenen Energie umzugehen, erhebliche Gelder in die Werbung für erhöhten Stromverbrauch stecken. In der Gewißheit, daß mein Beispiel Schule macht, verbleibe ich Ihr H.M.

Jetzt wird die Sache brisant. Die Stadtwerke werden natürlich nicht auf diesen freundlichen Brief mit dem Verzicht auf Lieferung von Atomstrom reagieren, sondern eine zweite Mahnung schicken. Diese kostet eine geringe Mahngebühr (10,- DM etwa).

Da H.M. auch auf diese Mahnung nicht zahlen will - was sind DM gegen die Gefahren der Atomenergie? - werden die Stadtwerke vermutlich versuchen, daß zurückgehaltene Geld gerichtlich einzutreiben. Dazu müßten Sie bei Gericht einen Mahnbescheid (früher Zahlungsbefehl) erwirken. Wenn H.M. den Mahnbescheid erhält und bezahlen würde, müßte er 32,50 DM (7,50 Gerichtsgebühr, 20,- Anwaltskosten der Stadtwerke, 5,- Auslagen) erwirken, mit deren Hilfe die Stromabschaltung

Da H.M. seinen Widerstand aber zusammen mit den anderen Teilnehmern weiterführen will, legt er Widerspruch gegen den Mahnbescheid ein, allerdings fristgerecht (d.h. innerhalb von 14 Tagen mit Hilfe eines Vordrucks, der dem Mahnbescheid beiliegt).

Dadurch kommt es zum Prozeß. Falls er verliert, erhöhen sich die Unkosten auf insgesamt 137,82 DM. Alle genannten Gerichts- und Anwaltskosten, daß der Streitwert in Hans Mayers Prozeß DM 200,- nicht übersteigt. Das ist realistisch.

200,- nicht übersteigt. Das ist auch realistisch. Ein 4-Personen-Haushalt verbraucht im Jahr etwa für 900,- DM Strom. Nach einem Jahr Boykott ginge es im Prozeß also um einen Streitwert von 90,- DM. Wir geben die Kosten hier an, damit jeder weiß, was als persönliches Risiko auf ihn zukommen könnte. Wir sagen könnte, denn Hans Mayer steht ja nicht allein. Mit ihm verweigern Hunderte von hannoverschen Haushalten. Sollten sich die Stadtwerke entschließen, dem Widerstand auf dem Gerichtsweg beizukommen, dann kann H.M. auf Unterstützung durch unseren Rechtshilfefonds rechnen.

Stromabschaltung?

Wenn die Stadtwerke mit Stromabschaltung drohen und diese Drohung dann auch wahrnehmen, wird unser Rechtsanwalt eine einstweilige Verfügung unserer Rechtsanwaltskanzlei erwirken, mit deren Hilfe die Stromabschaltung



umgehend rückgängig gemacht wird. Unser entscheidendes Argument dabei ist: Wir verweigern lediglich 10 % unseres Stromrechnungsbetrages. Dabei können die Stadtwerke - als Monopolbetriebe - nicht mit einer totalen Stromsperre reagieren. Zudem ist der Sinn des Treuhandkontos, daß den Stadtwerken die grundsätzliche Zahlungsbereitschaft damit signalisiert wird, sie können Hans Mayer nun nicht vorwerfen, er wäre zahlungsunwillig oder versaufe das Geld. Darum hat er es ja dem Anwalt übergeben. Im Übrigen kann er jederzeit das Geld zurückfordern, wenn er sich nicht mehr am Boykott beteiligen will. Informationen über das Treuhandkonto, Probleme, wie die angemessene Reaktion auf die Jahresabschlußrechnung, das Aufschlüsseln der Monatspauschale in Strom- und Gasrechnungsbetrag folgen in einem Info an die Boykottbereiten bzw. -interessierten. Außerdem werden wir regelmäßig im Ökointor erreichbar sein (genaue Zeiten werden noch mitgeteilt).

Bite ausschneiden und einsenden an:

Stromzahlungsboykottinitiative c/o
Ökointor Hennigstr. 12
3000 Hannover 91, Tel: 4581381

Was ist in anderen Städten bisher gelaufen? /

In Oldenburg läuft die Aktion seit 1. Mai '78 mit 50 Haushalten.

In Hamburg haben 350 Haushalte im Oktober '77 mit der Aktion angefangen. Es kommen laufend Leute dazu. Die Hamburger Elektrizitätswerke haben bisher vereinzelt Mahnungen verschickt und einen Boykottierenden, einem Friseur, angedroht, den Strom abzustellen. Per einstweiliger Verfügung über seinen Anwalt hat er dies verhindert und von den Hamburger E-Verken einen Brief erhalten, in dem sie versuchten, daß sie an einem sogenannten Eilverfahren kein Interesse haben und den Strom nicht abstellen werden. Die Angelegenheit soll gerichtlich entschieden werden.

BEREITSCHAFTSERKLÄRUNG

Ich nehme am Stromzahlungsboykott teil, sobald sich 200 Haushalte mit mir zusammen dazu bereit erklärt haben.

Ich bin an weiteren Informationen interessiert.

Ich bin bereit, durch finanzielle Unterstützung Postkosten u.ä. mitzufinanzieren.

Name _____
Adresse _____ Telefon _____
Datum _____ Unterschrift _____

Arbeitsgruppe Widerstandsformen -3-

Dies wurde in Verbindung mit dem Druck gesehen, der von Außen auf dem Dorf lastete. Angeregt wurde die Teilnahme am Anti-Atomdorf-Treffen in Gorleben am 24./25.6.78. (Vorschlag: Der Bericht von dem Treffen zum diskutieren auch mit in das Materielinfo zu nehmen)
Abschließend wurde übereingekommen, daß man keine Aktionsformen generell ablehnen kann solange sie sich nicht gegen Bürger richtet, sondern die Bewegung verbreitert (Dabei ist die Vor- bzw. Nachbereitung vor Aktionen wichtig!) und daß wir weiter eine Einheit bilden trotz der Vielfalt unserer Widerstandsformen. Blumig anschaulich gesagt: Wir müssen viele Bäche sein, die in einen Fluß münden, der langfristig Atomanlagen und Umwelterstörung hinwegschwemmt.

Selbstanzeigen

Die Frage: Selbstanzeige, ja oder nein? wurde in Hannover zuerst kontrovers diskutiert, und zwar am ersten Tag, innerhalb der Arbeitsgruppe "Widerstandsformen", wobei auch die üblichen Contra-argumente fielen: füttert den SKA-Computer unnötig mit Daten (Punkte-system), unsere Stärke liegt auf dem Gebiet der Aktion nicht der Justiz, der Nutzen für die Angeklagten ist oh zweifelhaft etc.. Wipfeln tat das Ganze in der Behauptung, Selbstanzeiger würden sich nur für Selbstanzeigen interessieren. Außerdem fühlten sich viele genervt, die über Widerstandsformen reden wollten.
Die Selbstanzeige-Interessierten haben sich am nächsten Morgen dann unter sich getroffen. Dabei wurde dem Projekt von Hannover-Oststadt List grünes Licht gegeben, da festgestellt wurde, daß die Selbstanzeigen-Kampagne hier in besten, verantwortungsbewußten Händen ruht (denn es kann selbstverständlich nicht unser Ziel sein, daß wir im Endeffekt statt z.B. 3 dann plötzlich 508 oder 1003 Leute im Gefängnis sitzen haben). Diese Aktion läuft so, daß zunächst 2000 Bereitschafts-erklärungen gesammelt werden, die beim Notar hinterlegt werden. Über Zeitpunkt und Begleitumstände des Vorpreschens (auch über evtl. notwendiges früheres Durchstarten) entscheidet nur eine Vollversammlung der Betroffenen. Für die Pro-Entscheidung waren letztlich zwei Argumente ausschlaggebend: erstens dürfte dies, nämlich einen politisch-moralischen Druck zu erzeugen, so ziemlich die letzte Hoffnung der ohne-Bewährung-verurteilten der Grohnde-Prozesse sein (Revision nur erfolgreich, wenn nachgewiesen werden kann, daß es Formfehler gibt, und daß diese Formfehler ursächlich für die Verurteilung); zweitens wurde uns unser sonstiger Kampf gegen die Grohnde-Urteile, nämlich die Öffentlichkeitsarbeit, ganz erheblich durch die beiden letzten Urteile erschwert: denn für den Normalbürger sieht es jetzt wieder nach Rechtsstaatlichkeit aus (wie soll dieser, der nicht im Gerichtssaal war, wissen, daß die Beweislage tatsächlich bei den ersten 4 genau so wenig schlüssig war wie bei 5 und 6???)

Daher sahen wir in den Selbstanzeigen die letzte Chance - wobei wir das Risiko für den einzelnen innerhalb einer solchen Massenkampagne unvergleichlich geringer einschätzten als bei Einzelvorpreschen; freilich, eine Garantie übernehmen kann man nicht. (Dennoch dürfte bei dieser Art des Vorgehens: Zugegeben wird die Anwesenheit, die passive Ausrüstung sowie die Billigung von Schienenbesetzung und Zuarbeit die Gefahr für den Einzelnen wirklich auf ein Minimum reduziert sein!)

Es wurden auch die Erfahrungen anlässlich der bisher einzigen de facto Selbstanzeige besprochen und eine weitere kontinuierliche Unterzeichnung der Öffentlichkeit über diesen Fall zugesichert, sowie eine differenzierte Stellungnahme der Betroffenen (die inzwischen in Anti-Akw-Telegramm, Atomexpress und ID vorliegt).

(Wegen der zeitlichen Verhinderung der anderen hat die Betreffende auch die Resultatbekanntgabe auf dem Abschlußplenum vorgenommen.) (Obwohl sie selbst bei früheren Anlässen einzeln vorpreschen wollende abgeblockt hatte. Aber wir sind jetzt in einem ganz neuen Stadium, jetzt wo von Hannover über Bremen und Hamburg-Eppendorf, Aachen, Ffm und Kaiserstuhl darüber nachgedacht wird: da gewinnt das ganze Unternehmen ganz andere Erfolgchancen, und auch das Risiko hält sich eher im Rahmen!!!).

u. zwischen auch Rendsburg

SELBSTANZEIGEN - richtig oder falsch ?!

während des arbeitstreffens der bi's am 10./11. juni in hannover hat es besonders an selbstanzeigen heiße und kontroverse diskussionen gegeben. wir hatten den eindruck, daß eine offene auseinandersetzung über das problem einer aktionsform selbstanzeige teilweise abgeblockt wurde.

wir sind trotzdem der meinung, daß selbstanzeigen eine praktische form von widerstand gegen die grohnde-prozesse sind.
die abschreckungsurteile der grohnde-prozesse verfolgen das politische ziel, uns die legitimierung von platzbesetzungen und widerstand gegen akw's auszutreiben. es wurde deutlich: wenn die angeklagten ihren kampf gegen atomprogramm widerrufen hätten, wären sie weitaus besser weggekommen oder sogar freigesprochen. der einschüchterungswert und damit der sinn dieser urteile für politiker, akw-betreiber und justiz kann nur dadurch kaputtgemacht werden, daß wir den kampf gegen akw's und die platzbesetzung als ein mittel bekräftigen. selbstanzeige ist ein mittel, um justiz unmittelbar klarzumachen, daß politische abschreckungsurteile nicht greifen, sondern eher neue, empörte menschen in den kampf ziehen. wenn den urteilen der sinn genommen ist, besteht die chance, sie zu fall zu bringen. wir machen nicht selbstanzeigen, damit noch mehr leute herausgegriffen und verurteilt werden. wir schreiben in den selbstanzeigen rein, daß wir platzbesetzungen und widerstand für wichtig halten.

hauptsächlich wurden immer 3 gegenargumente genannt.

1. wir würden dem staatsschutz freiwillig daten liefern.
 2. wir würden riskieren, daß "massenweise" prozesse stattfinden, bzw. es würden einzelne herausgegriffen.
 3. selbstanzeigen wären eine defensive aktion.
- vor allem das 1. argument wurde mit ersäunlicher hartnäckigkeit immer wiederholt. trotzdem jeden seit den letzten grenzvorfällen (sind z.b. leser von konkret und das da als staatsgefährdende individuen im computer gespeichert) klar sein müßte, das der staatsschutz jedem, der irgendwo aktiv wird, erfaßt. wir unterstellen keinem, der dieses argument gebracht hat, daß er diese tatsache nicht weiß. deshalb verstehen wir dieses argument am allerwenigsten.
zum 2. argument ist zu sagen, daß wir bei jeder aktion riskieren, daß einzelne herausgegriffen werden. das dieses argument kommt, macht nur deutlich, daß wir uns diese konsequenz unserer aktion in der vergangenheit nicht gut genug überlegt haben. und es deshalb passiert ist, daß zu anfang der grohnde-prozesse eine totale überschätzung der eigenen kraft - wir verhindern die prozesse - zum ausdruck kam und heute sich eine tendenz zeigt, die sagt, wir müssen uns damit abfinden, daß die grohnde-angeklagten in den knast kommen.
wir denken, daß in der letzten aussage unsere politische kraft unterschätzt wird und die politische opportunität der gegenseite überschätzt. gerade in den letzten grohnde-urteilen zeigt sich, daß darauf geachtet wird, den schein von rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten und damit den sich rührenden protest gegen die terrorurteile die spitze zu nehmen.

auch daß 3. gegenargument geht von einer falschen einschätzung unserer jetzigen situation aus. nach dem aufschwung der anti-akw-bewegung hat die gegenseite mit 2 mitteln versucht uns in die defensive zu drängen.

1. kriminalisierung der akw-gegner
2. ideologisch mit dem schreckgespenst der arbeitslosigkeit (dabei waren die gewerkschaften sehr hilfreich)

gleichzeitig war der bewegung nach grohnde ihr bis dahin einzig praktisch-wirksames mittel der verhinderung von akws - nämlich platzbesetzungen - genommen. wir denken, daß es nötig ist, aus dieser defensiven situation herauszukommen. klar ist aber auch, daß erstmal jede aktion, die diese einschätzung teilt, in keine defensiv ist. wichtig ist uns, ob der widerstand wege eröffnet, aus diese defensivsituation herauszukommen. selbstanzeigen (und auch strompreisboykott) setzen unserer meinung nach neuen politischen schwerpunkt. es sind aktionen, die der betroffenen einen praktisch-personlichen ausdruck geben. hier drückt sich auch eine andere form von verbindlichkeit aus, als sie z.b. in großdemon zum ausdruck kommt. (wir sind nicht prinzipiell gegen großdemos). gleichzeitig können sie nur politische wirksamkeit haben, wenn sie kollektiv und massenhaft gebracht werden. (veröffentlichung erst ab 2-tausend!!!)
WER SICH NICHT IN GEFÄHR BEGIBT, KOMMT IN IHR UM !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

kontaktadresse für die selbstanzeigenkampagne: arbeiterbuch, rehbockstr. 5, 3000 hannover, tel. 0511/711335

Widerstandsformen

Protokoll:

Claus, Paderborn,
Tel.: 05251/62118

Selbstanzeigen:

Prozeßgruppe Jo Jordan
Feldstr. 44/IV
2000 Hamburg 6

Arbeiterbuch
Rehbockstr. 3
3000 Hannover
Tel.: 0511/711335

Strompreisboykott:

Stromzahlungsboykottinitiative
c/o Ökokontor
Hennigestr. 12
3000 Hannover 91
Tel.: 0511/4581381



Arbeitsgruppe Widerstandsformen

Gearbeitet wurde Samstag von 18.00-22.30 UHR und Sonntag von 9.00 Plenum
Teilnehmer: Minimum ca. 30, Max. ca. 100

Um einen Überblick zu bekommen gingen wir der Reihe nach wahllos alle Aktionen und Aktionsformen durch bis keine Fragen mehr offen waren und Jemand eine andere Sache vortrug:

1) Selbstanzeigen: Bericht von Jo Jordan mit Angabe folgender Gründe: Sie hat so etwas ähnliches schon mal gemacht und ist dabei ohne Ärger geblieben. Sie fühlte sich persönlich moralisch dazu gezwungen. Sie sieht das als eine Möglichkeit der Verbreiterung der Betroffenheit an. Sie schlägt vor, daß Selbstanzeigen (Text etwa: Ich war da, hab passiven Schutz dabei gehabt) beim Notar gesammelt werden und erst ab bestimmter Anzahl bei den Gerichten vorgelegt wird (ebenfalls der Wunsch von Hannoveranern und scheinbar eines WGA - Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke- Mitgliedes und SAG-Mitgliedes). Kritik: Das ist keine offensive Strategie. Es ist besser ohne Geld (Geld wird für Prozesse der Angeklagten und/oder Klagen gegen das ganze Programm gebraucht) vorm Knast zu stehen und was zu tun, als im Knast zu sitzen und weniger zu tun. Anerkennung der "rechtmäßigkeit und rechtsstaatlichkeit" der Verfahren gegen AKW-Gegner.

2) Strompreisboykott: Erfahrungsbericht: 300 Leute machen es indem sie etwas Geld auf ein Sperrkonto einzahlen (für Anwaltskosten u. dgl.) und sich regelmäßig treffen. Gegenmaßnahmen: Als ein Kleinbetrieb unter Druck gesetzt wurde (Stromabschaltung) legte man/frau vorsorglich Beschwerde ein. Das Gericht fragte nach beim Elektrizitätskonzern. Dieser sagte im Moment wäre alles ruhig und sie würden sich in aller Ruhe auf den Prozeß vorbereiten. - Also warten wir mal in noch größerer Ruhe, versuchen die Zahl der Mitmacher aufzustocken. Dieses scheitert, weil es nur nach dem Schneeballsystem geht (einer stößt den anderen an) und viele Leute keinen eigenen Zähler haben oder in Wohngemeinschaften mindestens einer nicht mitspielt.

Resonanz: gut Kritik: mir, dem Protokollschreiber, ist entfallen, ob es überhaupt welche gegeben hat

3) Besetzungen: Bericht von Kirchen-, Ratskeller-, Esenshamm-Pavillion-Besetzungen

von Bremen (waren immer so um die 25 Leute): Das wichtige beim Besetzen ist es mindestens wohl so 24 Stunden drin zu sein und zu verhandeln und zu feilschen bis es nicht mehr geht (und dann gehts immer noch mal meistens!). Resultat: Kirchenbesetzung- gutes Presseecho, während Anti-Atomdorfkrümung, Ratskellerbesetzung- eine Woche den Ratskeller als Ausstellungsraum für unsere Informationen zur Verfügung gehabt. Esenshamm- bei denen rumwühlen dürfen und denen (und anderen) zeigen, was Sicherheitsmaßnahmen im AKW-Bereich eigentlich ausmachen! (Die Leute haben sich als Studenten einen Informationsbesuchstermin geben lassen!)

Resonanz: Applaus Kritik: dahingehend, daß sie wußten, daß sie ihre Personalien angeben müßten (in Esenshamm), aber das war es ihnen wert.

4) Deckungsvorsorge: Das ist etwas für abseits vom Schuß (sprich AKW) gelegene BIs, die als Argumentationshilfe, die auf Unterlagen der Versicherer von AKWs zugrunde liegenden Deckungsvorsorgen bekannt machen sollen, d.h. die Versicherungen errechnen den Schaden (Mensch, Du, ich, Tier, Natur) im Umkreis von 100 km vom AKW und rechnen daraufhin die Versicherungsprämie (Kopfgeldprämie?) aus.

Resonanz: Überraschung

5) Aktion im Umweltschutzbereich: Für BIs, die über den "allgemeinen" Umweltschutz auf sich und die AKWs aufmerksam machen wollen, wird empfohlen eine Recyclingaktion zu starten bei der der Dreck oder die Wegwerfprodukte einer lokalen Firma dieser wieder zurückgebracht werden.

Resonanz: positiv

Arbeitsgruppe Widerstandsformen -2-

6) Menscheneteppich: Man/Frau lege sich vor ein Elektrizitätswerk oder E-Büro und spiele Leiche, so daß die dort arbeitenden Leute darüber steigen müssen oder (wenn wir stark und viele sind) uns erst "wegräumen" müssen.

Resonanz: positiv

7) Fässerrollen: Fässer mit radioaktivem Zeichen werden leer durch die Straßen gerollt mit Begleitung von Schutzanzugleuten (zusätzlich vielleicht noch dumpfe Trommeln und das ständige Wiederholen des Refrains: Legt die Leichen raus! Legt die Leichen raus!

Resonanz: positiv

8) Flugblattaktion: Aufforderung per Flugblatt zu bestimmten Aktionen wie "Abholen eines Bunkerbereitigungsscheines" o. dgl.

Resonanz: positiv

9) Radioaktives Theater: Man spielt bei einem E-Konzern-Typ radioaktive Verseuchung, weil dieser bei einem Routinebesuch im AKW was "mitbekommen" hat. Deshalb bei ihm zu Hause Aufmarsch der Schutzanzugtypen mit Gerät.

Resonanz: geteilt

10) Zusendeaktion: Postkartenfrageaktion so ähnlich wie bei 8.

11) Aktionärsversammlung: Man kauft eine Aktie eines Konzerns, geht zur Aktionärsversammlung (gutes Essen u. dgl.) und redet dort (am besten mit so 5-10 Leuten mit je einer Aktie) und kann so die Zeit nützen den Herren mal etwas wahres, aus dem Leben gegriffenes zu erzählen.

Resonanz: sehr gut

12) Massenklage: Diese geht nach dem Grundgesetz wegen des Schutzes des Lebens, der Familie und hängt zusammen mit Artikel 19 und 25 und dann wird man sehen, ob man Recht bekommt und kein Illusionist ist bzgl. dieses Staates oder man bekommt kein Recht und blickt durch, dann kann man wegen staatsabträglichen Verhaltens des Staates laut Grundgesetz gegen diesen Vorgehen. (Es sind schon ca. 500 Namen dafür beim Notar)

Resonanz: geteilt. Ja dazu, weil es die Augen für viele Leute öffnen würde Kritik: Es kostet zuviel Geld

13) Heikel wie die Nummer 8: Dies wurde als Anekdote erzählt: Man könnte ja nicht immer richtige Sachen verbreiten, um eine Betroffenheit herzustellen.

Resonanz: geteilt Es könnte Leute abschrecken oder sogar zu "außergewöhnlichen Zuständen" führen.

14) Radiosender: Bericht über den 3-sprachigen (elsäbisch, deutsch, französisch) Sender "Radio Grün Fessenheim", der als lokales Kommunikationsmittel ein wertvolles Mittel für den Kampf gegen AKWs und die Darstellung von Gruppen ist. Es wurde auf die Gefahr eines illegalen Senders hingewiesen (bis zu 5 Jahren Bau) und das es keine abgeschottete Gruppe (wie bei Punkt 13) sein muß, die so etwas schaffen könnte. Wichtig ist regelmäßige Sendezeit und interessantes Programm. Anleitungen über den Bau sind bei der Berliner Gruppe erhältlich!

Resonanz: geteilt, wegen dem Risiko. Positiv wurde gesehen, daß es einen Sender mitten in einem Dorf gibt, wo keiner (Polizei) reingeht, weil das ganze Dorf davor stehen würde

15) Anti-Atom-Dorf: Es wurden die Erfahrungen aus Brokdorf und vor allem Grohnde (und das im Vergleich mit der Whyler Platzbesetzung) besprochen und versucht die Gründe für die nur teilweise gelungene Integration und Annäherung an die örtliche Bevölkerung untersucht. Es wurde gesagt, daß etwa folgende Gründe vorlagen: Die Dorfbewohner waren als Gruppe für die Umgebung nicht einzuschätzen; Öffentlichkeitsarbeit ist zuwenig von den Dorfbewohnern, statt dessen mehr von den "Urlaubern" und K-Leuten geleistet worden; Leute haben den Freiraum genutzt, um sich einen persönlichen Freiraum zu schaffen, der mit den AKWs nur indirekt zu tun hatte; die Zusammenarbeit mit den BIs (sowohl regional als auch überregional) war zu schlecht bzw. wurde nicht aufrechterhalten.

b.w. →

Kriminalisierung

Albrecht: Ein Akt einmaliger Brutalität

Interview mit Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht
Hannover, 21. März | Ausrüstung mit, die Millionen gekostet hat

Albrecht: „Bin erschüttert“

In Grohnde an der Weser war die Hölle los:

Blutige Schlacht zwischen

Atomkraft

Polizei: Radikale
Unsern proben Bürgerkrieg

Protest und Polizei

Setzt die Terror- und Gewalttätigkeiten entsetzt
Kernkraft-Protest endet mit „Schlacht“ um
Kernkraftwerk Grohnde
Chanten kamen mit Eskalation

Komitee Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben.
c/o Dipl.Ing.Rainhard Bartolles, Hochschule für Technik, Lange-
marckstr., Bremen

AM DIENSTAG, DEM 25. JULI 1978

SOLL DAS SEIT 1974 BETRIEBENE BERUFSVERBOT GEGEN PROFESSOR SCHEER
ENDGÜLTIG VOLLZOGEN WERDEN!

Am 25.7.1978 beabsichtigt der Bremer Disziplinarhof in zweiter
und damit letzter Instanz über die geplante Entlassung von
Prof. Scheer zu entscheiden.

Das Disziplinarurteil der ersten Instanz vom 19. Oktober 1977
stützt sich ausschließlich auf Scheers Mitgliedschaft in der KPD.

Jedoch haben eine große Zahl von Atomkraftgegnern, Bürgerinitia-
tiven und andere Organisationen und Gruppen protestiert, weil
durch Scheers drohendes Berufsverbot nicht nur die Organisations-
freiheit weiter eingeschränkt und die politische Gesinnung ver-
folgt werden, sondern daß die Bewegung gegen die Atomenergie ge-
troffen werden soll. Professor Scheer gilt als einer der Gründer
der wissenschaftlichen Kritik an der Atomenergie in der BRD und er
unterstützt auch praktisch in der verschiedensten Weise die Anti-
atombewegung.

Prof.Scheer ist weiterhin wegen des Aufrufs zu den großen Demon-
strationen gegen das AKW Brokdorf wegen "Schwerem Landfriedens-
bruch" angeklagt.

Das Komitee "Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben", in dem
Personen verschiedener politischer Ansichten zusammenarbeiten,
ruft auf zu einer Protestkundgebung

am 25. Juli 1978, 9.00 Uhr, vor dem Verwaltungsgericht,
Bremen, Altenwall,
gegen das Berufsverbot Scheers.

Das Komitee fordert alle auf, gegen die Entlassung Scheers beim
Disziplinarhof des Verwaltungsgerichts zu protestieren und Kopien
an die o.a. Adresse zu senden.

Für das Komitee
gez. Klaus Bätjer

Verteiler:BI's des Troisdorfer und Hannoveraner Treffens,
BBU,AUD,WEL,GLU Niedersachsen,Bunte Liste Wehrt Euch,
GLU Schleswig Holstein

Jens Scheer

REDE AUF DER KUNDGEBUNG GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON ATOMKRAFT-
GEGNERN IN HANNOVER AM 10.6.78

Liebe Freunde,
Sie wollen uns im Knast begraben,denn wir kämpfen gegen Atomanlagen.
Sie haben versucht ,uns zu spalten in "friedliche" und"Gewalttäter",
in Demokraten und Kommunisten,aber sie haben gemerkt:
Wir haben zusammengehalten,iwr haben uns nicht trennen lassen nach den
Vorstellungen über die Form des Wider standes,nach Parteizugehörigkeit und
Weltanschauung,denn uns eint da s gemeinsame Ziel:Weg mit dem Atomprogramm!
Weil es um zigmilliarden-Profitte geht,will der Staat sein Programm
mit allen Mitteln,mit aller Gewalt durchsetzen.
Wir haben die Gewalt nicht erfunden,wir haben sie vorgefunden!
Sie haben aus Unrecht"Recht"gemacht-dagegen wird für alle Widerstand zur
Pflicht!

Als sie uns nicht spalten konnten,versuchten sie uns einzuschüchtern und
zu unterdrücken.

Wenige sind angeklagt und verurteilt - gemeint sind wir alle!
So sind auch seit kurzem mein Genosse Uli Lenze und ich als Die zwei
Verantwortlichen für die Demonstrationen von Brokdorf II und III
angeklagt-Es will ind die Polizistenhirne,in die Juristenhirne nicht
hinein,daß unsere Bewegung keine Rädelsführer,keine Drahtzieher hat,
sondern daß jeder von uns selbstverantwortlich und selbständig den
gemeinsamen Kampf führt.

Was hier vorgeht - dieser Polizeiterror,dieser Justizterror -
das wirft ein Schlaglicht darauf,was heute in die em Staat schon wieder
möglich ist-
wie Razziengesetz,wie Todesschußgesetz,wie Kontaktsperregesetz -
das sind Maßnahmen,die sich gegen jeden richten,der für sein Recht
selbständig eintritt-
ob Arbeiter im Streik,ob Bauer bei der Treckerblockade.
Das sind Schritte in den offenen Unrechtsstaat,das zeigt die faschistische
Gefahr!

Das muß jeden empören,jeder ist aufgerufen zum Protest,dem es um
elementare demokratische Rechte geht-
gleich wie er zur Atomenergie steht,
gleich wie er zum Grundgesetz steht,ob er glaubt,unter Berufung darauf
seine Rechte einklagen zu können,oder ob er meint,daß es selbst zur
Unterdrückung dient,
gleich wie sonst seine politischenAnsichten und Überzeugungen sind.

Diesen Angriff auf demokratische Rechte tut not,damit wir den Kampf gegen
Atomanlagen weiter konkret und massenhaft führen können-
in Gorleben,in Esenshamm(wo vor kurzem der Lügenpavillon der NWK besetzt
wurde und wo wir die Einschaltung ganz gewiß nicht hinnehmen werden),
in Brokdorf,in Grohnde,Wyhl,Kalkar und anderswo.

Viele,die zunächst nur empört sind über diese Terrorurteile,auch und
vor allem in der Arbeiterschaft,werden im Verlauf des Kampfes dagegen
auch zu Mitstreitern gegen das Atomprogramm werden.

Wenn wir in diesem Sinne weitermachen,dann bin ich sicher:

SIE WERDEN UNS NICHT IM KNAST BEGRABEN -
was verschwinden wird,sind die Atomanlagen-und die Bauplätze werden
wieder Wiese werden!

PROTOKOLL DER KRIMINALISIERUNGS-AG Kongreß Hannover 10. u. 11. Juni

Die BI's berichteten zuerst aus ihrer Arbeit zur Kriminalisierung. Von der Gruppe wurde im wesentlichen geschildert, daß ihre Arbeit auf wenig Resonanz stößt, bzw. in den Orten wenig zu den Prozessen läuft.

Als Mängel wurden angegeben, daß zwar Informationen den BI's zur Verfügung gestellt wurden, allerdings unklar bleibt, was damit passiert. Von Hannover wurde besonders hervorgehoben, daß die Gefahr groß sei, nur noch als Prozeßgegner zu arbeiten und dabei den Kampf gegen AKW's zu vergessen. Hierzu wurde von allen Gruppen vertreten, daß der Kampf gegen das Atomprogramm keinesfalls vernachlässigt werden sollte, und Demonstrationen gegen Atomanlagen verbinden mit dem Kampf gegen Kriminalisierung sollten jedoch nicht als Ersatz für weitere Prozeßarbeit mißverstanden werden, z.B. unter dem Motto: "Wir lassen uns nicht einschüchtern". Die größte Schwierigkeit (am meisten vorgebracht) der Gruppen bestand im schlechten Infowesen und dem fast nicht vorhandenen Erfahrungsaustausch in der Arbeit gegen die Kriminalisierung. So wurde von vielen dargestellt, daß man zwar BI's darüber informieren könne, daß schon wieder ein Urteil gefällt worden ist, dann aber nichts daraus folgt. Hierbei wurde die mangelnde Betroffenheit (ein Gewöhnungsprozeß innerhalb der Linken, die Unrechtsmaßnahmen hinzunehmen; sich wenig um die Angeklagten zu kümmern) und die Hilflosigkeit etwas gegen die Justizmaschinerie zu tun, hervorgehoben.

Die abschließende Diskussion verlief etwas unstrukturiert, es wurden jedoch folgende Punkte herausgearbeitet, auf die wir uns einigen konnten:

1. Die Prozesse gehen über den Angriff auf AKW-Gegner hinaus und stellen eine Verschärfung im Abbau demokratischer Rechte dar. Diesen allgemeinen Charakter des staatlichen Vorgehens, der sich gegen eine Massenbewegung richtet, gilt es klarzumachen.
2. Aus 1. ergibt sich eine Notwendigkeit, stärker als bisher, demokratische Kräfte und von dieser Entwicklung bedrohte Menschen anzusprechen und eine Zusammenarbeit anzustreben.
3. Die Prozesse sind ein besonders schwerer Angriff auf die Anti-AKW-Bewegung. Mit ihnen soll eine Einschüchterung, Demoralisierung und Abgrenzung "zu illegalen "amofformen" erreicht werden. Die Gefahr der Spaltung der Bewegung an dieser Frage gilt es besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
4. Für unsere Arbeit gilt es, einen "langen Atem" zu entwickeln. Dies soll heißen, daß wir uns von der Illusion trennen müssen die Prozesse verhindern zu können, Freisprüche zu erzwingen oder Einfluß auf die Prozeßlinie des Staatsapparats nehmen könnten. Bei den "milden" Urteilen (Bewährung für Rüdiger, Freispruch für K.-W. Mahn) hier war vor seinem Prozeß das Ermittlungsverfahren gegen ihn bereits schon einmal eingestellt worden) müssen wir von einem taktischen Zugeständnis des Gerichts ausgehen, der mit der noch vorhandenen Illusion über die Unabhängigkeit der Justiz, der Rechtsstaatlichkeit der Grohnde-Verfahren die Solidaritätsbewegung für die Angeklagten einschläfern soll, in den kommenden Verfahren wird wieder mit harten Urteilen gerechnet. Der konkrete Prozeßablauf spielt kaum eine Rolle für die Zumessung des Strafmaßes (vgl. Rüdiger u. Eso-Prozeß). Hieraus ergibt sich also gerade die Notwendigkeit, diese allgemeine Legitimation der Justiz so schwer wie möglich zu machen. Und damit den Druck auf sie zu verstärken.
5. Es gilt den Kontakt unter uns und zu demokratischen Menschen zu verbessern um der Aufgabe gerecht zu werden (s. 4.) und das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit zu zerstören. Dies wird sich nur machen lassen, wenn wir unser Info-System verbessern, andere Themen, wie Antifa-Prozesse usw. mit in Arbeit mit einbeziehen und diese Prozesse in den Rahmen der allgemeinen Entwicklung der BRD in Richtung Polizeistaat einordnen (vgl. Rote Hilfe).

PROTOKOLL VOM 2. TAG Kongreß Hannover 10. u. 11. Juni

Zuerst erfolgte eine Einschätzung und Zusammenfassung vom ersten Tag. Dann wurde der Punkt "konkrete Maßnahmen" diskutiert.

1. Das Russell-Buch über die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung mit Schwerpunkt auf die Grohnde-Prozesse. Hier war eine große Mehrheit dafür, mit dem Argument, daß man damit sehr gut in demokratische Kreise hineinwirken kann. Das Russell-Buch ist keine Konkurrenz zu anderen Prozeß-Büchern/Broschüren (wie vom Bremer E.-A. der BBA befürchtet). Der Hamburger E.-A. erstellt hierzu ein Arbeitspapier, andere Gruppen schicken ihm dann Material.
2. Patenschaften: Die sind schon mit gutem Erfolg gelaufen, z.B. in Bärbels Prozeß wegen der Bernd-Löwe-Begleitung zur Bullenwache. Auch hierüber wird ein breiter Erfahrungsaustausch angestrebt (z.B. treffen sich in HH seit kurzem verschiedene BI's, die Patenschaften übernehmen wollen). Patenschaften heit, ganz konkrete Solidaritätsarbeit mit den Angeklagten zu leisten: Prozeßbesuche organisieren, Knastbesuche und dahin Briefe schreiben, Zusammenarbeit mit GSI und Rote Hilfe, Zusammenarbeit mit Anwälten (z.B. was man noch für Anträge im Prozeß stellen kann), bessere Gewährleistung von Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammeln. (hierzu wird ein extra-Papier vom Hamb. E.-A. gemacht).
3. Verienbarung von Infoaustausch über Kriminalisierung an anderen Orten, Prozeßmitteilungen, Öffentlichkeitsarbeit und Erfahrungen damit. Den Versand der Materialien müssen die BI's selbständig vornehmen (Adressenliste = Anwesenheitsliste wird von Hannover verschickt). Die Hamburger übernehmen die monatliche Zusammenstellung der Materialliste, die auf Wunsch von einzelnen BI's angefordert werden kann. Adresse: E.-A. der BUU/HH c/o Rainer Hartmann, Grindelhof 9, 2000 HH 13.
4. Arbeiten mit der "FR"-Anzeige in die demokratische Öffentlichkeit hinein (siehe unter Diskussion zur Selbstanzeigenkampagne).
5. Spendengelder sollten in Zukunft an den Hannoveraner E.-A geschickt werden um die Gelder von zentraler Stelle gleichmäßiger auf die Angeklagten zu verteilen. Derzeitiger Kontostand ist die Summe von 36.000,— DM. Für jeden Angeklagten kommen Prozeßkosten in Höhe von 10.000 bis 20.000,— DM zu. Konto Nr.: 26780 127 Stadtparkasse Hannover
ELZ : 250 501 80 Goetz Buchholz, Boedekerstr. 75, 3 Hannover 1
(da kann man auch die neue Grohnde-Broschüre bestellen, kostet 2,— DM).

PROTOKOLL ÜBER DIE SELBSTANZEIGEN-DISKUSSION IN DER KRIMINALISIERUNGS-AG
=====

Die ganze Sache mit den Selbstanzeigen ist durch Jo Jordan aus Hamburg in Rollen gekommen, die sich im Januar 78 mit einer sehr detaillierten Selbstanzeige bezichtigte, in Grohnde Gewalt gegen Sachen ausgeübt zu haben. Um sie entstand eine Prozeßgruppe, die zur Selbstanzeige eine Presseerklärung verfaßte und in Zukunft einen Film über die ganze Problematik (incl. Grohnde-Prozesse) drehen will. Gegen Jo läuft z.Zt. ein Ermittlungsverfahren wegen "Verdacht auf Landfriedensbruch" außerdem hat ihr die SAZ mittlerweile eine Eintragung in ihre VS-Akte eingebracht.

In Hannover arbeitet eine Gruppe zu Selbstanzeigen, die bis zu 2.000 Leuten sammeln will, um sich mit diesen dann auch wegen Gewalt gegen Sachen zu bezichtigen. Argumente für ihre Aktion sind: Man verleiht der Parole "Angeklagt - Wir alle" mehr Nachdruck. Die SAZ sind ein Ausdruck der aktiven Solidarität mit den Angeklagten. Hierdurch kann man verstärkte Öffentlichkeitsarbeit schaffen und Druck auf die Gerichte ausüben. Selbstanzeigen sind kein besonderes Risiko, vom Staatsanwalt rausgegriffen zu werden, weil ja fast auf jeder Demo Leute von den Bullen gegriffen werden. Von einer kleinen Minderheit wurden die SAZ als eine der Aktionsformen des Widerstands verstanden, in die man auch über die AKW-Bewegung hinaus, Leute mit einbeziehen könne.

Die Mehrheit der Kriminalisierungs-AG hat dem entgegengehalten: SAZ werden aus einer z.Zt. anhaltenden Schwächposition der Anti-AKW-Bewegung gestellt, d.h. hier gibt es z.Zt. keine gute Basis zur Solidarität mit evt. rausgegriffenen. Was hindert die Staatsanwaltschaft, gegen die SAZ-Leute nicht auch voll vom Leder zu ziehen? Denn hier spart sich das Gericht eine mühselige "Beweis"führung, weil es sich um Geständnisse handelt. Gerade die Zahl von 2.000 Leuten schafft in der Öffentlichkeit das Bild von den "2.000 bewaffneten Chaoten". Mit SAZ kann man kaum in bürgerlich-demokratische Kreise hineinstoßen, weil solche Leute kaum in Grohnde dabei waren. Als Gegensatz aber dient dazu sehr gut die "FR"-Anzeige, die z.B. von Richter Ostermeyer unterzeichnet wurde. SAZ sind defensiv, weil man dem Staat damit das Heft des Handelns überläßt. Abschreckendes Beispiel: In Münster wurden gegen alle 44 Unterzeichner einer Unterschriftenaktion Ermittlungsverfahren eingeleitet. In dem Text der Resolution war nur von einem "brutalen Polizeieinsatz" (bezog sich auf Grohnde) die Rede gewesen. § 218: Hier zeigten sich Frauen 1971 selbst an. Zu Anfang schafften sie damit eine breite Öffentlichkeit, weil sich prominente Frauen an der Aktion beteiligten. Später sind auch hier einige Frauen rausgegriffen worden.

Selbstanzeigen werden z.Tz. diskutiert in Hamburg, Hannover, Aachen, Bremen u.a.

Informationen zu dieser Sache verschickt die

Prozeßgruppe Jo Jordan
Feldstr. 44/IV

2.000 Hamburg 6

(dazu muß man allerdings sagen, daß die Stellungnahmen von Jo teilweise mit Vorsicht zu genießen sind!)

Gegenstand dieses Russell-Tribunals ist u.a. die Behinderung der Verteidigung in Strafprozessen. Hierzu hat die Anti-AKW-Bewegung schon einige Erfahrungen machen müssen, speziell was die Grohnde-Prozesse angeht. Wir meinen, daß es den Angeklagten und der Anti-AKW-Bewegung nur nützen kann, wenn die Prozesse in den ganzen Rahmen der politischen Unterdrückung einbezogen werden. Der Sinn einer solchen Russell-Initiative Arbeit soll also eine möglichst detaillierte Anklageschrift gegen die in der BRD herrschende Praxis des Justizapparates sein. Wir hoffen, daß ihr uns hilft, die Informationen zusammenzutragen; diese sind oftmals noch in der Gegend zerstreut und stehen somit nur z.T. zur Verfügung. Die Fakten wollen wir dann in einer Broschüre zusammenfassen, die nicht als Konkurrenz zu bisherigen Veröffentlichungen gedacht ist, sondern als Ergänzung.

Der Jury des Russell-Tribunals sollten folgende Unterlagen vorliegen:

- Anklageschriften
- Urteile, soweit sie bis dahin vorliegen
- Auswertung der Urteile; falls die Urteile schon in Prozeßgruppen oder bei Treffen von Anwälten ect. ausgewertet wurden, solltet ihr uns diese Unterlagen zuschicken.
- Auswertung der Aussagen der Polizeizeugen (Widersprüche, Absprachen, beschränkte Aussagegenehmigung, Vereidigung)
- Verletzungen der bestehenden Strafprozessordnung (Beschränkung der Öffentlichkeit, Zeugengeld, Ermittlungsverfahren gegen Zeugen)
- Auswirkung der zu Stammheim durchgezogenen Gesetze (Sicherheitsbestimmungen, Pflichtverteidiger, Vorbeugehaft, Verbot der Mehrfachverteidigung)
- Demonstrationsrecht (Verbot von sog. waffenähnlichen Gegenständen, Ausrüstung der Polizei, Demonstrationsverbot)

Diese Punkte können hauptsächlich nur von "Fachleuten", die in der Prozeßarbeit drinstecken, beantwortet werden, jedoch sollten von jeder BI die Punkte niedergeschrieben werden, die sich am Rande der Prozesse abspielen. So z. B.:

- Behinderung der Öffentlichkeitsarbeit zu den Prozessen
- Erfahrungen mit den Schikanen bei Prozeßbesuchen
- Erfahrungen mit der Polizei, wie Personalienfeststellung, Durchsuchungen, Festnahmeabläufe usw...

Hier in Hamburg werden wir uns mit der örtlichen Russell-Initiative zusammensetzen und dann auch in die konkrete Arbeit einsteigen. Da Russell Initiativen auch in anderen Orten bestehen, sollten ihr mal bei diesen vorbeischauchen;

In Hannover wird zur Zeit an einer Broschüre gearbeitet, in der die Prozesse sehr detailliert ausgewertet werden. Diese soll noch Ende des Monats erscheinen; damit werden wir schon einen wichtigen Teil für das Tribunal vorliegen haben.

Zwei Angeklagte haben sich bereiterklärt, vor dem Tribunal auszusagen. Rüdiger J. und Christian G. An Hand ihrer Aussagen und des Beweismaterials soll dann das Russell-Tribunal beurteilen, ob es sich bei den Angeklagten "nur um Kriminelle handelt", ob überhaupt in den Prozessen, selbst nach bürgerlichem Gesetzbuch, Recht gesprochen wird, ob Menschenrechte verletzt werden !!!

Mit solidarischen Grüßen
Ermittlungsausschuß der BRU
Kontakt: Rainer Hartmann, Grindelhof 9, 2 Hamburg 13

Zur Patenschaftsarbeit der BIs.

Von unserem Ermittlungsausschuß sind bisher 2 Treffen von BIs organisiert worden, die entweder schon eine Unterstützungsarbeit für die Grohnde-Angeklagten machen oder ein Interesse daran haben. Obwohl von uns schon seit längerer Zeit hierfür geworben wurde haben viele BIs sich erst jetzt dafür entschlossen. Dadurch sind wir leider nicht in der Lage, hier großartig Erfahrungen anzubieten, jedoch zeigen sich u.M. nach gute Ansätze für diese Arbeit. Da die Betreuung von Angeklagten bei fast allen Gruppen erst am Anfang steht, war der Erfahrungsaustausch unter uns der zentrale Punkt unseres letzten Treffens.

Da die Gruppe AGUI schon recht viel unternommen hat berichtete sie über ihre Patenschaftsaktivitäten. Sie gingen dabei nach mehreren Gesichtspunkten vor:

- verbindliche Besuche des Prozesses und die Protokollierung wurden organisiert.
- Sie sorgten für eine gute Zusammenarbeit mit dem Anwalt, den Hamelner BIs (dem Ort der Gerichtsverhandlung), den BIs am Wohnort des Angeklagten und natürlich mit dem Angeklagten selbst.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Verschicken von Artikeln und den Protokollen)
- Organisierung von Infoständen, Stellschildern etc. mit Spendensammlung.

Um die von ihnen gemachten Erfahrungen auch Anderen zu Verfügung zu stellen hat die AGUI (Arbeitsgruppe Unterelbe Industrialisierung) ein Papier mit einer detaillierten Darstellung ihrer Aktivitäten erstellt. Ihre Aktivitäten können sicherlich noch ergänzt werden. Wenn ihr also Tips und Anregungen auf Lager habt, dann teilt sie uns bitte mit. Wir hätten auch gern gewußt, was für Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Angeklagten und durch die konkrete Verfahrenssituation bestehen. Für BIs, die einen schon Verurteilten (in der Phase bis zum Revisionsverfahren oder dessen Knast"aufenthalt") betreuen, werden sich z.B. andere Aufgaben stellen als für die, die einen noch laufenden Prozeß wie bei Matthias Künzel (AGUI) vor sich haben. Bei Schwierigkeiten mit Angeklagten spielt z.T. deren Angst eine Rolle, vor einen Karren gespannt zu werden, den sie politisch ablehnen. So kam z.B. bei einem Angeklagten keine Patenschaft zustande, obwohl bei der BI-Angestellte der Wille zur solidarischen Zusammenarbeit vorhanden war. Wenn sich dann auf gemeinsamen Treffen über den Sinn der "Bunten Liste/Wehrt Euch" gestritten wird sinkt die Bereitschaft einer BI, etwas gegen die Gronde-Prozesse zu unternehmen, schnell auf ein Minimum. Wir erwarten eigentlich, daß man trotz unterschiedlicher pol. Anschauungen in der konkreten Solidaritätsarbeit zu einer solidarischen Zusammenarbeit kommen kann.

Bei dem Treffen sprachen wir ebenfalls über die Schwierigkeiten bei der Öffentlichkeitsarbeit. Einig waren wir uns alle, daß es nicht reicht, sich nur mit einer Spendendose hinzustellen. Z.T. liegt hier ein Mangel an Ideen vor. Hier wollen wir uns durch Berichte gegenseitig unterstützen und auch möglichst konkret die Schwierigkeiten besprechen. So verkauften z.B. Steilshooper Popkorn und sammelten damit recht viel Geld für die Angeklagten, die AGUI gab Aufkleber heraus "Elbwasser macht schlank" und nahm dadurch bisher schon über 400,-DM für die Angeklagten ein. So überlegen wir uns auch, ob wir nicht mal eine größere Aktion von Allen machen z.B. eine Veranstaltung oder ein Fest.

Wichtig wird es für und sein, für die Solidaritätsarbeit insgesamt mehr zu werben. In Anbetracht der Wichtigkeit einer solchen Arbeit und bei dem, was z.Z. nur läuft müssen mehr in solche Arbeit einbezogen werden. Für alle war jedenfalls klar, daß ohne möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit und die für die Angeklagten sehr wichtige persönliche Betreuung die Demoralisierung bald nicht nur eine Bedrohung der Bewegung sondern eine Tatsache wird.

Für die Angeklagten kommen pro Prozeß Kosten von 10 bis 20000,-DM zu. auf jeden von ihnen Verurteilten zu. Gerade hier wird die Notwendigkeit von Solidaritätsaktionen noch einmal besonders deutlich.

Die Werbung für das Übernehmen von Patenschaften und anderen Formen der Solidaritätsarbeit stieß bisher oftmals auf die Schwierigkeit, daß Bereitwillige nicht wußten, was sie da machen können. Wir werden versuchen, über solche Möglichkeiten und gute Beispiele mehr und breiter zu informieren. Ein Anfang dazu soll schon mal das Papier der AGUI sein. Außerdem wollen wir uns alle 14 Tage regelmäßig zum Erfahrungsaustausch treffen. Dieses Treffen ist erst einmal auf Donnerstag in der Fruchthallee 9 festgelegt worden. Das nächste wäre dann am 6.7. um 18:30 Uhr. Genauso werden wir den Kontakt unter den BIs selbst verbessern.

Da bei einigen BIs sich nur wenige in der Solidaritätsarbeit stärker engagieren, sollten diese am besten mehr zusammenarbeiten. Natürlich soll dann auch weiterhin versucht werden, die anderen BI-Mitglieder in diese Arbeit miteinzubeziehen. Über eine Zusammenarbeit mit Anhängern der Autonomen wie mit den in der Solidaritätsarbeit steckenden Gruppen außerhalb Hamburgs werden wir uns freuen und sie anstreben.

E.A.

ANG E K L A G T E R

A N W A I T

P A T E N - F I

ESO (helmut Oldefest) 3131 Kolborn	D. Magsam, Hamburg, 3900103	harmbek (Ulli) 2208284
Christian Matschkus 2054 Geesthacht	U. Mäffert, HH, Bahrenfelderstr. 93	Lurup + Osdorf (Petra) 3500591
Mathias Küntzel 3140 Lüneburg	Bissing, Hamburg, Schillerstr. 45 <i>Hartmut Scharmer wie U. Mäffert</i>	AGUI + Erzieher (Hilke) 891471 2
Norbert Iwan 3250 Hameln	Müller, Hannover, Davenstädterstr. 81	Hamm (Mike) 2004408
Karl Winter Kassel Z.Zt. im Knast Hannover	Huesmann, Kassel	Dulsberg (Robi) 689169
Bernd Löwe 2000 Hamburg 1	Günemann, HH, 402020	Eppendorfer Baum (Jan) 46 49 21
Christian Genrke 3000 Hannover Tel.: 0511/623688	E. Klawitter, Hann. 453243	Rotherbaum (Ottfried) 445312
JERRY (Gerd Schulz)	Adamietz, Bremen, Friesenstr. 92	ehemals Othmarschen (Christine) 3900918
Rüdiger Jörf 2000 Hamburg	Eisele & Böddeling, HH	Altona
Wolfgang Giesler 2000 Hamburg 19	Galette, Kiel	Angestellte (Ottmar) 499985
	<i>Vorläufiger Stand 22.6.</i>	

--ANZEIGE !-WICHTIG! 1-

GROHNDE-PROZESSE (2) WIE UNRECHT ZU RECHT WIRD...



EINE DARSTELLUNG
GROHNDE-PROZESSE
DER ERSTEN WELLE DER
... HERAUSGEGEBEN VOM
ERMITTLUNGSAUSSCHUSS HANNOVER · 4.7.1978 · 2 MARK

NEU!- zu beziehen über:
Goetz Buchholz, Boedeker-
str. 75, 3 Hannover 1
Preis: 2,-DM

KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ANGEKLAGTEN DER BONNER THIEU-PROZESSE

c/o Hansjörg Hilke · Postfach 190 362 · D - 5000 Köln 19

an das Aktionswochenende der Bürgerinitiativen
gegen Atomanlagen vom 9. bis 11. Juni 1979 in Hannover

Liebe Teilnehmer und Veranstalter des Aktionswochenendes,

das Komitee zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse wünscht

- der Veranstaltung „Atomenergieprogramm und Demokratie“,
 - der Demonstration gegen die Grohnde-Prozesse und die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und
 - dem öffentlichen Arbeitstreffen
- viel Erfolg und einen guten Verlauf.

Eine Prozeßlawine rollt auf die AKW-Gegner zu, weil sie entschieden daran festhalten, den Bau volksfeindlicher Atomanlagen zu verhindern. Angesichts dieses Angriffs solidarisiert sich unser Komitee mit allen durch die Justiz verfolgten AKW-Gegnern.

Gleichzeitig möchten wir Euch auf die Bonner Thieu-Prozesse aufmerksam machen und Euch vorschlagen, daß wir uns gegenseitig über den Verlauf der Prozesse informieren und gegenseitig solidarisch unterstützen.

Am 3. Mai begann in Bonn der erste von insgesamt 3 Thieu-Prozessen gegen 15 Demokraten, Antiimperialisten und Kommunisten. Ihnen wird vorgeworfen, an der symbolischen Besetzung des Bonner Rathauses am 10. April 1973 beteiligt gewesen zu sein. Damals war unter Beteiligung von mehr als 3.000 Menschen das Bonner Rathaus vorübergehend besetzt worden, um dort gegen den provokatorischen Be-

such des Faschisten Thieu — der sich selbst als „Hitler Südostasiens“ bezeichnete — und die Unterstützung der US-Aggression gegen Vietnam durch die Bundesregierung zu demonstrieren. Die Anklage lautet auf „schweren Landfriedensbruch“, „schweren Hausfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Den Angeklagten droht (z.B. im Falle der Verurteilung wegen „schweren Landfriedensbruch“) eine Gefängnisstrafe zwischen 6 Monaten und 10 Jahren. Außerdem werden an sie Schadenersatzforderungen in Höhe von 150.000,- DM gerichtet.

Im ersten Prozeß sollen diejenigen verurteilt werden, die angeblich im Rathaus gewesen sind. Der zweite Prozeß soll sich mit denen befassen, die angeblich durch aktive Mithilfe vor dem Rathaus die Besetzung erst ermöglicht haben. Und der dritte Prozeß soll dann gegen die sogenannten Rädelsführer der KPD geführt werden. Angeklagte sind hier Christian Semler, Vorsitzender des ZK der KPD und Jürgen Horlemann, Mitglied des ZK der KPD.

Die Anti-AKW-Prozesse und die Bonner Thieu-Prozesse haben vieles gemeinsam. In beiden Prozessen sind Menschen angeklagt, die stellvertretend für gerechte politische Massenbewegungen verurteilt werden sollen. So findet der Widerstand gegen das volksfeindliche Energieprogramm der Bundesregierung breite Unterstützung in der Bevölkerung und fand damals die Vietnambewegung ebenfalls große Sympathie.

So gerecht die Sache der Anti-AKW Bewegung und der Vietnambewegung sind und gewesen sind, so ungerecht ja verbrecherisch ist und waren auf der anderen Seite die Position der Bundesregierung und der Bonner Parteien von CDU bis SPD. Dies gilt für die Atomenergiepolitik aber auch für die damalige Vietnampolitik. Durch die jahrelange Unterstützung der US-Aggression durch die Bundesregierungen und die Bonner Parteien war in unserem Land eine Situation entstanden, in der Demokraten, Bürgerrechtler und Kommunisten, kirchliche Vietnamgruppen, Vietnamausschüsse und andere antifaschistische und antiimperialistische Gruppen in der BRD die Grund- und Menschenrechte gegen die Regierungspolitik verteidigten, indem sie sich mit dem vietnamesischen Volk und seinem Unabhängigkeitskampf solidarisierten. Durch ihre vielfältigen Aktivitäten wurde das Ansehen des deutschen Volkes vor dem Gesicht und Urteil des Weltgewissens verteidigt, während es durch hohe und höchste Funktionäre in unserem Staat durch ihre offiziöse Katzbuckelei vor der Kriegspolitik der USA und ihrer asiatischen Helfershelfer in den Schmutz gezogen wurde.

Auf diesem historischen Hintergrund muß man die damalige Rathausbesetzung sehen. Wenn sich die Rathausbesetzer mit dem positiven Recht in Konflikt gebracht haben, so muß demgegenüber unnachgiebig festgehalten werden, daß dieser Verletzung des positiven Rechts eine unvergleichlich monströsere Verletzung des Naturrechts gegenübersteht, denn eine demokratische Regierung, die sich dem Völkerrecht und der Völkerethik verpflichtet fühlte, durfte den Vertreter einer blutigen Terrorherrschaft nicht mit offiziellen Ehren empfangen.

Es ist eines der großen Verdienste der Anti-AKW-Bewegung, durch ihre Debatte über das demokratische Grundrecht des Widerstandes gegen staatliches Unrecht und Willkür, die Legitimität solcher Aktionen wie Bauplatzbesetzung, Betriebsbesetzungen, Rathausbesetzungen usw. tiefer ins öffentliche Bewußtsein gebracht zu haben. Die Losung „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ faßt diesen Tatbestand kurz und treffend zusammen. Sie inspiriert aber auch andere Teile des Volkes, die ebenfalls Widerstand gegen staatliche Willkür leisten, so die Bürger von Ermershausen, einem kleinen Ort in Unterfranken, die sich geschlossen gegen die Gebietsreform wehren, die ihnen gegen ihren Willen vom Staat aufgezwungen wird. Die Bürger besetzten ihr Rathaus und verteidigten längere Zeit ihre Gemeinde gegen Polizei und Landesbeamte. Sie konnten nur durch einen Polizeieinbruch mehrerer Hundertschaften in der Nacht besiegt werden. Bei diesen Aktionen beriefen sich die Bürger auf das Widerstandsrecht.

Das wachsende Bewußtsein in der Bundesrepublik, daß Widerstand gegen staatliches Unrecht nicht nur notwendig, sondern auch legitim ist und zu den demokratischen Grundrechten wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit usw. gehört, macht den Staatsapparat zunehmend nervös. Dies wurde an dem Ausspruch der Staatsanwaltschaft vor der 12. Großen Strafkammer des Landgerichts Hannover „Und wenn die Welt unterginge (weil alle AKS explodierten), gäbe es ein Widerstandsrecht nicht“ ebenso deutlich wie auch durch die Äußerung der Staatsanwaltschaft im ersten Bonner Thieu-Prozeß, die sinngemäß erklärte, es wäre ein Unding, einen solchen Prozeß einzustellen in einer Zeit, in der Bürger ihre politischen Ziele zunehmend auch mit Mitteln der Gewalt durchzusetzen versuchen.

Vor diesem gemeinsamen Hintergrund ist es nicht überraschend, wie sich das Vorgehen des Staatsapparates gegen die angeklagten AKW-Gegner und die Angeklagten in den Bonner Thieu-Prozessen gleichen.

Bereits im Vorfeld der Prozesse wird versucht, die öffentliche Meinung gegen die Angeklagten aufzuwiegeln und sie politisch vorzuverurteilen. Wie sagte Ministerpräsident Albrecht vor Beginn der Grohnde-Prozesse öffentlich? „Unsere Gesetze reichen aus, diese Verbrecher angemessen zu bestrafen.“ Im Falle der Thieu-Prozesse gab es in der Vorbereitungsphase eine kleine Anfrage von CDU-Abgeordneten im NRW Landtag, die die Landesregierung fragten: „Teilt die Landesregierung die Auffassung der Fragesteller, daß eine derartige schleppende Behandlung von Strafverfahren gegen linksradikale Gewalttäter das Vertrauen der Bevölkerung in die Wirksamkeit der Strafrechtspflege und damit die Rechtsstaatlichkeit empfindlich stört?“

Der damalige Justizminister Posser, SPD, griff das Stichwort der „linksradikalen Gewalttäter“ in seiner Antwort auf und erklärte unverblümt, bei den vorliegenden Strafverfahren handele es sich um Straftaten von **extremistischen Gewalttätern**.

Zur Vorverurteilung gehört auch die verzerrte Berichterstattung großer Teile der Presse. Obwohl ein Teil der Presse sowohl über die Grohnde-Prozesse als auch über die Thieu-Prozesse erfreulicherweise differenzierter berichtet.

Sowohl in den AKW-Prozessen als auch in den Thieu-Prozessen wird das reaktionäre Rädelsführer Schema zur Anwendung gebracht. So wurde gegen Prof. Jens Scheer, Bremen und Ulrich Lenze, Regionalkomitee der KPD, Hamburg, Anklage wegen sogenannter Rädelsführerschaft der Brockdorf-Demonstration erhoben. Als Anstifter und Rädelsführer sind auch Christian Semler und Jürgen Horlemann im dritten Thieu-Prozeß angeklagt. Hier wird versucht, die Solidaritätsaktivitäten am 10. April 1973 in Bonn gegen die US-Aggression, an denen sich Tausende beteiligten, nach dem reaktionären Schema der „Massenverführung“ zu beurteilen. Auf der einen Seite die „Anstifter“ und „Rädelsführer“, die nur einen Aufruf zu erlassen brauchen, um bei den Protestierenden einen „Entschluß hervorzurufen“, etwas zu tun, wozu sie ohne Anstiftung nicht in der Lage gewesen wären. — Nein! Tausende von Menschen waren es, denen eines

gemeinsam war: die Entschlossenheit, der Aggression des USA-Imperialismus entgegen zutreten und die Forderungen der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea ungeteilt unter der Losung zu unterstützen **„Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit!“**

Liebe Freunde,

Man könnte noch weitere Beispiele für Zusammenhänge zwischen Anti-AKW-Prozessen und Bonner Thieu-Prozessen anführen, auf die wir aus Platzgründen aber verzichten wollen. Die angeführten Überlegungen und Tatsachen legen eine enge Zusammenarbeit zwischen uns nahe. Unser Komitee und die Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse haben die Vorbereitungen zu den Aktivitäten in Hannover nach Kräften unterstützt. So rief unser Komitee — um nur ein Beispiel zu nennen — in Bonn zu einer Diskussion unter dem Thema: „Wie ist die Lage anderer Angeklagter in politischen Prozessen?“ am 2. Juni zu einer Diskussion über die Situation der Angeklagten in den Grohnde-Prozessen auf.

Lassen wir uns nicht spalten, Solidarität hilft siegen! Die große Aufmerksamkeit, die die Bonner Thieu-Prozesse in der Öffentlichkeit bereits heute gefunden haben und die solidarische Unterstützung, die die Angeklagten erfahren, hat im ersten Prozeß mit dazu geführt, daß 5 Angeklagte freigesprochen werden mußten. Dies bestärkt uns in unserer Forderung, daß alle Angeklagten des ersten Prozesses freigesprochen werden und die beiden anderen Prozesse eingestellt werden müssen!

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner! Weg mit den Terrorurteilen gegen Grohnde-Demonstranten!

Spenden für die Öffentlichkeitsarbeit des Komitees bitte auf Konto:
Hansjörg Hilke, Konto-Nr. 1068 2029, Sparkasse Köln, BLZ 370 501 00,
Kontowert: Bonner Thieu-Prozesse

Verantw. i.S.d.P.: Hansjörg Hilke, Postfach 100 362, 5 Köln 19

Naturwissenschaftler, Gutachter, Rechtsanwälte

Protokoll: Prof. Jens Scheer
Universität Bremen
28 Bremen

J. Scheer

Zusammenfassung der Gruppe "Wissenschaftsarbeit" auf dem Arbeitstreffen am 10.6.

Anwesend waren etwa 15 Leute, Biologen, Physiker, Sozialwiss., Techniker aus HH, HA, H, DO, B, MZ,

Als Aufgaben der Wissenschaftsarbeit wurde bestimmt:

Kritik der offiziellen Wissenschaft, insbesondere auch freigelegter

Unterlagen der Atomindustrie

eigene wissenschaftliche Arbeit, wie ökonom. Analysen, radiologische Experimente, verstärkt soll versucht werden, die Wiss. Arbeit in existierenden Institutionen, insbesondere Examensarbeiten, auf solche kritischen Fragen zu orientieren.

Felduntersuchungen, auch und vor allem als Arbeitsgebiet der Bürgerinitiativen selbst. Beispiele die Erhebungen zur Kinder-Leukämie um Linen, auch Fakten über landwirtschaftliche Phänomene (Verkälben von Kühen nahe Brunsmittel). Dabei insbesondere methodische Unterstützung von ausgebildeten Statistikern usw. erforderlich.

Besonders betont wurde, daß durch Fragestellungen aus den BIs die wissenschaftlich ausgebildeten vielfach gefordert sind, ihre eigenen Denkgewohnheiten zu verändern.

Angesprochen wurde die Möglichkeit von Probensammlung aus der Umgebung von Atomanlagen, vor allem auch Bereitstellung von Methoden für Unfall-Situationen. Es soll angestrebt werden, daß auch an anderen Orten, außer Bremen, solche Proben gemessen werden können.

Umsetzungsmöglichkeiten der Ergebnisse:

Verwaltungsgerichtsprozesse, auch Kritik ergangener Urteile,

z.B. im "Rechtsweg", Broschürenreihe von W. Soyka.

Weitere Veröffentlichungsmöglichkeiten: Bücher, Broschüren, Infoblätter,

Prozesskuriere, "Strahlenpost Hannover", Zeitschriften wie Atomexpress,

Unterrichtseinheiten, Volkshochschulen, sowohl offizielle wie selbständige, insbesondere wurde an die VHS Gorleben gedacht.

Ferner wurde betont, daß versucht werden soll, auch auf offiziellen Fachtagungen wie der Physikertagung im Herbst, zu Wort zu kommen, was in den USA bereits viel weiter entwickelt ist.

Es wurde festgestellt, daß ~~hierbei~~ durch die Arbeit völlig unkoordiniert und zufällige Kontakte bestimmt war. Dies führte etwa dazu, daß an drei Orten Untersuchungen zur Radioökologie des Cs begonnen wurden.

Dazu wurde vorgeschlagen, daß sich die wissenschaftlich arbeitenden Gruppen in lockerer Folge, etwa alle 2 Monate, treffen sollten, um Erfahrungen auszutauschen und Arbeitsteilung abzusprechen. Als erster Termin wurde das

T →

Wochenende 15./16. Juli in Bremen

vorgesehen. Es sollten dazu Übersichten über die eigenen Arbeiten, Fragestellungen, Hinweise auf interessante Veröffentlichungen mitgebracht werden (evtl. schon vorher herumschicken!).

Weitergehende Organisation (Rundbrief mit Abstracts, Archiv, zentrale Info.-sammel und Verteilstelle) sollen dann besprochen werden.

Es wird auch noch bis dahin mitgeteilt werden, wie weit schon die Möglichkeit besteht, daß BIs durch Anpflanzung und Beobachtung der Pflanze Tradescantia Strahlenbelastung in der Umgebung von Atomanlagen zu beobachten.

Nähere Info zu dem Bremer Treffen wird folgen. Es sollten jetzt schon Leute angesprochen werden, die bei dem Treffen nicht dabei waren, aber sicher Interesse haben, wie HD, FR, M, MR, ...

Angesprochen wurde die Idee einer längerfristigen Organisation etwa in Form eines Wiss. Instituts der BIs. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Ökoinstitut in Freiburg wird angestrebt; Grundprinzipien müssen sein: Keine Abschottung aus polit. Gründen, keine Informationsbeschränkung, Bestimmung der Arbeitsprioritäten von der Basis her, keine für üppigen Honorare, Facharbeiterlohn für hauptamtl. Mitarbeiter.

Info. über anomale Phänomene in der Umgebung von Atomanlagen an W. Soyka, Wendtstr. 22, 28 Bremen, 0421/76976.

Universität Bremen

Projekt SAIU

28.6.78

Einladung zum Arbeitstreffen

Wissenschaftliche Arbeit der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie

am Samstag/Sonntag, 15./16. Juli 1978 in Bremen.

Liebe Freunde,

auf dem Arbeitstreffen der BIs in Hannover war vereinbart worden, daß die wissenschaftlich arbeitenden Gruppen sich in lockerer Folge treffen sollten, um die Zusammenarbeit besser zu koordinieren.

Das erste Treffen soll, wie abgesprochen, in Bremen stattfinden. Ort: Universität, NW1-Gebäude, das ist ein südlich vom übrigen Universitätskomplex gelegenes alleinstehendes Hochhaus; Raum S136.

Man kommt zur Uni von der Autobahn, Abfahrt Freihafen (4. Abfahrt nach dem Bremer Kreuz Richtung Bremerhaven) Unmittelbar nach der Abfahrt wieder rechts ab, Wegweiser Universität.

Vom Hauptbahnhof: Straßenbahnlinie 5 Richtung Kuhlentkampff-Allee bis zur Endstation, dann Bus Linie 22 oder 23 zur Uni.

Wir schlagen vor, uns ab 9 Uhr zu treffen; wer von auswärts kommt, kann evtl. hier übernachten (primitiv).

Ruft möglichst an, wieviel etwa kommen (am Fr. wie am Sa), Telefon 0421-2182213 bzw. 2183383. - Am Freitagabend werden wir bis etwa 19 Uhr in der Uni auf Ankömmlinge warten, danach Tel. 343179 bzw. 232484.

Zum Inhaltlichen wurde vorgeschlagen:

Wechselseitige Information über die laufenden Arbeiten;

Feststellung von Defiziten

Zukünftige planmäßigere Zusammenarbeit

Einbeziehung der eigenen Arbeit der BIs an wissenschaftlichen Fragen

Beratung über die mittelfristige Schaffung eines eigenen

Instituts der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie, bzw. Anschluß an oder Zusammenschluß von bestehenden Einrichtungen.

Ebenfalls sollten an dem Wochenende die zahlreichen Unterlagen

im Institut für Biologische Sicherheit (Walther Soyka, Wendtstr. 22) einer ersten Sichtung unterzogen werden.

Wenn Ihr Materialien mitbringt, können wir die am folgenden Montag kopieren und herumschicken, zusammen mit evtl. Protokollen.

Mit antiatomaren Grüßen,
im Auftrage des Projektes SAIU

zum hhu

An folgenden Orten sind Anlagen zur Erzeugung bzw. Verarbeitung von Plutonium geplant, bereits genehmigt, im Bau oder schon in Betrieb:

1) Altenbruch/Cuxhaven; 2) Asse-Remlingen/Wolfenbüttel; 3) Biblis;
4) Borken/Kassel; 5) Brokdorf; 6) Brunsbüttel; 7) Emden;
8) Esenshamm; 9) Gemrigheim/Neckar; 10) Gorleben/Lüchow-Dannenberg;
11) Grafenrheinfeld/Schweinfurt; 12) Grohnde; 13) Gundremmingen;
14) Hamm-Uentrop; 15) Höfer; 16) Kalkar; 17) Kirschgartshausen;
18) Krümmel/Geesthacht; 19) Leopoldshafen/Karlsruhe;
20) Lichtenmoor/Fallingb. Ostel; 21) Lingen/Ems; 22) Lohr/Main;
23) Ludwigshafen; 24) Lutterloh/Unterlüß; 25) Marienburg/Rosenheim;
26) Meppen/Sögel; 27) Mülheim-Kärlich; 28) Neckarwestheim;
29) Neupotz; 30) Neuwerk/Scharhörn; 31) Obrigheim; 32) Olu/Isar;
33) Philippsburg; 34) Pleinting/Passau; 35) Rehling/Augsburg;
36) Stade; 37) Vahnum-Bislich; 38) Würzgassen; 39) Wyhl.

"Obwohl das Atomgesetz die Nutzung der Kernenergie auf ausschließlich friedliche Zwecke beschränkt, wird an den oben genannten Orten die Erzeugung bzw. Lagerung und Verarbeitung der krebserzeugenden und für Atombomben verwendbaren Plutoniumisotope PU 239 & PU 241 vorgenommen bzw. vorbereitet. Unterstützen und beteiligen Sie sich an Gerichtsverfahren gegen rechtswidrige Plutoniumnutzung. Verlangen Sie von Zeitungen, Sendern und Abgeordneten, daß sie Verschlechterungen des Atomgesetzes verhindern; Vorbereitungs-handlungen zum Völkermord durch militärisch nutzbare Plutonium-extrahierungsanlagen sind in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit dem Inkrafttreten der "Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" (BGBl. II 1954, S. 729) verboten. Bekämpfen sie mit uns die Errichtung eines gesundheitsbedrohenden und freiheitsfeindlichen Plutoniumregimes."

(Absolv. rer. pol. Walther Soyka aus Anlaß des Weltgesundheitstages, FORUM HUMANUM-Symposium "Vorrang für Gesundheitsschutz", 7. April 77)

"Im Zweifel für das Leben - Im Zweifel für die Gesundheit"
"Wir sehen hierin einen Maßstab, der jedem helfen kann, jedem Gericht, jeder Regierung, der uns allen helfen kann. So, wie dem Richter die Entscheidungshilfe gegeben ist, "Im Zweifel für den Angeklagten" zu entscheiden, muß in allen Zweifelsfällen gelten, wo selbst die Wissenschaft keine übereinstimmenden Gutachten mehr gibt:

"In dubio pro vita - in dubio pro sanitate"

J E D E R hat die Pflicht gegen nichtige Verwaltungsakte
W I D E R S T A N D zu leisten ! J E D E R hat das Recht
auf seine (und seiner Nachkommen) unversehrte Gesundheit !
Wenn wir es a l l e geltend machen, wer wollte es uns verwehren ?

Original-Umweltschutz-Papier aus 100% Altpapier - hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung

HELFEN S I E MIT, durch persönliches Verantwortungsbewußtsein Recht und Gesundheit unserer Gemeinschaft zu bewahren, und der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen !

Fordern Sie mit uns das PLUTONIUMVERBOT. Diese Forderung steht voll im Einklang mit der Höchstschutspflicht der Regierungen. Da bereits jeder dritte Deutsche an Krebs erkrankt und von den 20 Millionen Kranken unrettbar 15 Millionen an Krebs sterben werden, machen Sie Gebrauch von dem beiliegenden Klagevordruck. Sie erheben damit mit uns Klage gegen den Niedersächsischen Sozialminister wegen nichtiger Genehmigungen ! Hierdurch wird der Forderung nach voller Verwirklichung der staatlichen Höchstschutspflicht Nachdruck verliehen und die uneingeschränkte Erfüllung der Verfassung geltend gemacht !

Die RECHTSWEGFÖRDERKREISE "Biologische Sicherheit" des Klägersverbandes FORUM HUMANUM arbeiten für das Ziel:
V O R R A N G F Ü R G E S U N D H E I T S S C H U T Z
und sind bemüht um die Förderung des Rechts- und Gesundheitsbewußtseins, um die drohende Plutoniumherrschaft zu stoppen.

Doch wir sind auf uns allein gestellt; hinter uns steht keine finanzkräftige Lobby. Unterstützen Sie uns deshalb bitte mit Spenden oder einem Dauerauftrag; Sie finden damit auch Anschluß an den Rechtswegförderkreis und bekommen dann regelmäßig aktuelle Informationen zugesandt.

Wenn Sie an spezielleren Materialien, tiefgreifenderen Informationen zu besonderen Themenkreisen/Sachfragen interessiert sind, beachten Sie bitte die umseitige Auflistung, von der wir ihnen auf Anfrage Unterlagen aus unserem Archiv zusenden. Auch so manchen Büchertip oder Hinweis auf andere Informationsquellen könnten wir im Einzelfall gewiß geben.

Falls Ihnen Tatsachen - Nachrichten zugetragen werden, die für den Plutonium-Abwehrkampf bedeutend sind, teilen Sie uns diese bitte mit, damit sie auch für andere zugänglich werden.

P L U T O N I U M ? N E I N D A N K E ! !

Aus folgenden Sachgebieten können wir Unterlagen zu Verfügung stellen, wobei, wenn es sich nicht um fertiggestellte Bücher oder Broschüren handelt, jede Kopie-Seite 15 Pfennig kostet !
DAZU: Um die Gerichtsakten der Atomprozesse aufarbeiten zu können, muß man bei Gericht pro Kopie-Seite 1,-DM bezahlen !!

Bücher/Broschüren:

"RADIOAKTIVE 'Niedrig'- STRAHLUNG" von E.J.Sternglass
 Stck. 6,80 DM
 "66 Er widerungen" vom wissenschaft.Projekt SAIU-Bremen
 Stck. 7,20 DM

!! NEUERSCHEINUNG !! :

"DOKUMENTATION zum ESENSHAMM - Prozeß v.12/13.Dez.1977"
 -Herausgegeben v. Rechtswegförderkreis Stck.5,- DM
 (Für Bürgerinitiativen & Buchhandlungen bei Mehrabnahme 20%)
 =====

Aus der Dokumentenreihe "Der Rechtsweg" :

Nr. 1 (betr. Brokdorf & Esenshamm)	Einzelpreis
Nr. 2 (betr. Esenshamm & Grohnde)	St.je 5,-DM
Nr. 3 (betr. Stade & Mülheim-Kärlich)	
Nr. 4 (betr. Nichtigkeit f. Stade & Esenshamm)	
Nr. 5 (betr. Brunsbüttel,Brokdorf & Esenshamm)	
(bei Mehrabnahme von 5 je Ex-Nr. nur 3,-DM)	

LISTE von uns vorliegenden Gerichtsbeschlüssen für 50 Pfennig

- Sachgebiete:
- o Umgebungsbelastung durch Nuklearanlagen/
biologische Schädlichkeit/
genetische Gefährdung
 - o Plutonium - Problematik/
Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlagen
 - o Berstproblematik/ Risiko - Wahrscheinlichkeit/
Gutachten zur Reaktorsicherheit
 - o Reaktoren/ staatliche Planung/
Forschungseinrichtungen
 - o offizielle Genehmigungsverfahren/
zuständige Behörden/ Gutachterinstitutionen
 - o Atomprozesse/ Gesundheitsschutz
Gesetzestexte/ Dokumente

weiteres auf Anfrage !

Bestellungen noch heute mit Postkarte an uns abschicken ! !
 und überweisen Sie bitte -auch Spenden- auf das

:: Postscheckkonto 1935 70-302 Karsten Fiedler - Hannover
 Bankleitzahl : 250 100 30; Zweckvermerk: RECHTSWEGFÖRDERKREIS

Rechtswegförderkreis
INITIATIVE
Biologische Sicherheit
HANNOVER
 Karsten Fiedler · Dabbenwitz 61
 3000 Hannover 1, T. 03 1/66 09 18

Stop für Atomspaltwerke



Sehr geehrte Damen und Herren !

Liebe Mitkläger und Freunde !

Heute, am 21.4.1978 hat der Niedersächsische Sozialminister bekanntgegeben, daß die Betriebsgenehmigung für den Atomreaktor E S E N S H A M M erteilt worden ist; und das,

o b w o h l :

- 1.) 1 Kilogramm Plutonium -in Kürze in Esenshamm erzeugt- 260.000 Jahre braucht, um auf ein Gramm abzuklingen; damit können noch immer 1 Millionen Menschen vergiftet werden, weil bereits 1 millionstel Gramm tödlich wirkt;
- 2.) täglich eine Unmenge von -mehr als 900 verschiedenen- Radionukliden erzeugt werden, in die Umwelt gelangen und durch ihren radioaktiven Zerfall mehr als 100 verschiedene Arten von Krebs erzeugen und; Erbgutschädigungen verursachen können;
- 3.) wegen Alterung der 165-Atmosphären-Druckkessel explodieren kann (bei nur 16 Atmosphären Innendruck sind Großraum-Dampfkessel explodiert: 23.1.'73 in Oerlinghausen, 11.3.'73 in Korschbroich) und es eine atomare Katastrophe mit tausenden von Toten geben kann;
- 4.) die für jahrtausende sichere, d.h. die nicht gesundheitsbeeinträchtigende risikofreie Endlagerung des radioaktiven Abfalls -entgegen offiziellen Behauptungen- nicht gewährleistet ist;
- 5.) nach das Atomgesetz gültig ist, und die Reaktorgenehmigung verbietet, wenn keine ausreichende Vorsorge zum Schutz der Gesundheit gegen Schäden durch ionisierende Strahlen getroffen worden ist (Nach der Inbetriebnahme gibt es keinen Vorsorgeschutz gegen freigesetzte Radionuklide !);
- 6.) nach Art.1 und Art. 64 Grundgesetz, es die Aufgabe der Regierung ist, das Volk zu schützen und Schaden von ihm abzuwenden !;
- 7.) nach Art.11 der rechtsverbindlichen Europäischen Sozialcharta, (Recht auf Schutz der Gesundheit) sind die Regierungen verpflichtet, "Ursachen von Gesundheitsschäden zu beseitigen", "Verbesserung der Gesundheit" und "persönliches Verantwortungsbewußtsein" zu schaffen und "epidemischen und endemischen Krankheiten vorzubeugen" ! ;
- 8.) alle Reaktorgenehmigungen (zusätzliche Schädigungserlaubnis) wegen ihrer Unvereinbarkeit mit den verfassungsmäßig garantierten Grundrechten & Völkerrechten, in der bestehenden Rechtsordnung unmöglich sind, keinen Rechtsbestand haben dem Folge geleistet werden darf, -welche auch nicht mit staatlichem Zwang durchgesetzt werden dürfen, kurz: die Genehmigungen "null" und n i c h t i g sind !

Parlamentarismus und



Wahlen



Bunte Liste/
Wehrt Euch
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 19
Tel.: 040/432171

GLU - Kreisver-
band Hannover-
Stadt
Manuel Kiper
Helstorfer Str. 19
Tel.: 551461
WGA
Papenstr.2
325 Hameln
Tel.: 05151/28425

Es war leider nicht möglich ein Protokoll der AG "Parlamentarismus und Wahlen" bis Redaktionsschluß zu erhalten. Damit man sich aber wenigstens eine ungefähre Vorstellung von dieser AG machen kann, drucken wir hier gekürzt die Tonbandmitschrift des Gruppenberichtes auf dem Abschlußplenum am So. ab.

Neuer Redner: ...und zwar ist das so, daß im wesentlichen gestern und heute da an drei Punkten diskutiert wurde, und zwar der erste Fragenkomplex war etwa der zu dem Nutzen einer Wahlbeteiligung, Voraussetzung für die Wahlbeteiligung. Der zweite Komplex - der Charakter des Wahlbündnisses, unter welchen Voraussetzungen, mit wem. Der dritte Punkt - das Verhältnis von Wahlkampf auf der einen Seite und Basisarbeit auf der anderen Seite, wie soll man das konkret gestalten, insbesondere im Wahlkampf selbst, und noch 'ne Einordnung der parlamentarischen Tätigkeit, d.h. unter welchen Bedingungen kann man dann, wenn man gewählt wird, im Parlament arbeiten, und welche Möglichkeiten und Grenzen hat das.

Neuer Redner: Wir haben das so aufgeteilt, daß jeder 'nen Punkt bringt und dann nach Gelegenheit ergänzt, oder etwa, wie weit ihr euch das vorgestellt habt, mit Fragen aus dem Plenum.

Neuer Redner: JA, zum Sinn und Nutzen einer Wahlbeteiligung, ja, wir hatten keine Wahlboykotteure da, eigentlich, oder die haben sich nicht geäußert. Es wurden die Argumente vorgebracht, die da so kommen in der Hauptseite, daß da Illusionen geschaffen werden (Zwischenruf: bißchen lauter), einerseits, daß Illusionen geschaffen werden ins parlamentarische System, zweitens 'ne Spaltung der Bewegung und drittens war, das durch die Regeln des Parlaments, denen man unterworfen ist, wenn man da gewählt sein sollte, man den eben dann ziemlich unterworfen ist. Denn es ist ja im Prinzip. Das sind ja so die Hauptargumente derjenigen, die gegen 'ne Wahlbeteiligung sind. Dem wurde dann entgegengesetzt, daß 'ne Spaltung es ja nur dann wäre, wenn die BI's sich an der Wahl beteiligen, wenn die keine Arbeit mehr leisten, also quasi, wenn sie ihren praktischen Kampf aufgeben, und daß eigentlich von niemand abgestritten wurde bei uns, so daß wir weitermachen konnten.

Zu Regeln des Parlaments, da wurde gesagt, daß, daß es da durchaus Möglichkeiten gibt, da an gewisse Informationen ranzukommen, die man dann wieder nach draußen trägt von außerhalb des Parlaments nach drinnen trägt, wo man da durchaus 'ne Arbeit machen kann. Und die Illusionen, die da kommen könnten, daß hängt davon ab, in welcher Art und Weise man Wahlkampf führt. Daß man klar sagt, wenn man da reingeht, das Blaue vom Himmel verspricht oder ob man halt auf dem Boden der Tatsachen bleibt und das so sieht, wie es ist. (Zwischenbemerkung: genau gemerkt).

Neuer Redner: Ja die ganze Sache lief halt so ab, daß da Vertreter der verschiedensten Organisationen und Bündnisse anwesend waren, also, GLU, AUD, Bunte Liste/Wehrt Euch, , dann Vertreter einzelner politischer Organisationen KBW, KB, KPD, SAG usw. Und es ging da also so, daß man versucht hat einzuschätzen, wie die bisherigen Bündnisse gelaufen sind. Ne Interpretation sowohl derjenigen, die diese Bündnisse getragen haben, als auch 'ne Kritik dazu. ES wurde festgestellt, daß also, von 'ner gewissen Mehrheit wurde festgestellt, daß die Bunte Liste/Wehrt Euch ein positiver Ansatz war. Es kam aber auch 'ne ganze Menge Kritik dran, und zwar wurde gesagt, daß z.B. die Bunte Liste, ja, den Anspruch, den er gesagt hat, eigentlich auch verwirklichen wollte, daß zumindestens vorhatten, daß aber der praktische Wahlkampf, da wurden ziemlich (unverständlich) geführt, also teilweise nicht dazu geführt hat, dies in die Tat umzusetzen, d.h. die Verbindung zwischen Basistätigkeit und der Mobilisierung zu der Wahl selbst zuungunsten der Fortsetzung der Basistätigkeit zurückgefallen ist. Es wurde dann

das an verschiedenen Erscheinungen festgemacht, wie unpolitische Wahlplakate, keine Stellungnahme zu den Grohnde-Prozessen. Es gab aber auch wiederum Argumente, die das damit aus verschiedener Sicht verteidigt haben, warum das jetzt so ablief. Es ist vielleicht günstig, wenn man das mal so macht, daß man sich selbst mit den einzelnen Initiativen, um diese ganze Diskussion etwas mal inhaltlicher zu füllen mit Vertretern dieser einzelnen Zusammenschlüsse in Verbindung setzt, sonst müßte ich jetzt die ganze Diskussion wiederholen. Ne ganz wichtige Frage war auch, auf welcher Grundlage kann man 'nen Wahlbündnis schaffen und wie kann das jetzt durchgesetzt werden. Die GLU hat also ihr Bündnis gerechtfertigt, ihre Grundlage, daß sie gesagt hat, in Niedersachsen sei es so gewesen, daß mehr von den ländlichen Bezirken her, hauptsächlich getragen durch konservative Umweltschützer, man also, 'ne Plattform hätte erarbeiten müssen, so wie es jetzt aussieht mit Schwerpunkt Ökologie und das sei deren Meinung nach auch die breitestmögliche Grundlage auf der man, so die Vertreter, dann weitergehende Forderungen dann auch entwickeln könnte. Es kam dann noch zu 'ner interessanten Entwicklung bei der GLU selbst, weil bestimmte Vertreter auch der GLU selbst der Ansicht waren, so ein Passus aus dem GLU Programm, die Verpflichtung auf das Grundgesetz, eigentlich gestrichen werden müßte. Andere haben das damit zu verteidigen versucht, daß sie sagten, die GLU versucht 'nen Bündnis zwischen konservativen Kräften und autonomen Kräften herzustellen, und daß sei eben die Kompromißformel, diese Verpflichtung auf das Grundgesetz.

Bei dem Bündnis, wie es jetzt die Bunte Liste/Wehrt Euch versucht hat, was ich auch persönlich sehr begrüße, wo ich auch aus Hamburg bin, da ist die Konzeption etwas umfassender. Ich persönlich bin der Meinung, daß mit irgendwelche Einzelfragen, sei es jetzt die Kinderhausfrage oder der Umweltschutz oder sei es, daß die sozialistische Revolution oder neue ökologische Politik oder was auch immer, die Leute als ihr umfassendes Ziel betrachten, auch wenn das umfassende Ziel im Einzelfall recht beschränkt ist, daß kann nicht die gemeinsame Grundlage sein, sondern die gemeinsame Grundlage ist sozusagen das demokratische Prinzip, ist die Tatsache, daß all diese Gruppierungen, mehr oder weniger die Erfahrung machen müssen, daß sie zu den bestehenden Institutionen, Organen und Zwecken in Widerspruch geraten und daß sie die Orientierung legen müssen auf das Vertrauen auf die eigene Kraft, auf das außerparlamentarische Handeln und wenn sie darin 'nen gemeinsamen Nenner finden, daß kann man selbst bei konservativen Kräften finden, sie (unverständlich) grundsätzlich und überflüssig, und dann kommt man auch net und sagt, "ihr, ihr wollt ja nur eure sozialistische Revolution oder euer Parteikonzept der Sache überstülpen, oder ihr wollt eure Naturfreakideologie da überstülpen," sondern dann findet man 'ne gemeinsame Basis, die daraus auch bedingt ist, daß es 'nen unheimlicher Angriff auf jeden ist, der irgendwo an einem Punkt nur Widerstand leistet. Es ist nit so, daß da ne Vereinheitlichung in der Arbeitsgruppe jetzt stattgefunden hätte, daß wäre etwas widersprüchlich, aber ich glaube, daß die Diskussion in den BI's so in diese Richtung gemacht werden sollte. Und die Ansätze von Gesprächen von einzelnen GLU-Vertretern mit Bunten Listen oder auch anderen Sachen, die gehen wohl da in die richtige Richtung. Was noch kritisiert werden muß, meines Erachtens nach ganz entschieden, ist, daß in der neuesten Dokumentation hier, der Bunten

Liste/Wehrt Euch zur Einschätzung des Wahlergebnisses Positionen drin sind, die Einschätzungen der beteiligten Gruppen wirklich zum Teil konsequent widersprechen und eine bestimmte politische Linie darstellen, die so nicht vertreten werden kann als eine Äußerung dieses Bündnisses, z.B. die Einschätzung der FDP, daß man's bedauere, daß die FDP mit mehr im Hamburger Bürgerschaft (leichte Unruhe, wer sagt das denn). Ich kann es wörtlich vorlesen, hier, "haben wir die FDP auf dem Gewissen? Die Spitzenpolitiker der FDP (unverständlich) und Frau Schuchardt haben noch in der Wahlnacht den wenig überzeugenden Versuch unternommen, das Ausscheiden der FDP der Bunten Liste anzulasten." Dann heißt's: "Dazu meinen wir: Erstens, wir bedauern, daß mit dem Ausscheiden der FDP auch konsequent liberale Stimmen, wie der Abgeordnete Gerhard (Unverständlich, Unruhe)" Da könnte man noch was zu sagen, aber es geht dann weiter: "Die Bunte Liste ist gegen die 5% Klausel."

(Zwischenruf: Ich hab mal eine Frage, kannst du vielleicht mal kurz berichten oder kurz informieren, wie das aussieht mit so einer alternativen Kandidatur in Hessen?) (unverständlich)... eine aus Berlin, eine aus Bremen, eine aus Hessen, wie wollen das allerdings jetzt nicht so im Detail machen, weil das sonst wirklich zu lang geht. Aber ich kann ganz kurz sagen, Bei uns ist das so etwas kompliziert, weil sich dort ein GLU Landesverband gebildet hat mit 10 Mitgliedern, der also noch nicht mal der Behauptung standhalten könnte, daß er, wie hier in Niedersachsen, auch nur eine Verbindung hätte zu konservativen Kräften, denn selbst die wenden sich gegen die formale Gründung. Das ist also einmal die Tatsache und es gibt Bestrebungen, ein Bündnis zu schaffen, wie es die Bunte Liste darstellt, und es, inklusive der Aufnahme der Kritik an der Bunten Liste, die ich auch nur für die Nebenseite halte an der Bunten Liste. Aber die Bestrebungen sind sehr kompliziert und ich wage zu bezweifeln, daß es in Hessen noch bis zu diesen Landtagswahlen zu so einem Bündnis kommt. In Hessen gibt es auch starke Kräfte, und die zählen nicht zu den Schlechtesten, die auch sehr aktiv die Massenbewegung fördern, die grundsätzlich für einen Wahlboykott sind. Also man muß die Sache sehr sorgfältig diskutieren, ja, weil, wie hat noch mal jemand in der Arbeitsgruppe gesagt, diese GLU, die kommt so oder so, also das stimmt zumindest für Hessen. Und wir können dieses Feld "Auseinandersetzung mit dem Parlamentarismus - nicht den konservativen oder gar rechten Kräften überlassen."

Neuer Redner: "Habt ihr mal genauer eingeschätzt, das würde mich mal interessieren, das Wahlergebnis der GLU im Landkreis Lüchow-Dannenberg?" Das steht doch ziemlich im Unterschied zum Wahlergebnis in Niedersachsen."

Neuer Redner: "Ja, da war jemand in der Arbeitsgruppe, der dazu was gesagt hat. War da jemand anwesend von gestern Abend, ich hab's nicht mehr so drauf?"

Neuer Redner: "Ich kann da vielleicht kurz was zu sagen. Herr Mombauer hat nach der Wahl gesagt, er hätte also das Ergebnis die Landschaft aufgelockert hat, Das ist das erste. Und das zweite ist, daß man, glaube ich, nicht übersehen kann, daß die GLU in Gorleben den Wahlkampf etwa so geführt hat, daß sie, geradezu als Alternative, zu dem was auf der Straße passierte oder dergleichen mehr, wir jetzt also unsere Stimme abgeben und dadurch, sozusagen auf vernünftige Bahnen also doch endlich mal einen Druck ausüben können. Das sich das also, glaub ich, daß das also nicht unwesentlich war, sozusagen für den Erfolg. Aber daß der Erfolg so nutzen wird, der GLU, (so genutzt wird) das halte ich für ziemlich bedenklich. Die Stimmen selbst, würde ich erstmal meinen, daß auch viele Leute halt zeigen, daß sie damit nicht einverstanden sind."

Neuer Redner: Ich wollte aber noch eins sagen: Der Hauptstrang, wo wir auch noch umfassend Einheit erzielen konnten, ist die (Frage) ordnet man diesen parlamentarischen Kampf dem außerparlamentarischen unter, ist er also nur ein Hilfsmittel, das ist also auch meine Position, und da kann und muß man ihn nutzen, das muß man konkret überprüfen, in dem Sinn, daß die meisten von uns sagen, daß dann eine Wahlbeteiligung von uns sinnvoll ist. Ein Satz zum letzten Punkt wie das aussehen kann, Rita hat gesagt: wenn man dann gewählt wird, kommt man dann in so eine Mühle rein und dann kann man gar nicht anders und sich den ganzen Parlamentarismus im Selbstlauf anzupassen. Da bin ich also etwas anderer Auffassung. Es ist so, wenn man nur das Ziel hat viele Stimmen zu kriegen oder nurum Teufel kommt raus in diesem Parlament drin zu bleiben und nicht es zur umfassenden Entlarvung und Propagandatätigkeit zu nutzendann wird es natürlich gefährlich. aber es ist ja wohl so, daß es durchaus Leute gibt, die so in der Bewegung verankert sind und das Vertrauen der Bewegung haben, so daß sie von vornherein sagen, daß sie sich dem imperativen Mandat beugen. Aber die ganze Geschichte ist wirklich ein Hilfsmittel. Der Witz ist, daß wir den parlamentarischen Kampf nutzen müssen, um Erziehungsarbeit zu leisten gegenüber denjenigen Menschen, die an Punkten mit unserem Widerstand sympatisieren aber selbst noch unheimlich ins Parlament Illusionen haben, wie die hohen Wahlbeteiligungen von 90% es zeigen. Wenn man das nutzen kann, diese Leute innerhalb des Kampfes dazu zu bringen ihre eigenen Fähigkeiten zu erkennen und auf ihre eigene Kraft zu vertrauen (dann ist das daß was man erreichen kann.) (schlecht verständlich)!"

Troisdorf:

„1. Deutscher Umweltschutztag“

J. Scheer

Kurzbericht über den 1. Deutschen Umweltschutztag
in Troisdorf am 24./25. Juni 1978

Zu dem Treffen hatten eine große Zahl von Persönlichkeiten aufgerufen, die größtenteils der traditionellen, wert-Konservativen Richtung der Umwelt- und Lebensschutzbewegung angehören. Der Wunsch war, über alle organisatorischen Grenzen hinweg die Hand zu reichen, alles Gegenüber abzubauen und das große Miteinander um der Sache willen möglich zu machen. Das ganze Treffen war in der Tat von solidarischer Diskussion geprägt.

Es nahmen etwa 600 Personen teil. Am ersten Tag eine Reihe von Vorträgen: Herbert Gruhl, A. v. Cube, (Ökopolitik und Öffentlichkeit), R. Vort (BBU) (Ökopolitik und Frieden), Dienel (Sozialwiss.) (Planungszellen, Bürgerbeteiligung), Frau Hausleiter-Malluche (Ökonomie und Gesundheit), Blau (Österr. Gewerkschafter) (Ökologie und Arbeitsplätze) Petra Kelly (Brüssel) (Ökologie und Frauen).

Anschließend Arbeitsgruppen zu den Themen: Bürgerbeteiligung in Planungszellen, Alternative Energienpolitik, Soziale Minderheiten in unserer Gesellschaft, Naturschutz heute, Volkswirtschaft in den Grenzen des Wachstums, Rolle der Wissenschaft für Schutz und Vernichtung von Mensch und Tier, Alternative Verkehrspolitik, Politische Formierung der Ökobewegung-Koordination-Kooperation-Politiker aus der Sicht der Ökobewegung.

Am letzten Komplex waren weitaus die meisten interessiert; ich berichtete vom Hannoveraner Arbeitstreffen und der Kriminalisierungsfrage.

Hausleiter (AUD) hob hervor, die Ökobewegung sei kein verlängerter Arm des Verfassungsschutzes, deshalb können Extremisten- und Unvereinbarbeschlüsse nicht in Frage. Die in der GLU-NRW vertretenden entsprechen den Positionen wurden weithin kritisiert.

Auf Vorschlag von Hausleiter wurde der folgende Koordinierungsausschuß gewählt, der das zukünftige gemeinsame Vorgehen und insbesondere

die Frage von Wahlbeteiligung diskutieren soll:

Gruhl, Vogel (DFG-VK), Scheer, Haverbeck (WSL), Frau Kelly (Brüssel), Wettlauffer (Nachfolger von H. Gründler), Vogt (BBU), C. Amery, Stumpf (TU), Tinkler (Bundf. Naturschutz Bayern), Dick, U. Haverbeck-Wetzel, Faru Hauleiter-Malluche, Fredersdorf (Stuerpartei?), Blau, 1 Vertreter der GLU Schleswig-H., 2 Vertreter der Bunte Liste Wehrt, Rich HH, Dr. Kaegelmann, Dr. Bruker (WSL), Mombauer (BBU/GLU NiSa), Faust (GLU Hessen), 1 Vertreter der Grünen Wählergemeinschaft Frankfurt, Hausleiter (AUD), Frau Degen (WSL, Kalkar), M. Horacek (Listy-Blätter SB), Graf Hendrikoff (AUD), Heinz Brandt, Angelika Götz, Betriebsrätin Jälich,

Bruns (WSL), Harless (WSL). Mit großer Mehrheit wurde der Vorschlag abgelehnt, den etablierten Parteien je einen Sitz anzubieten.

Das Plenum am nächsten Tag nahm die Berichte der AGs entgegen und faßte eine Reihe von Resolutionen:

- Eine Grundsatzresolution zum Umweltschutz
- Eine entschiedene Verurteilung der Grohnde- und Brokdorf-Prozesse, Solidarität mit den Angeklagten und Verurteilungen über unterschiedliche Auffassungen über die Widersatdsformen hinweg.
- Eine Resolution gegen das Berufsverbot von J. Scheer, in der es verurteilt wurde als Versuch, politische Gesinnung zu bestrafen die Organisationsfreiheit einzuschränken und die AKW-Bewegung zu treffen.
- Eine Resolution zur Gründung von Wahllisten, in der die Bildung von der Basis her begrüßt wurde und Unvereinbarbeschlüsse abgelehnt wurde.
- Verschiedene Resolutionen gegen die Konstruktion neuer Fernstraßen und Autobahnen bzw. zur alternativen Trassenführung.

Der Austausch von Protokollen des Hannoveraner und Troisdorfer Treffens wurde vereinbart und ein möglichst weitreichendes Zusammengehen angestrebt.

Hervorzuheben ist eine Rede des australischen Gewerkschafters John Baker, der sagte, daß in A. vielfach die Arbeiter in Umweltschutzkämpfen vorangehen.